






# Unser Thüringen.


Menschlich. Stark. Gerecht.

Regierungsprogramm  
für 2024 bis 2029

Die Linke

# Unser Thüringen. Menschlich. Stark. Gerecht.

Kapitel		Seite
	<b>Präambel</b>	4
	Unser Thüringen heute	6
	<b>1. Herausforderungen und unsere Antworten</b>	7
	1.1 Rote Karte für die „Ampel“!	8
	1.2 Für Frieden – überall!	9
	1.3 Nie wieder Faschismus!	10
	1.4 Chancenland Thüringen 2035	10
	<b>2. Gute Arbeit und aktive Wirtschafts- und Industriepolitik</b>	12
	2.1 Gute Arbeit für das gute Leben	12
	2.2 Aktive Wirtschafts- und Industriepolitik für sichere Beschäftigungsperspektiven	14
	2.3 Landwirtschaft regional, sozial, nachhaltig und sicher vor Spekulation	16
	2.4 Mit starker Forstwirtschaft den Wald als Lebensgrundlage erhalten	18
	2.5 Tourismus sozial und nachhaltig stärker machen	19
	<b>3. Gute Bildung von der Kinderkrippe bis zum Meister oder Master – beitragsfrei!</b>	21
	3.1 Kindergartenland Thüringen – gute Bildung von Anfang an	21
	3.2 Schule von morgen heute gestalten	22
	3.3 Lehrkräfte noch besser ausbilden und unterstützen	23
	3.4 Gute Strukturen für gute Bildung	24
	3.5 Längeres gemeinsames Lernen – Gemeinschaftsschulen sichern gute Bildung	25
	3.6 Für eine gelingende Inklusion	26
	3.7 Ausbildung ist mehr als Lernen – gute Bedingungen für Fachkräfte von morgen	27
	3.8 Hochschul- und Wissenschaftsland Thüringen	27
	3.9 Sicherheit im Wandel – Erwachsenenbildung eröffnet Wege und Chancen	30
	3.10 Sportland Thüringen	31
	<b>4. Umwelt erhalten und Energie &amp; Wärme regional, dezentral, sozial gestalten</b>	33
	4.1 Energie- und Wärme öffentlich, bezahlbar und nachhaltig	33
	4.2 Tier- und Umweltschutz gemeinsam in guten Händen	36
	4.3 Hochwasserschutz	37
	4.4 Abwasserentsorgung und Wasserversorgung	38
	<b>5. Verkehr und Mobilität sozial, klimagerecht und für alle gestalten</b>	39
	5.1 Bus und Bahn bezahlbar und erreichbar	39
	5.2 Radverkehr in Stadt und Land	41
	5.3 Verkehrssicherheit	41
	5.4 Verkehrswende als Arbeitsmarkt und Industriepolitik	42

	<b>6. Sozial und sicher – der Sozialstaat Thüringer Modell – in Stadt und Land</b>	43
	6.1 Armut bekämpfen und Zusammenhalt stärken	43
	6.2 Gute Rente	44
	6.3 Senior:innenrechte stärken	44
	6.4 Familien unterstützen	45
	6.5 Gleichstellung aller Lebensweisen	46
	6.6 Kindern und Jugendlichen das Machen möglich machen	47
	6.7 Starkes Ehrenamt für eine starke Gesellschaft	48
	6.8 Frauen und Gleichstellungspolitik	28
	6.9 Menschen mit Behinderung	49
	<b>7. Gut wohnen in Thüringen</b>	51
	<b>8. Thüringen weltoffen: Zuwanderung menschlich gestalten</b>	54
	8.1 Selbstbestimmtes Leben ermöglichen	54
	8.2 Humanitäres Asylrecht	55
	8.3 Für eine menschenwürdige Migrationspolitik bundesweit	56
	8.4 Recht auf gutes Ankommen und gute Arbeit	56
	<b>9. Gesundheit und Pflege</b>	58
	9.1 Gute medizinische Versorgung sichern	58
	9.2 Alle Krankenhäuser werden gebraucht	59
	9.3 Pflege – würdevoll, solidarisch finanziert und gerecht bezahlt	60
	9.4 Suchtprävention und verantwortungsvolle Drogenpolitik	61
	<b>10. Ankommen in der digitalen Welt von heute, aber sozial</b>	62
	10.1 Starker öffentlicher Rundfunk und Bürger:innenmedien – Vielfalt in der Medienlandschaft	63
	<b>11. Demokratie und Zusammenhalt stärken</b>	65
	11.1 Direkte Demokratie ausbauen – Verfassung stärken	65
	11.2 Starker Rechtsstaat mit moderner Justiz	66
	11.3 Antifaschismus jetzt erst recht	69
	11.4 Starkes Land – starke Kommunen	70
	11.5 Sicheres Thüringen mit bürger:innenfreundlicher Polizei	71
	11.6 Sicheres Thüringen mit gut gerüstetem Brand- und Katastrophenschutz	73
	<b>12. Kulturland Thüringen</b>	74
	<b>13. Für ein soziales, friedliches, weltoffenes Europa</b>	76
	<b>14. Haushaltspolitik ist Gerechtigkeit in Zahlen gegossen</b>	77

Das Regierungsprogramm zur Landtagswahl in Thüringen 2024 wurde vom Landesparteitag der Partei Die Linke Thüringen am 17. März 2024 einstimmig beschlossen.

Es ist an der Zeit, über Gerechtigkeit zu sprechen. Und über den Respekt für Lebensleistung, über den Respekt und über Räume für Ideen und Tatendrang, über unser Leben heute und hier in Thüringen und vor allem darüber, wie unser Freistaat in Zukunft noch besser sein kann – **für alle, die hier zu Hause sind.**



*Sind die Krankenhäuser für die Menschen da – oder ist die Gesundheit der Patient:innen nur die Grundlage für den Profit von Konzernen?*

*Sollen Bahnen und Busse die Aufgabe haben, den Fern- und Nahverkehr so zu organisieren, dass wir überall gut hin- und wegkommen – oder werden die Bahn und Busunternehmen an der Börse gehandelt?*

*Wem gehört das Land? Den Bäuer:innen, die auf ihrem Boden Nahrungsmittel für uns alle produzieren – oder Investoren aus Berlin, München und Frankfurt, für die das Land nur Geldanlage ist?*

*Gehören die Energieversorger hier vor Ort unseren Städten und Kreisen – oder sind sie in der Hand von Aktionären, die ihre Gewinne in Steueroasen verstecken?*



Es sind die Menschen in Thüringen, die ihr eigenes Leben jeden Tag gestalten. Damit gestalten sie auch das Land für uns alle – Tag für Tag. Der Pfleger im Krankenhaus, die Angestellte in der Gemeindeverwaltung, der Lehrer an der Schule, die Landwirtin auf dem Traktor, der Koch in der Großküche, die Arbeiterin am Band, der Maurer auf dem Bau, die Professorin an der Universität oder die Polizistin im Streifendienst. Sie alle sind Thüringen. Und sie alle brauchen und verdienen Verlässlichkeit und Sicherheit, um ihr eigenes Leben, das Leben ihrer Kinder, Familien und Angehörigen planen zu können.

Unser Land hat in den letzten Jahren eine Reihe von Krisen meistern müssen – das schafft Verunsicherung und macht Angst. Zuletzt waren das die Corona-Pandemie und die Explosion der Preise, die Klimakrise, das Hochwasser und Hitzeperioden, Inflation und der Krieg Russlands gegen die Ukraine und schon davor die Finanzkrise. Zurecht fragen sich viele: Kann ich meine Miete oder meinen Kredit fürs Haus noch zahlen? Ist der Urlaub überhaupt noch drin oder muss ich sparen? Und: Wird es meinen Kindern in Zukunft besser oder schlechter gehen?

Für viele Menschen hier in Thüringen reihen sich diese Unsicherheiten ein in die Brüche und Erfahrungen der letzten 30 Jahre. Die politische Wende 1989/90, Aufbrüche und Chancen, zugleich der

Wandel von allem Gewohnten und eine unsichere Zukunft, die De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit aufgrund der Treuhand-Anstalt und CDU-Regierungen und der Ausverkauf an Konzerne aus dem Westen. Später die Hartz-IV-Gesetze, die wieder Hunderttausende auch hier in Thüringen in Unsicherheit und viel zu oft auch in Armut gestürzt haben. Kann man sich da wundern, wenn sich viele Menschen davor sorgen, dass der nächste Wandel wieder zu ihren Lasten gehen könnte? Und dennoch haben sie diesen Herausforderungen getrotzt, Widerstände überwunden, nicht klein beigegeben und haben Thüringen mitgestaltet. Dafür sind wir dankbar und darauf bauen wir auf.

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und sie verdienen unsere Unterstützung für ihre Interessen und Bedürfnisse genauso wie die Älteren. Wir müssen ihnen Wege öffnen, damit sie für sich sprechen können, wenn sie aktiv sind – zum Beispiel in der Klimabewegung für ihre Interessen gemeinsam mit den Beschäftigten bei Bus und Bahn, auf der Straße mit den „Omas gegen Rechts“ oder im Bildungsstreik für beste Bildungsmöglichkeiten für alle. Doch es ist vor allem die mittlere Generation in unserem Land, die mit einer besonderen Mehrfachbelastung konfrontiert ist. Sie steht zwischen den Verpflichtungen für sich selbst durch Arbeit, Wohnen und Vorsorge, den Verpflichtungen gegenüber Rentner:innen oder Pflegeleistungen für Familienangehörige und den Kosten für die eigenen Kinder, die in Zeiten von Ausbildung oder Studium weit reichen.

Um allen Menschen in einer sich wandelnden Welt ein sicheres, ein gutes und ein planbares Leben zu ermöglichen, müssen Politik und Staat gute Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss dort eingreifen, wo Profite über dem Wohl der Menschen stehen oder Gerechtigkeit eine regelnde Hand braucht. Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass jeder Mensch von Kindheit an bis ins hohe Alter gleiche Chancen bekommt und niemand fallengelassen wird. Das erwarten die meisten Menschen zurecht.

Eine starke Gesellschaft, die allen Menschen möglichst gute Ausgangspositionen bietet, braucht eine gut funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur, einen modernen Sozialstaat und gute Arbeitsbedingungen: Gesundheit und Pflege, Busse und Bahnen, Internet und Kommunikation, Bildung, Wohnen, Kultur und Energie. Es geht um Ihr Krankenhaus und Ihre Arbeit, es ist Ihre Mobilität, Ihre Schule und Ihre Gesundheit!

Die öffentliche Grundversorgung muss uns allen gehören und nicht den Wenigen. Sie muss demokratisch organisiert werden. Mit Gesundheit und

Pflege, mit Wohnen und Mobilität, mit Bildung, Ernährung und Kommunikation darf kein Profit gemacht werden. Das alles muss stattdessen allen Menschen zur Verfügung stehen und für alle bezahlbar sein. Nicht jeder will und braucht das Gleiche. Aber alle müssen genügend haben, um in dieser Gesellschaft ein ordentliches und gutes Leben führen zu können. Für die Bewältigung der großen Krisen und deren Folgen braucht es mutige Schritte und Vertrauen. Wir wollen Vertrauen schaffen und zeigen, dass der Staat funktioniert.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, soziale Sicherheit und gleiche Rechte für alle zu garantieren. Das ist unser Versprechen für einen modernen Thüringer Sozialstaat. Dazu gehört, Bestehendes und Bewährtes zu erhalten und Neues anzugehen, wo es nötig ist. Digitalisierung wird weiterhin unsere Arbeitswelt und unseren Alltag verändern. Dafür braucht es neue Regeln und neue Sicherheiten – für Beschäftigte, für Kund:innen und Nutzer:innen von Online-Diensten. Der Klimawandel wird nicht an unseren Landesgrenzen halt machen. Trockene Felder, unsere angegriffenen Wälder und die Hochwasser zeigen, dass wir die gemeinsame Aufgabe haben, unsere Lebensgrundlage zu schützen und für die Zukunft vorzusorgen. Die Abhängigkeit von anderen Staaten bei Gas und Öl darf uns nicht erpressbar machen. Wir haben das erlebt. Und wir alle wissen, dass wir aus den fossilen Energien raus- und vom Verbrenner-Motor wegmüssen. Dafür gibt es nicht den einen Weg mit der Brechstange: Den einen ist es egal, ob bei der Energie- und Verkehrswende Menschen auf der Strecke bleiben. Andere kommen schlicht nicht ohne Auto aus, weil sie sonst auf dem Dorf nicht mobil sind, oder sie wissen nicht, wie sie sich eine Wärmepumpe leisten sollen. Uns ist das nicht egal. Für uns ist klar: Wir werden die notwendigen Modernisierungen für eine ökologische Zukunft mit einem sozialen Versprechen verbinden: Niemand darf zurückbleiben! Unsere Aufgabe ist es, für Sicherheit im Wandel zu sorgen – das bedeutet gute Zukunft.

Die Linke hat ihre Wurzeln im Osten. Wir waren, wir sind und wir bleiben die Stimme der Interessen der Menschen in den ostdeutschen Ländern – gerade auch hier in Thüringen mit unserem Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Die Thüringer Linke steht für konkrete politische Alternativen, für eine bessere Zukunft und für Zusammenhalt – auch wenn die Zeiten härter werden. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist – hier und heute, nicht erst in einer fernen Zukunft. Wir unterwerfen uns nicht den Wünschen von Wirtschaftsmächtigen und jenen, die von den Krisen profitieren. Widerstand gegen Ungerechtigkeit verbinden wir mit dem Versprechen, gemeinsam

im Miteinander für die kleinen und großen Verbesserungen zu sorgen. Damit es allen besser geht.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Das ist nicht zu viel verlangt. Wir haben das Vertrauen, dass eine Mehrheit der Menschen in Thüringen das auch so sieht. Denn das sind die grundlegendsten Werte einer humanen Gesellschaft.

### **Unser Thüringen heute**

Hand aufs Herz: Thüringen ist ein starkes Land. Unser Freistaat hat eine gute Entwicklung genommen. Wir können auf eine beeindruckende Leistung der Menschen schauen, das war ein hartes Stück Arbeit. Wir haben unter den Thüringer Unternehmen zahlreiche Vertreter, die in ihren Bereichen Europa- oder Weltmarktführer sind. Wir haben Marken, die das ganze Land kennt – nicht nur hier im Osten: Viba, Vita Cola, Filinchen oder Zeiss sind nur einige Beispiele. Wir haben heute in Thüringen die geringste Erwerbslosigkeit seit 1991 und in ganz Ostdeutschland. Die Einkommen der privaten Haushalte und die Löhne sind gestiegen, wenn auch zu langsam. Und auch beim Blick auf die finanzielle Lage des Landes stehen wir im Vergleich zu anderen Bundesländern gut da. Nach bald zehn Jahren rot-rot-grüner Landesregierung mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident können wir auf einen guten wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zurückschauen: stabiles Wachstum, steigende Exporte, geringe Erwerbslosigkeit und gestiegene Einkommen.

Wir wissen, dass dies nicht vor allem ein Verdienst der Politik, sondern auch ein Verdienst der Menschen in Thüringen ist. Politik schafft die Rahmenbedingungen. Die Thüringerinnen und Thüringer haben – trotz der negativen Auswirkungen von Treuhand-Anstalt, Privatisierungen, Agenda 2010 und jahrelanger Niedriglohnpolitik der CDU – unser Land vorangebracht. Inzwischen kehren auch viele hier Geborene und Aufgewachsene nach Thüringen zurück, die vor Jahren auf der Suche nach einem guten Einkommen in den Westen gezogen sind. Unser Thüringen ist schön, und die Städte, die Dörfer und das Leben hier, die Natur und die überschaubare Größe des Landes und die Zahl der offenen Stellen sorgen dafür, dass viele hier wieder gute Chancen für sich und ihre Familien sehen. Fachkräfte und Azubis werden in fast allen Bereichen gesucht. Bis 2030 brauchen wir mehr als 340.000 neue Arbeitskräfte, weil viele Menschen in den verdienten Ruhestand gehen.

Mit unserem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow hat unsere Landesregierung gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Kolleg:innen in den Betrieben die Politik der niedrigen Löhne an der verlängerten Werkbank beendet und für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gesorgt. Wir fördern das Wachstum unserer Unternehmen und sorgen dafür, dass unsere Städte und Gemeinden die Mittel haben, um vor Ort ihre Aufgaben für die Menschen im Land erledigen zu können. Wir haben über 100 Weltmarkt- und Technologieführer in Thüringen. Das sind kleine und mittelständische Betriebe und große Unternehmen. Wir haben seit 2014 etwa 7.140 Lehrer:innen neu eingestellt, so viele wie nie zuvor in so kurzer Zeit. Es gab viel nachzuholen. Wir haben den Stellenabbau beendet, den die CDU nach der Wende seit 1990 betrieben hatte, was dafür gesorgt hat, dass wir bis heute mit Unterrichtsausfall zu kämpfen haben. Und nicht nur das: Wir haben auch wieder zusätzliche Polizist:innen in den Dienst und auf die Straßen gebracht, 600 Millionen Euro in den Schulbau gesteckt und auch Kindergärten und Krippen mit Millionenbeträgen fit für die Zukunft gemacht. Mit den zwei beitragsfreien Kindergarten-Jahren für jedes Kind entlasten wir die Eltern ganz praktisch finanziell, damit am Ende des Monats mehr Geld bei den Familien in der Tasche ist. Ein zusätzlicher arbeitsfreier Feiertag, große Wiederaufforstungsprogramme für unseren Wald, Wertschätzung und Unterstützung für ältere Menschen zum Beispiel mit dem Hilfsprogramm „Agathe“, um soziale Einsamkeit zu verhindern und soziale Nähe zu schaffen, Investitionen in unsere Krankenhäuser oder die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Kommunalwahlen, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Einführung von Bildungsurlaub für die Beschäftigten sind weitere Ergebnisse unserer Arbeit in den letzten Jahren. Auch auf den erfolgreichen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, das Engagement für lebendige Innenstädte und unser Azubi-Ticket, besseren Tierchutz und Unterstützung für junge Landwirte oder die Förderung von Baukultur für die Entwicklung gerade auch im ländlichen Raum können wir stolz sein. Unsere Regierung hat zudem unser Thüringen durch große Herausforderungen und Krisen geführt. Die Liste der Erfolge unserer Regierung in Thüringen seit 2014 ist lang – doch darum kann und darf es uns nicht vorrangig gehen. Wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, was gelungen ist. Wir wollen uns auf die Chancen und Herausforderungen konzentrieren, die vor uns liegen.

Die wollen wir gemeinsam mit Ihnen, den Thüringerinnen und Thüringern, angehen. Im richtigen Tempo, um keinen zurückzulassen und dennoch das Land zu modernisieren, wie es notwendig ist, um eine gute Zukunft für alle zu erreichen.



# 1. Herausforderungen und unsere Antworten



Wir stehen in Thüringen heute vor vier großen Herausforderungen, auf die wir jetzt praktische Antworten geben müssen:

**Demokratie:** Immer mehr Menschen verlieren in Deutschland das Vertrauen in Politik und in die Entscheidungen demokratischer Institutionen. Das führt zu einem Gefühl der Ohnmacht, zu Resignation und zum Rückzug ins Private. Darunter leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt, und es verschärft sich der Ton in der politischen Debatte. Frauenfeindliche Aussagen rechter Politiker:innen sind ebenso wieder präsent wie der Versuch, frauenpolitische Fortschritte zu kassieren. Die großen Krisen der letzten Jahre haben diese Entwicklung verstärkt. Dadurch bleiben auch Engagement in der Gesellschaft und nötige öffentliche Debatten über das richtige Tempo und eine soziale Bewältigung der Herausforderungen zunehmend auf der Strecke. Jeder bleibt für sich allein.

Von Politik erwarten die Menschen zurecht Lösungen für die großen Probleme und weniger Selbstbeschäftigung. Wir antworten auf diese Krise der Demokratie – mit mehr direkter Demokratie in Thüringen auch in haushaltsrelevanten Fragen vom Land bis in die Kommune und mit mehr Mitbestimmung in den Betrieben, damit Sie über Ihr Leben mehr als bisher mitbestimmen können. Und wir legen Wert darauf, dass Demokratie nur dann lebendig ist, wenn sich alle Geschlechter einbringen können. Wir hören zu, fragen, wo der Schuh

drückt, um zu erfahren, was vor Ort los ist. Mit klarer Kante gegen die rechten Feinde der Demokratie, damit Thüringen ein weltoffenes Land bleibt. Ein Land, in dem sich Juden und Jüdinnen, Muslime und Muslima, Jesiden und Jesidinnen, Menschen aller Religionen, Herkunft, Identität und Hautfarbe sicher und zuhause fühlen können. Ein Land, in dem man ohne Angst verschieden sein kann. Wir wollen Räume der Begegnung schaffen: sowohl vor Ort zum Beispiel in den Einrichtungen der Volkssolidarität, der Arbeiterwohlfahrt oder mit Initiativen wie dem Restaurant der Herzen, als auch im Großen, wenn wir mit einer Landeswohnungsbaugesellschaft nicht nur Wohnraum, sondern auch Nachbarschaftstreffe, soziale und kulturelle Angebote beim Bau und der Sanierung mitdenken werden. Und vor allem mit einer Regierung, die sich weiterhin auf ihre konkreten Aufgaben konzentriert.

**Daseinsvorsorge:** Während die Bundesregierung jahrzehntelang mit ihrer neoliberalen Kürzungspolitik Investitionen in gute Daseinsvorsorge und Infrastruktur vermissen ließ, hat unsere Landesregierung Geld für notwendige Vorhaben für Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Busse und Bahnen investiert – und wird das auch weiterhin tun. Während die Bundesregierung kürzt, investieren wir in Beitragsfreiheit in den Kindergärten, gute Schulen und Programme für ältere Menschen und gutes Zusammenleben. Denn statt Preissteigerungen, Privatisierungen und jahrzehntelangem Investitionsstau braucht es finanzielle Entlastung für die Menschen und eine aktive Industrie- und Infrastruktur, unter anderem mit mehr direkten Beteiligungen des Landes in zukunftsträchtige Bereiche, um die vor uns liegenden Herausforderungen gut zu lösen. Wir antworten auf die Krise der Daseinsvorsorge – mit massiven Investitionen der öffentlichen Hand in Gesundheit und medizinische Versorgung, einer guten Krankenhausplanung, einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft als Ergänzung zu kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbau, sozialem und barrierefreiem Wohnungsbau, Schritten hin zu guter Arbeit, Sozialem und Bildung,

besseren Bussen und Bahnen mit einer Landesverkehrs-gesellschaft, in Breitband auch im Dorf, für eine bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme und mit einer Offensive für beitragsfreie Bildung von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung, damit alle mitreden können. Das ist unser Thüringer Sozialstaatsversprechen: Alles, was jede:r braucht, muss in öffentliche Hand.

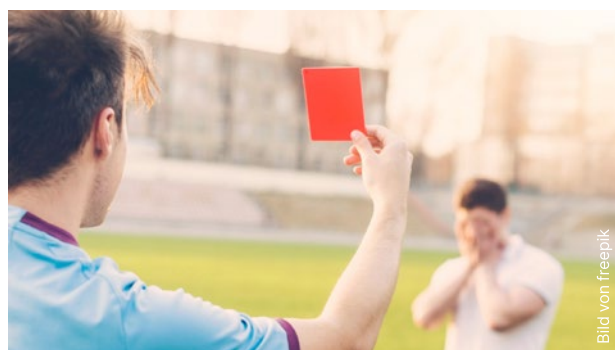
**Bezahlbar und ökologisch:** Ein Ende der fossilen Energienutzung ist nötig, wenn wir unsere Gärten und den Wald vor unserer Haustür als Erholungsort und Klimaretter erhalten und uns vor Hitze und Wetterextremen schützen wollen. Wir sehen die Folgen des Klimawandels weltweit und inzwischen auch hier vor Ort: Ausgedörrte Böden, tote Wälder sowie Hitzewellen und Hochwässer. Wir wissen, dass wir auch bei der Mobilität den Schalter umlegen müssen. Daher brauchen wir Alternativen, die funktionieren und bei denen kein Mensch in Thüringen – ob in Dorf oder Stadt – Angst haben muss, nicht mehr vom Fleck zu kommen. Wir antworten auf die Energie- und Klimakrise: mit einem günstigen Verkehrsmix aus Bahn und Bus, Sammeltaxis und Rufbussen, Fahrrad und Fuß wollen wir Mobilität immer besser garantieren. Personennahverkehr zusammengefasst in einer landeseigenen Verkehrsgesellschaft sowie bezahlbare Nah- und Fernwärmelösungen gekoppelt mit regenerativen Energien in einer landeseigenen Energiegesellschaft als Thüringen Energie und zusammen mit den kommunalen Versorgern, das sind echte Alternativen!

Wir investieren gegen den Trend der „Ampel“-Bundesregierung in die regionale Landwirtschaft. Auch dazu braucht es Geld. Die Schuldenbremse ist eine Zukunfts- und Investitionsbremse. Deshalb werden wir auch in Thüringen neue Wege gehen, um das Geld zur Verfügung zu stellen. Damit sorgen wir dafür, dass aufgrund der Klimakrise Beschäftigte nicht um ihren Arbeitsplatz, Landwirt:innen nicht um ihre Ernte und eine ganze junge Generation nicht um ihre Zukunft und viele nicht um ihre Gesundheit bangen müssen.

**Für alle, die hier leben:** Seit den 1990er Jahren haben viele Menschen Thüringen verlassen und sind zum Arbeiten in den Westen gegangen. Besonders groß war die Abwanderung junger Frauen. Heute fehlt uns diese Generation überall. Zudem gehen in den nächsten Jahren mehr Menschen in den Ruhestand, als neue Beschäftigte in Jobs kommen. Die jungen Menschen, die nachrücken sollten, sind einfach nicht geboren worden in den unsicheren Jahren nach der Wende. Wir brauchen dringend neue Antworten, um auf diese Entwicklung zu reagieren. Schon heute fehlen Arbeitskräfte in vielen Branchen. Wir antworten auf die Krise der Bevölkerungsent-

wicklung – mit besser bezahlter, guter Arbeit, attraktiverer Ausbildung, guter Infrastruktur und einem bezahlbaren Umfeld hier im Land, damit niemand mehr weggehen muss und junge Menschen herkommen. Und mit einem Spurwechsel in der Migrationspolitik, damit alle Menschen ihren Lebensunterhalt mit den eigenen Händen verdienen können. Wir brauchen heute jede Hand und jeden Menschen mit seinen Fähigkeiten – und zugleich starke Gewerkschaften für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das ist der Thüringer Weg einer menschlichen und sozialen Demokratie. Was wir wollen, ist eine Politik der Solidarität, die allen in diesem Land zugutekommt. Egal aus welchem Grund Menschen zu uns kommen oder wie lange sie hier leben: Wir wollen sie gewinnen für eine gute Zukunft mit guter Arbeit, guter Gesundheitsversorgung und guter Infrastruktur.

In unserem Programm schlagen wir konkrete Lösungen für die Herausforderungen vor, die vor uns stehen. Wir müssen da ran! Vieles davon können wir hier vor Ort lösen – im Land, in den Kommunen und gemeinsam mit Ihnen!



## 1.1 Rote Karte für die „Ampel“!

Wir erleben es alle: Die „Ampel“ im Bund steht auf Gelb. Wichtige Maßnahmen werden durch die Bundesregierung am laufenden Band gebremst, bevor sie überhaupt in Fahrt gekommen sind. Als die Energie- und Kraftstoffpreise explodierten, reagierte die Bundesregierung zu spät und viel zu zögerlich. Die Gewinne der Energie- und Ölkonzern sprudelten, die Verbraucher:innen mussten zahlen. Als FDP-Bundesfinanzminister Christian Lindner Ende letzten Jahres die Planungen für den Bundeshaushalt 2024 um die Ohren flogen, war seine Antwort nicht Verlässlichkeit und Stabilität. Seine radikalen Kürzungspläne führen stattdessen zu Verunsicherung, sozialem Kahlschlag und bremsen Investitionen vor allem in Ostdeutschland aus. Die berechtigten Proteste der Bauern, der Streik

bei der Bahn und die Proteste von jungen Klimaschützer:innen zeigen, dass vieles schief läuft. Die aktuellen Auseinandersetzungen stellen im Kern die Frage: Wie wollen wir in Thüringen leben – und wie wollen wir auf diesem Globus leben? Als Linke stehen wir an der Seite all derjenigen, die für ein besseres Leben streiten. Dagegen halten die FDP und der Bundesfinanzminister Lindner dogmatisch an der sogenannten „Schuldenbremse“ fest und verhindern damit notwendige Ausgaben für die Zukunft unseres Landes. Wer als Antwort auf seine eigene verfehlte Finanzpolitik nun Bahn, Post und Telekom an Private verkaufen will, der hat nicht verstanden, vor welchen großen Herausforderungen unser Land steht. Und dass man gleichzeitig dem ehemaligen CSU-Bundesverkehrsminister die verlorenen Steuer-Millionen aus dem geplatzten Deal zur PKW-Maut einfach so durchgehen lässt, das versteht kein Mensch mehr. Auch der „Heiz-Hammer“ der Bundesregierung hat gezeigt: Sie können es einfach nicht! Wer bei den notwendigen Modernisierungen der Energie- und Wärmeversorgung die Interessen der Menschen einfach ignoriert, wird keine Unterstützung für den notwendigen Klimaschutz gewinnen. Vom fehlenden Geld für gute Bildung bis zur bezahlbaren Energiewende, vom Sanierungsstau bei Brücken und Bahn bis zu Kürzungen für Zukunftstechnologien im Osten: Die Politik der Bundesregierung verschärft den Frust und die soziale Spaltung in unserem Land. Befeuert wird der unsoziale Kurs noch von unsäglichem Sozialneid und dem Treten nach unten durch CDU/CSU und AfD. Sie wollen noch mehr sparen und die Axt noch stärker an die Grundpfeiler unserer Gesellschaft legen.

Viele Probleme können wir hier vor Ort lösen – und das werden wir auf Landesebene auch tun. Aber eben nicht alles kann von der Landesregierung entschieden werden. Einen Deckel für Energiekosten und Nahrungsmittel, das kann nur die Bundesregierung beschließen. Eine gerechte Steuerpolitik für Entlastung der Menschen, das kann nur Berlin. Eine echte Kindergrundsicherung einführen, die unsere Kinder wirklich vor Armut schützt, die kann nur die Bundesregierung einführen. Oder eine Rente, die niemanden im Osten mehr benachteiligt und vor Altersarmut schützt, das kann nur auf der Bundesebene geklärt werden. Damit wir unseren Thüringer Weg im Sozialen, in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, beim Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung, gegen die weitere Benachteiligung Ostdeutschlands und für eine soziale und ökologische Agrar-, Energie- und Umweltpolitik gehen können, werden wir im Bund für bessere Rahmenbedingungen kämpfen. Bis dahin werden wir unser Bestes tun, diese schlechten Bedingungen und Ungerechtigkeiten auf Landesebene auszugleichen. Daher

ist eine Stimme für Die Linke bei den Wahlen 2024 auch eine rote Karte für die Ampel. Unser Ministerpräsident Bodo Ramelow und unsere Minister:innen werden weiterhin gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit deutlicher Stimme die Interessen der Thüringer:innen vertreten!



## 1.2 Für Frieden – überall!

Weltweit erleben wir ein neues Wettrüsten. Der Krieg ist wieder näher gerückt. Die aktuellen Konflikte in der Welt tragen das Potenzial in sich, weiter zu eskalieren. Für uns ist klar: Wir verurteilen den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste und sprechen angegriffenen Staaten das Selbstverteidigungsrecht nicht ab – das steht außer Frage. Doch niemals dürfen wir Profite mit dem Tod als normales Geschäft akzeptieren! Die Linke ist die einzige Partei im Bundestag, die den Export von Waffen ablehnt und diplomatische Lösungen stärken will. Wenn die Bundesregierung weiterhin Kriegsmaterial an die Türkei oder Saudi-Arabien liefert, dann unterstützt sie damit Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung durch autoritäre Staaten. Statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg braucht es ein Milliarden-Paket der Bundesregierung für Bildung und Umwelt, für Soziales und Gerechtigkeit. Wir wollen mehr diplomatische Initiativen, um Kriege so schnell wie möglich zu beenden, und wieder mehr Schritte hin zu wechselseitiger Abrüstung. Verantwortungsvolle Außen- und Friedenspolitik darf nicht auf militärische Eskalation setzen, sondern muss Diplomatie stärken. Deshalb lehnen wir auch sämtliche Militärmanöver ab, die einen Krieg zwischen den großen Supermächten proben. Alle Seiten handeln damit unverantwortlich und tragen nicht zu einer De-Eskalation bei. Deutschland soll sich nicht darauf konzentrieren, „kriegstüchtig“ zu werden, stattdessen müssen wir aus historischer Verantwortung ein Friedensgarant sein. Eine Militarisierung der Gesellschaft in Sprache, Auftreten und Aufrüstung wird stets unseren Widerspruch erfahren.



### 1.3 Nie wieder Faschismus!

Schon einmal begann es in Thüringen: Vor 100 Jahren griff ein Bündnis aus Faschisten und Bürgerlichen nach der Macht. Wohin der Weg führte, wissen wir alle: Holocaust, Vernichtungskrieg und organisierter Massenmord. Die Vertreibung des Bauhaus aus Weimar, die Einschränkungen von Demokratie, antisemitische Hetze und Attacken und die Angriffe auf Gewerkschafter:innen, Demokrat:innen, Christ:innen oder Linke waren Schritte auf dem Weg zu Diktatur und Weltkrieg. Wenn heute von der AfD die Geschichte umgedeutet werden soll, Rassismus zum Kern der Politik gemacht wird und Freiheitsrechte sowie Demokratie bekämpft werden, dann sind das mehr als Warnsignale. Es ist die offene, für alle sicht- und hörbare Ankündigung einer faschistischen Partei, wohin sie wieder will. Wer in Thüringen die AfD wählt, bekommt den Höcke-Extremismus. Seine Position ist eindeutig und offen faschistisch. Im Schatten von Buchenwald haben wir die Pflicht, den erneuten Griff nach der Macht von Rechtsaußen zu verhindern. Höcke und seine Politik schaden Thüringen und damit allen Menschen im Land. Seine Partei vernichtet die Zukunft unserer Gesellschaft.


Wer die Europäische Union nicht nur kritisiert, sondern zerschlagen will, der setzt die Existenz unserer Landwirt:innen, unserer Städte und Dörfer, Soziales und Kultur und unsere Wirtschaft, unsere Werte als Ganzes aufs Spiel. Sie alle profitieren von Mitteln der EU und dem europäischen Markt. Manche Vertreter:innen demokratischer Parteien lassen leider die klare Abgrenzung gegenüber Höckes Partei vermissen und suchen für taktische Partei-Manöver die Zusammenarbeit. Die CDU ist unter ihrer derzeitigen Führung in Thüringen leider kein Garant für eine klare Trennlinie nach rechts. Eine Stimme für die CDU ist keine Garantie für ein besseres Leben, sondern lässt die Tür nach rechts offen. Wir stehen für einen klaren Kurs gegen die faschistische AfD und Höcke. Wir werden Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit verteidigen. Wer will, dass in Thüringen die AfD keinen Zugriff auf staatliche Macht und Mehrheiten im Parlament erhält, muss die Thüringer Linke wählen.



### 1.4 Chancenland Thüringen 2035

Thüringen ist Chancenland. Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat, mit Gewerkschaften und Verbänden, mit unseren politischen Partner:innen und Initiativen ist es gelungen, das Land aus fast 25 Jahren CDU-Filz und „Deals“ aus verantwortungsloser Politik zu befreien. Seitdem arbeiten wir gemeinsam dafür, das Land besser zu machen – Stück für Stück. Manches dauert länger, als wir es uns wünschen. Und manchmal klappt auch etwas nicht. Aber wir stecken nicht zurück, sondern suchen dann nach besseren Wegen. Es gibt viel zu tun, was eigentlich nicht aufgeschoben werden darf, es aber in den letzten Jahren werden musste. Wir haben es unter schwierigsten Bedingungen geschafft, auch ohne parlamentarische Mehrheit Stabilität mit den Landeshaushalten zu schaffen, viele Projekte für ein gerechtes Land auf den Weg gebracht und unser Land zum Besseren verändert. Doch immer stand die CDU auf dem Bremsklotz, wenn es darum ging, Mehrheiten zu schaffen – von der FDP ganz zu schweigen. Wenn wir all das, was es zu schaffen gilt, schaffen wollen, ist eines klar: Wir brauchen und wollen stabile politische Mehrheiten in diesem Land, denn die Zeit läuft. Verzögerungen können wir uns nicht erlauben.

Während andere ihre Augen vor den großen Fragen unserer Gesellschaft verschließen, das Soziale gegen die Ökologie ausspielen oder die Sorgen der Menschen ignorieren, machen wir uns auf den Weg in die Zukunft. Viele Entscheidungen müssen wir jetzt treffen und wichtige Weichen stellen. Damit Thüringen nicht wieder von Entscheidungen anderer überrollt wird, müssen wir das jetzt selbst klären. Wichtig ist dabei aber – und das unterscheidet uns: Niemand darf zurückbleiben. Thüringen muss für alle gleich gut sein – ob auf dem Land oder in der Stadt, ob für Frauen oder Männer, ob jung oder alt, ob hier geboren oder zugezogen, ob Tofubratwurst oder Mett-Brötchen, ob Rot-Weiß Erfurt oder Carl Zeiss Jena.



Wir machen das –  
zusammen mit unserem  
Ministerpräsidenten  
Bodo Ramelow und  
vor allem mit Ihnen!  
**Damit Thüringen  
besser bleibt.**

*Für unser Programm haben wir von über 100 Vereinen, Gewerkschaften, Initiativen und Forschungseinrichtungen Rückmeldungen bekommen. Sie haben auf unsere Fragen, wohin sich Thüringen entwickeln soll, oft umfangreich geantwortet – mit konkreten Ideen und mit großen Visionen. Die Antworten sind in unsere Diskussionen und zum Teil in unser Programm eingeflossen. Wir danken allen für ihre Mühe und für ihr Engagement! Auch die Rückmeldungen, die keine direkte Aufnahme ins Programm fanden, sind nicht vergessen: Wir haben sie dokumentiert und werden sie in unserer künftigen Arbeit berücksichtigen.*



## 2. Gute Arbeit und aktive Wirtschafts- und Industriepolitik



Thüringen braucht mehr zukunftsfähige und tarifgebundene Arbeitsplätze. Engagierte Kolleg:innen in den Gewerkschaften und Betrieben sind heute wichtiger denn je – im gemeinsamen Einsatz für gute Tarifverträge mit besserer Bezahlung, guten Arbeitsbedingungen und mit mehr Zeit für Familie, Freund:innen oder Ehrenamt, zur Entlastung und für mehr Mitbestimmung. Die Stärkung der Tarifbindung ist ein aktiver Beitrag zur Aufhebung bestehender Lohnungleichheiten zwischen Ost und West. Beschäftigte in den Unternehmen der Thüringer Industrie, in kleinen und mittelständischen Unternehmen, in sozialen und gesundheitsorientierten Berufen oder in der öffentlichen Verwaltung, alle sie sind Expert:innen darin, was wir für zukunftsfähigere Produktions-, Arbeits- und Lebensbedingungen in Thüringen brauchen. Es geht um die Frage: Wer bestimmt über meine Arbeitskraft und meine Zeit? Es geht darum, wie zum Beispiel für die Industrie, Gesundheits- und Sozialberufe oder die öffentliche Verwaltung Regelungen für eine Viertagewoche oder andere Modelle der Arbeitszeitverkürzung gestaltet werden können.

Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, um Familienaufgaben, die Erziehung und Betreuung von Kindern sowie die Pflege von Angehörigen besser mit beruflichen Anforderungen vereinbaren zu können und die Arbeit zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen. Die Hauptlast dieser Arbeit bei Frauen zu belassen, führt dazu, dass sie oft weniger verdienen und häufiger von Armut, auch Altersarmut

betroffen sind. Das Land Thüringen will in Fragen von Arbeitsbedingungen und Bezahlung Vorbild sein, unter anderem durch die neuen Regelungen im Vergabegesetz für öffentliche Aufträge mit einem Vergabemindestlohn und Instrumenten zur Steigerung der Tarifbindung sowie durch gute Arbeitsbedingungen für die landeseigenen Beschäftigten. Auch durch die Einführung von Bildungsurlaub für Beschäftigte hat unsere Landesregierung bereits Verbesserungen erreicht. Im Bereich der Industriepolitik gilt es, bestehende und möglicherweise neue staatliche Beteiligungen stärker als bisher zu nutzen, um Arbeitsplätze, Regionen und wichtige Branchen zu stützen und notwendige Modernisierungen zu unterstützen und die Veränderungen in der Arbeitswelt nicht auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen.



### 2.1 Gute Arbeit für das gute Leben

→ Mit dem neuen Thüringer Vergabegesetz tragen wir zur Erhöhung der Löhne und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei. Das Gesetz senkt den bürokratischen Aufwand und verbessert Sozial- und Umweltstandards. Allerdings ist das nur ein erster Schritt, denn es muss künftig auch für Vergaben der Kommunen in Thüringen gelten. Die Thüringer Linke wird weiterhin für ein über dem allgemeinen

Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für öffentliche Aufträge kämpfen. Dieses muss auch in den kommenden Jahren zügig steigen, unter Beachtung des Vorrangs von Tarifverträgen. Wir werden alle gesetzlichen Spielräume für bessere Arbeit und Löhne nutzen und politisch unterstützen.

→ Wir wollen staatliche Fördermittel für Unternehmen und Einrichtungen an tarifgerechte Entlohnung und qualitativ hochwertige Beschäftigung binden. Dazu richten wir ein digital-öffentliches Tarifregister nach Berliner Vorbild ein. So leisten wir unseren Beitrag für eine höhere Tarifbindung. Beim Einsatz staatlicher Gelder müssen gute Arbeitsbedingungen garantiert sein. Wir wollen eine Fördermittel- und Vergabepolitik des Landes, die mit sozialen und ökologischen Kriterien die Verantwortung der Wirtschaft für Nachhaltigkeit und gute Arbeit betont, um eine soziale und klimagerechte Zukunft für die Generationen zu gestalten.

→ Die Linke Thüringen setzt sich weiter für eine Arbeitswelt ein, in der jede:r eine existenzsichernde Tätigkeit als Basis für ein selbstbestimmtes Leben ausüben kann. Wir wollen, dass gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit selbstverständlich ist. Wir bleiben dabei: Schluss mit Niedriglöhnen, dem geschlechtsspezifischen Lohngefälle zwischen Frauen und Männern („Gender Pay Gap“), Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen! Um den Thüringer Arbeitsmarkt auch für zugewanderte Arbeits- und Fachkräfte zugänglich und attraktiv zu machen, bedarf es unter anderem der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission Rassismus im Bereich der Arbeitsmarktpolitik.

→ Wir wollen eine „Arbeitskammer“ auch in Thüringen einrichten und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ein tragfähiges Modell dafür entwickeln. Damit würden Beschäftigte und Angestellte in Thüringen eine öffentlich-rechtliche Einrichtung in Verbindung mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen in Wirtschaft und Politik erhalten.

→ Um auf die Veränderungen der Arbeitswelt zu reagieren, wollen wir einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und Leben in Zukunft“ anregen, um mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften eine Grundlage für nötige Veränderungen zu schaffen und rechtzeitig darauf reagieren zu können. Zudem wollen wir Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen und Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern sowie gemeinsam mit Gewerkschaften eine Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt“ fördern, um jetzige

und künftige Beschäftigte über Arbeitnehmer:innen- und Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken.

→ Wir wollen den Ausbau von Mitbestimmung in den Betrieben und die Förderung von Wirtschaftsdemokratie. Studien beweisen: Das ist gut für die gesamte Gesellschaft! Denn dort, wo Beschäftigte mitbestimmen, agieren Unternehmen sozialer, demokratischer und nachhaltiger. Wir wollen Unternehmen und Betriebe dabei unterstützen, Mitbestimmungsmöglichkeiten auszubauen oder neue Formen zu erproben, wie zum Beispiel eine Demokratiezeit mit dem Recht auf zeitlich gewährte Freistellung für das Wahrnehmen von Beteiligungsrechten. Blockaden betrieblicher Mitbestimmung lehnen wir entschieden ab, daher wollen wir die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen sogenanntes „Union Busting“.

→ Wir stärken gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen und ergreifen Maßnahmen, um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären Arbeitsmarkt zu begleiten und arbeitslose Menschen mit Behinderungen schneller in Arbeit zu integrieren, und werden die Arbeitsassistenz ausbauen. Wir wollen, dass der Mindestlohn auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderung Anwendung findet.

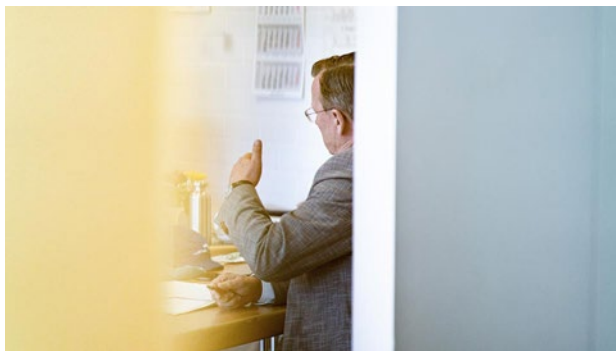
→ Der im Landesamt für Verbraucherschutz angesiedelte Arbeits- und Gesundheitsschutz muss personell aufgestockt werden, um Verstöße und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu ahnden. Um den Arbeitsschutz der Beschäftigten zu stärken, soll eine Anti-Stress-Verordnung eingerichtet werden, die Arbeitgeber:innen dazu verpflichtet, Schutzmaßnahmen gegen körperliche und psychische Erkrankungen zu treffen.

→ Auch wenn die Zahl der langzeiterwerbslosen Menschen in Thüringen in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist, suchen noch immer Menschen nach Jahren der Arbeitslosigkeit nach einer Beschäftigung. Nach dem Ende des erfolgreichen Gemeinwohlarbeitsprojekts für Tausende werden wir erneut nach Wegen suchen, um ihnen im Rahmen öffentlicher Beschäftigung dauerhafte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die auskömmliche Finanzierung der Landesarbeitsprogramme ist deshalb unerlässlich.

→ Über den Bundesrat werden wir weiterhin für eine Verbesserung der Bedingungen für Arbeitende und Menschen ohne Beschäftigung streiten. Der allgemeine Mindestlohn muss zügig auf 15 Euro erhöht, eine armutsfeste Mindestausbildungs-

vergütung eingeführt, das Bürgergeld künftig um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust des Vorjahres automatisch erhöht und letztlich durch eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt werden. Versuchen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern oder Rechte von Beschäftigten auf Bundesebene zu schleifen, werden wir klar widersprechen.

→ Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und zusammen mit den zuständigen Gewerkschaften bei den Arbeitsbedingungen der Landesbeschäftigten Verbesserungen erwirken. Dafür möchten wir unseren Einfluss im Arbeitgeberverband „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ nutzen, um sozialpartnerschaftlich bessere Tarifverträge für die Beschäftigten zu erwirken.



## 2.2 Aktive Wirtschaft- und Industriepolitik für sichere Beschäftigungsperspektiven

→ Wir wollen eine neue Industriebeteiligungsstrategie, mit der wir Unternehmen in Thüringen und ihre betrieblichen Interessensvertretungen im laufenden Strukturwandel unterstützen können. Eigenständige Unternehmen, die sich auf den Weg machen und ihre Produktion klimaneutral umstellen oder neue Produkte entwickeln wollen, könnten über eine staatliche Beteiligung ihre Eigenkapitalbasis stärken und so den Wandlungsprozess für die Beschäftigten sicher gestalten. Betriebe, die am Ende der Entscheidungskette stehen, weil Konzernzentralen am anderen Ende der Welt sitzen, könnten über staatliche Beteiligungen aus Unternehmensstrukturen herauswachsen und auf eigenen Beinen stehen. Das gilt es mit einem entsprechenden Plan unter Beteiligung der Beschäftigten klimagerecht in Produktion und Arbeitsweise aufzustellen. Dazu braucht es regionale Strategien, bei denen die Beschäftigten, Gewerkschaften, Kommunen, das Land und weitere wichtige Akteur:innen gemeinsam den Wandel gestalten.

→ Statt vorrangig Zulieferer für westdeutsche und internationale Konzerne zu sein, will Die Linke eine Industrie- und Strukturpolitik, die Wertschöpfung stärker in Thüringen verankert. Unter anderem haben sich dazu Industrie-Zusammenschlüsse als Instrument guter Vernetzung bewährt. Wir wollen interessierten Branchen die Bildung weiterer Verbände offenhalten.

→ Wir wollen Produktivgenossenschaften fördern, um kleine Betriebe im ländlichen Raum zu erhalten. Belegschaften können so gemeinsam ihre Betriebe fortführen. Bestehende Fördermöglichkeiten, zum Beispiel Mikrodarlehen, müssen bekannter gemacht, Richtlinien vereinfacht und ein eigenes Förderprogramm für Genossenschaften aufgelegt werden.

→ Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhandene Maßnahmen bündeln, bürokratische Hürden abbauen und zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung, Vertriebsstrukturen, Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.

→ Wir wollen Gründungsaktivitäten im Handwerk sowie in anderen klein- und mittelständischen Unternehmen weiter fördern. Mit der eingeführten Meistergründungsprämie und dem Meisterbonus haben wir entsprechende Instrumente an der Hand, die es zu erhalten und auszubauen gilt. Unser Ziel ist, dass der Weg zur Meisterausbildung nicht am Geldbeutel scheitert, um maximal attraktive Bedingungen für das Handwerk zu schaffen. Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbar machen, um mehr Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen. Wir wollen, dass Förderprogramme zu Gründungsaktivitäten besonders die zweite Chance für gescheiterte Firmengründer:innen beinhalten.

→ Wir wollen weiterhin in eine aktive Forschungs- und Technologiepolitik investieren, die auch kleine und mittelständische Unternehmen berücksichtigt. Durch entsprechende öffentliche Forschungseinrichtungen und gezielte Förderinstrumente können wir unsere Thüringer Unternehmen bei Ideen begleiten und dadurch regionale Wertschöpfungsketten erhalten, etablieren und gleichzeitig im internationalen Wettbewerb bestehen. Die dazu notwendige Finanzierung entsprechender Einrichtungen wollen wir fortsetzen und ausbauen.

→ Für Thüringer Betriebe und Unternehmen werden wir mit einem Landesprogramm Anreize bei der Rüstungskonversion geben, also eine Umstellung der Produktion von militärischen Gütern auf zivile Produkte unterstützen und auch ehemals militärisch

genutzte Flächen und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar machen. Militärische Investitionen von Unternehmen mit Landesbeteiligung werden wir ausschließen. Neuansiedlungen von Rüstungsfabriken lehnen wir strikt ab. Niemand sollte seinen Lebensunterhalt damit verdienen müssen, andere Leben zu zerstören.

→ Mit der Ansiedelung des chinesischen Batterieherstellers CATL in Arnstadt ist es gelungen, eine Milliardeninvestition für eine entscheidende Zukunftstechnologie der E-Mobilität nach Thüringen zu holen. Solche Ansiedlungen gehen allerdings auch mit hohen Anforderungen an die umliegenden Gemeinden und die Menschen dort vor Ort einher. Die Kommunen in der Region unterstützen wir dabei, dafür nötige neue öffentliche Infrastruktur – von Kindergärten über Wohnungen bis ÖPNV – zu schaffen. Die Erschließung, der Ausbau und der Umbau von wirtschaftlichen Ansiedlungen in Thüringen muss durch einen entsprechenden Infrastrukturfonds für Soziales, Bildung, Kultur, Verkehr und Gesundheit gefördert werden. Wir wollen zudem bei entsprechenden Ansiedlungen den Betrieb, die Beschäftigten und die Gewerkschaft dabei unterstützen, hier ein Modell für tarifgebundene Arbeit, gute Löhne und starke Mitbestimmung in einer Zukunftsindustrie zu entwickeln, die für die Region langfristig ein Entwicklungsmotor und Stabilitätsanker sein kann. Um mittelfristig gute Löhne zu stützen, müssen Berufsfelder wie in der Batteriewirtschaft oder im Bereich der Wasserstofftechnologie bei der Etablierung entsprechender Ausbildungsberufe, Facharbeits- und Studiengänge unterstützt werden.

→ Bei der Förderung von Thüringer Innovationen stellen wir das Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen in den Mittelpunkt – wichtig ist der dauerhafte Aufbau eigener Forschungskapazitäten. Mit einem Transformations- und Nachhaltigkeitsfonds stellen wir finanzielle Weichen neu. Bedingungen des sozial-ökologischen Umbaus müssen mitgedacht und gesellschaftliche Auswirkungen von Forschung und Technologien berücksichtigt werden. Forschungsprojekte im militärischen Bereich sind für uns nicht förderfähig.

→ Wir schlagen die Einrichtung einer Forschungsstelle Arbeit und Innovation vor, um negative Auswirkungen der Digitalisierung und anderer Umbrüche und Entwicklungen in der Arbeitswelt für Beschäftigte frühzeitig erkennen und Veränderungsmöglichkeiten entwickeln zu können. Die Forschungsstelle soll sich insbesondere der sozialen Entwicklung von Technik, der Humanisierung von Arbeit und dem Ausbau von Mitbestimmung widmen.

→ Mit einer umfassenden Strategie zur Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte unterstützen wir Möglichkeiten, beruflich aufzusteigen. Damit bieten sich auch Perspektiven, neue Methoden und Techniken der Wirtschaft 4.0 einzusetzen. Wir wollen Strategie und Maßnahmen eng mit den Vertretungen der Beschäftigten und Gewerkschaften entwickeln. Dazu gehört auch, den beruflichen Aufstieg von Frauen im Landesdienst voranzubringen.

→ Zur Begleitung von Transformations- oder Digitalisierungsprozessen in den Thüringer Betrieben ist auch eine professionelle Beratung von Betriebs- und Personalräten nötig, zum Beispiel in Form einer vom Land unterstützten Technologieberatungsstelle, damit sie die Interessen der Beschäftigten im Wandel oder angesichts von Umstrukturierungen gut vertreten können.

→ Um die Wärme- und Mobilitätswende sowie weitere Wandlungsprozesse mit Auswirkungen auf Unternehmen, Sozialwirtschaft, Gesundheitsbereiche und öffentlichen Dienst zu schaffen, braucht es Personal. Mit den Beschäftigten im Land Thüringen, einer jungen Generation, die sich für ihre Zukunft starkmacht, sowie den Hochschulen und beruflichen Bildungseinrichtungen, haben wir Wissen, Ideen und Erfahrungen, die wir nutzen können. Wir wollen die Rolle von Hochschulen, Forschung und beruflicher Bildung für eine soziale Klimapolitik im Land stärken. Diese Veränderungen braucht Menschen, die sie gestalten! Deshalb werden wir Modelle diskutieren, mit denen wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen – an den Hochschulen wie an den beruflichen Bildungszentren. Klimawandel, Digitalisierung und demografischer Wandel bedeuten, dass viele Aufgaben auf weniger Schultern mit neuen technischen Möglichkeiten bewältigt werden müssen. Diesen ständigen Weiterbildungsbedarf müssen wir decken. Damit Menschen das können, brauchen sie Zeit und Sicherheiten. Modelle dazu gibt es mit Bildungszeiten bei Lohnfortzahlung, was man in Österreich unter Bildungskarenzzeiten kennt. Wer sich weiterbilden will, um bei der Umstellung des Unternehmens auf klimaneutrale Produktion mitgestalten zu können, sollte keine Angst haben müssen, ohne finanzielle Sicherheiten auf dem Trockenen zu sitzen. Dazu brauchen wir Pilotstudiengänge an den Hochschulen und Modellprojekte an den Berufsbildungszentren, die durch eine neue Rolle in der Weiterbildung auch eine Stärkung erfahren können. Das ist nötig, weil neue Berufsbilder und -aufgaben die Arbeitswelt prägen werden.

→ Wir wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen. Auch in kleinen Betrieben und für Auszubildende sollen fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr möglich sein. Außer-

dem wollen wir die Anerkennung einer Bildungs- freistellungsveranstaltung nach dem Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz erleichtern. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften offensiv für Bildungsurlaub werben.



### **2.3 Landwirtschaft regional, sozial, nachhaltig und sicher vor Spekulation**

Auch in der Landwirtschaftspolitik ist ein Umdenken notwendig, um Boden zu schützen, die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, anstatt Agrarflächen zum Spekulations- und Renditeobjekt zu machen. Erforderlich sind schützende Eingriffe durch ein Agrarstrukturgesetz und eine Weiterentwicklung der Förderpolitik. Unsere Landwirtschaft soll die Bevölkerung mit guten, bezahlbaren Nahrungsmitteln versorgen und steht zugleich unter hohem Wettbewerbs- und Preisdruck. Viele landwirtschaftliche Betriebe kämpfen um ihr Überleben. Die von der Bundesregierung geplante Abschaffung des billigeren Agrardiesels und der Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer sind weitere Belastungen durch die Ampelregierung im Bund. Die Thüringer Linke steht an der Seite der Landwirt:innen, sowohl der Öko-Betriebe wie auch der konventionell wirtschaftenden, und setzt sich für deren Bestand und gute wirtschaftliche Entwicklung ein. Dennoch steht die Landwirtschaft als Nutzerin der Natur und Produzentin unserer Lebensmittel in einer großen Verantwortung. Naturschutz, Tierwohl, Qualität, Arbeitsbedingungen und Löhne und Einkommen müssen stimmen. Will sie in Thüringen den zahlreichen Herausforderungen im Interesse unserer aller Zukunft gerecht werden, muss sie sich verändern. Dafür braucht sie aktive politische und gesellschaftliche Unterstützung, die sie von unserer Partei weiterhin bekommen wird, das ist versprochen.

→ Wir wollen eine Landbewirtschaftung, die die Bodenfruchtbarkeit dauerhaft erhält und die unsere natürlichen Ressourcen mit der biologischen Vielfalt

schont. Es soll eine vielfältige Kulturlandschaft gefördert werden. Unser Handeln richten wir danach aus, dass eine Kreislaufwirtschaft angestrebt wird, die auch die Tierhaltung in einem der Fläche angepassten Umfang beinhaltet. Wir wollen „gute Arbeit“ in Form gut bezahlter und sozial abgesicherter Einkommensverhältnisse und betrieblicher Mitbestimmung als Standard für in der Landwirtschaft Beschäftigte.

→ Wir stehen zu den Agrargenossenschaften. Nach unserer Auffassung ist die Art und Weise der Bewirtschaftung entscheidend und nicht die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes.

→ Wir brauchen mehr Beteiligung aller Akteur:innen und einen breiten Dialog über die Frage, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen, sich entwickeln und unterstützt werden soll. Die Landwirtschaft in Deutschland steht am Scheideweg: Die Linke Thüringen wird dafür sorgen, dass Agrarpolitik wieder sachgerecht, planbar und verlässlich gestaltet wird. Wir unterstützen die Initiative von Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden für einen gemeinsamen Dialog zur Zukunft der Thüringer Landwirtschaft.

→ Wir fordern die Umsetzung der schon lange auf dem Tisch liegenden Maßnahmen der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) und der sogenannten Borchert-Kommission, in der Politik und Landwirtschaft gemeinsame Reformschritte diskutiert haben. Die dort vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen geben der Landwirtschaft eine Perspektive. Wir beziehen die Thüringer Akteur:innen bei der Erarbeitung der Umsetzungsmaßnahmen unbedingt ein und setzen uns dafür ein, eine verlässliche Finanzierung sicherzustellen.

→ Wir sind und bleiben auf eine einheimische Lebensmittelerzeugung angewiesen. Wir werden daher dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft ein resilienter Bestandteil der regionalen Wertschöpfung bleibt und die Ernährungssouveränität mit einer sichereren Perspektive des Sektors gewährleistet.

→ Wir setzen auf ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung, auf regionale Wertschöpfung durch Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in der Region und Kooperation aller Anbieter:innen und auf kurze Versorgungsketten. Dafür wollen wir Direktvermarktung unterstützen, um so auch Landwirt:innen vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Weniger Marktdominanz der Lebensmittelketten bedeutet mehr Verhandlungsmacht für Landwirt:innen und damit bessere Löhne für die Beschäftigten in den

grünen Berufen. Statt langer Lieferwege sollen frisches und regionales Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch auf den Tisch unserer Schulkinder, auf unseren eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und Cafeterien gelangen. In diesem Sinne werden wir kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen unterstützen, dauerhaft regionale Produkte zu nutzen. Wir setzen uns für eine Neuausrichtung des Agrarmarketings ein und suchen hier auch die Kooperation mit anderen Bundesländern.

→ Wir setzen uns für die Förderung der Produktion von Fleischersatzprodukten lokal in Thüringen ein.

→ Wir stehen zu der nachhaltigen Agrarpolitik unserer Landesregierung; mit dieser wollen wir Artenvielfalt und die natürlichen Ressourcen erhalten sowie Bodenerosion, zum Beispiel durch mehr Agroforst, und klimaschädliche Emissionen verringern. Wir streben an, die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen sowie den Ökolandbau auf einem Drittel der Agrarflächen Thüringens zu etablieren.

→ Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an neue Kriterien geknüpft wird. Wir sehen die Gemeinwohlprämie als eine Möglichkeit, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken. Der bürokratische Aufwand muss reduziert werden. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte Betriebe, insbesondere in weniger ertragreichen Gebieten, im Sinne einer flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.

→ Landwirt:innen sollen endlich die Möglichkeit bekommen, mit Umweltleistungen auch Einkommen zu generieren. Die Entlohnung für Leistungen, die sie für den Umweltschutz erbringen, erfolgt mittels Prämien innerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) Europas. Wir wollen über den nationalen Strategieplan die Prämien in einem Umfang anpassen, dass ein Teil der Zahlung als Gewinnbeitrag für den Betrieb erfolgt.

→ Wir erkennen die Leistungen der Agrarbetriebe an, die benachteiligte Gebiete bewirtschaften, und halten an den Ausgleichszahlungen fest. Denn sie erhalten ökologisch wertvolle Kulturlandschaften und tragen zum Artenschutz bei. Mehr als jeder zweite Hektar der landwirtschaftlichen Fläche Thüringens liegt in benachteiligtem oder spezifischem Gebiet. Von der Ausgleichszulage profitieren Agrarbetriebe, die Felder oder Grünland in solchen naturbedingt ungünstigen Lagen bewirtschaften und deshalb nur geringere Erträge erzielen können. Diese Gebiete haben einen hohen Anteil an ökologisch und ökonomisch wertvollem Grünland, das als Weidefläche und Futterquelle für Nutzvieh dient.

Dauergrünland gilt als eine der artenreichsten Biotopformen. Ohne die Ausgleichszulage bestünde eine erhöhte Gefahr, dass die betroffenen Flächen brach fallen, verwildern und verbuschen.

→ Wir unterstützen eine anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge- und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht wird. Die Linke Thüringen will den Einsatz von Pestiziden, wie zum Beispiel Glyphosat, und schädliche Düngeverfahren zurückdrängen.

→ Die ökologische Transformation des Pflanzenbaus und der Tierhaltung werden durch die Marktteilnehmer:innen nicht bezahlt und auch nicht ausreichend finanziell gefördert. Der gesellschaftliche Druck zum Umbau der Landwirtschaft steigt, jedoch werden Landwirt:innen lediglich mit zunehmendem bürokratischen Aufwand, ordnungsrechtlichen Auflagen und erhöhten Kosten konfrontiert – ohne eine angemessene Entschädigung. Daher setzt sich Die Linke für gerechte Erzeugerpreise und für eine bessere Marktstellung der Landwirt:innen ein. Zur Steigerung der Wertschöpfung auf den landwirtschaftlichen Betrieben werden wir prüfen, welche Möglichkeiten uns die Regelungen zur Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) der Europäischen Union geben, eine gesetzliche Vertragsgestaltung vor Lieferung zwischen der abnehmenden Hand und den Landwirt:innen verpflichtend einzuführen.

→ Um Marktschwankungen und Auswirkungen des Klimawandels besser abfangen zu können, dürfen landwirtschaftliche Betriebe nicht auf Monokulturen setzen. Wir begleiten die Betriebe bei den notwendigen Umstellungen und Investitionen.

→ Wir stehen gegen Bodenspekulation und Landgrabbing, die zunehmend auch in Thüringen auftreten. Ackerland gehört in die Hände von Landwirt:innen, der Zugriff außerlandwirtschaftlicher Investoren muss gestoppt werden. Landwirtschaftliche Nutzflächen müssen als solche erhalten werden. Wir wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken, gesetzliche Hürden überwinden und Preise deckeln. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden denen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten. Mit unserem Vorschlag für ein Agrarstrukturgesetz sind wir dafür einen ersten wichtigen Schritt gegangen.

→ Eine breite Eigentumsstreuung von landwirtschaftlichen Nutzflächen ist unser politisches Ziel. Auf dem Bodenmarkt finden jedoch seit Jahren Konzentrationsprozesse statt. Die Kauf- und Pachtpreise steigen kontinuierlich. Die Linke setzt sich

dafür ein, das Steuerrecht beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen zu reformieren.

- Als Entscheidungsgrundlage für Grundstücksverkehrs-genehmigungen und weitere agrarpolitische Entscheidungen muss eine volle Transparenz beim landwirtschaftlichen Grundbesitz und insbesondere bezüglich der Eigentumsstrukturen von Agrarunternehmen gewährleistet werden.
- Bodeneigentum in öffentlicher Hand ist darüber hinaus ein wichtiges Instrument, um öffentliche Interessen hinsichtlich Agrarstruktur, Umweltbelangen und Unterstützung von alternativen Modellen und Junglandwirt:innen durch zielgerichtete Verpachtung zu befördern. Ein strategischer, öffentlicher Bodenfonds eröffnet die Möglichkeit, agrarstrukturelle und gemeinwohlorientierte Ziele des Landes über gezielte langfristige Verpachtung zu verfolgen.
- Wir wollen artgerechte Tierhaltung stärken und einen sozial verträglichen Umbau zu mehr Tierwohl und Umweltschutz fördern. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir auch betriebliche Kreisläufe.
- Mit den Empfehlungen der Borchert Kommission sowie der Zukunftskommission Landwirtschaft liegen seit Langem konkrete Konzepte vor, wie die notwendige Ökologisierung des Pflanzenbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen können, dass sie mit wirtschaftlichen Perspektiven für den landwirtschaftlichen Berufsstand verbunden sind. Wir fordern, weiter die Maßnahmen der Agrarpolitik an diesen Empfehlungen auszurichten.
- Statt zentralisierter und privater Groß-Schlachthöfe mit langen Transportwegen, höherem Aufwand und oft schlechten Arbeitsbedingungen unterstützen wir dezentrale Schlachtstätten und führen unsere Bemühungen zur Einrichtung regionaler und kommunaler Schlachthöfe fort.
- Die Haltung in Kastenständen und die Tierhaltung auf Vollspaltenböden soll nach und nach durch tiergerechte Anlagen ersetzt werden. Um Landwirt:innen dabei zu unterstützen, werden Stallbaumaßnahmen besonders gefördert, die erhöhten Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen.
- Wir treten für die Stärkung gentechnikfreier Regionen und Initiativen ein. Künftige EU-Zulassungsverfahren müssen transparenter sein und ökologische und sozio-ökonomische Kriterien stärker einbeziehen. Wir stehen für ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen. Verunreinigungen mit nicht zugelassenen gentechnisch

veränderten Organismen müssen verhindert werden, um Landwirtschaft und Imkerei zu schützen.

- Die EU-Kommission plant die Deregulierung neuer Gentechniken. Risikoprüfung, Kennzeichnungspflicht, Koexistenz- und Haftungsregelungen würden abgeschafft. Eine gentechnikfreie konventionelle und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln wäre so nicht mehr vorstellbar. Wir fordern, dass auch neue Gentechnik-Pflanzen nach bewährtem Gentechnik-Gesetz reguliert bleiben müssen.
- Die Teichwirtschaft ist eine Voraussetzung für unsere Fischereibetriebe und stützt den Wasserhaushalt und Naturschutz. Fischereiwirtschaft gehört in Thüringen zu den traditionellen Wirtschaftsformen im ländlichen Raum. Sie ist dort ein wichtiger Wertschöpfungsfaktor nicht zuletzt auch wegen der regional produzierten Qualitätsprodukte. Die bewirtschafteten Fischteiche stellen eine besondere landschaftstypische Form der Kulturlandschaft dar, die auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt leistet und erhalten werden soll.



## 2.4 Mit starker Forstwirtschaft den Wald als Lebensgrundlage erhalten

- Wir sehen es alle, und es ist heute drängender denn je: Wir müssen die Thüringer Wälder klimafest machen. Unsere Wälder sind wunderschöne Naturlandschaften und spielen eine wichtige Rolle für Naherholung und Tourismus, im Kampf gegen den Klimawandel und als Quelle von nachwachsenden Rohstoffen. Zugleich leidet der Wald unter Wetterextremen und Schädlingsbefall. Mit stillgelegten Waldflächen leisten wir bereits einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Naturschutz sowie zur Artenvielfalt. Wir haben den einst von der CDU festgelegten Personalabbau und die sinkenden Landeszuweisungen an »Thüringen Forst« gebremst. Damit kann unsere Landesforstanstalt ihre Aufgaben angemessen erfüllen.

→ Um die Widerstandskraft unserer Wälder zu erhöhen, brauchen wir einen naturnahen Waldumbau. Wir müssen dafür gezielt Baumarten anpflanzen, die gut gegen Stürme und lange Zeiten der Trockenheit gewappnet sind. Für einen zügigen Waldumbau und eine bessere regionale Wertschöpfung wollen wir die Landesforstanstalt personell und finanziell stärken. Dazu dient die Fortführung des „Aktionsplanes Wald“.

→ Es soll jedoch nur dort gepflanzt und gesät werden, wo artenreicher Aufwuchs durch Naturverjüngung nicht erreicht wird. Die naturnahe Waldbewirtschaftung soll unser Fokus sein, hier setzen wir insbesondere auf Naturverjüngung, die etwa 90 Prozent der Wiederbewaldung ausmacht. Dazu gehört auch, abgestorbene Bäume als Schatten-spender und Erosionsschutz im Wald zu belassen.

→ Der Waldumbau von Monokulturen (aktuell noch 57 Prozent Nadelholz beim Baumartenanteil) zu einem klimastabilen Mischwald liegt in unserem elementaren Eigeninteresse und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Bedeutung und Anerkennung jahrelang vernachlässigt wurde. Wir wollen öffentliche Gelder für Waldbesitzer:innen auch künftig daran koppeln, ob sie dieses Ziel verfolgen. Der Umbau von Monokulturen zu klimabeständigeren Mischwäldern mit Laubbäumen ist kostenintensiv. Daher müssen ausreichende öffentliche Mittel fließen, um Waldbesitzer:innen für die nötige Überführung in stabile Wälder, deren Entwicklung und Gestaltung zu motivieren.

→ Wir werden die nach Schädlingsbefall, Trockenheit und Stürmen notwendig gewordene Wiederaufforstung fördern. Unter anderem mit einem Landesprogramm für Wiederaufforstung und Waldumbau, das auch privaten und kommunalen Waldbesitzer:innen zugutekommt, werden Klimaschutz, Wassermanagement, Tourismus, Holzwirtschaft und neue Jobs unterstützt und die Zukunft unseres Thüringer Waldes garantiert.

→ Bis 2030 stellen wir im Haushalt insgesamt 500 Millionen Euro für die Wiederbewaldung und den Waldumbau bereit. Im Fokus der Umsetzung stehen die Schadbeseitigung, die klimastabile Wiederbewaldung und die Waldbrandprävention.

→ Mischwälder mit einem hohen Anteil an Laubholz und tief wurzelnden Nadelbaumarten können wesentlich besser und effizienter die Niederschläge und verfügbares Bodenwasser nutzen, als Fichten- oder Kiefernreinbestände; daher können sie in begrenztem Umfang auch Trockenperioden besser überstehen. Die vorhandene Wasserspeicherfähigkeit des Bodens muss erhalten werden, um jeden

kostbaren Tropfen Wasser zu sichern. Deshalb sollte der Einsatz schwerer Maschinen auf das Nötigste beschränkt werden und möglichst effektiv und bodenschonend erfolgen.

→ Wir wollen mit allen forstwirtschaftlichen Akteur:innen und Institutionen in den Austausch treten, um einen Prozess zur Umstellung auf eine naturnahe Waldbewirtschaftung zu begleiten.

→ Besitzer:innen von kleinen Privatwäldern und forstliche Zusammenschlüsse müssen künftig besser unterstützt werden.

→ Die Veräußerung von Wald in öffentlichem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung muss unterbunden werden.

→ Die Nutzung der Waldwege muss neu geregelt werden. Die Interessen der Waldbesitzer:innen sind ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare Nutzungen mit Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Auch touristische Ansprüche und die Bedürfnisse von Anlieger:innen müssen einbezogen werden.

→ Kleingärten sind für viele Menschen in Thüringen wichtige Orte der Freizeit- und Urlaubsgestaltung, der Erholung, des Sozialen und der Selbstversorgung mit Gemüse und Obst. Kleingärten sind ein wichtiger Teil Thüringer Kultur. Wir setzen uns für den Erhalt der Gärten ein und wollen die gemeinnützigen Vereinsstrukturen stützen und den Forderungen der Thüringer Kleingärtner:innen gegenüber der Bundesregierung Gehör verschaffen.



## 2.5 Tourismus sozial und nachhaltig stärker machen

→ Vom Tourismus hängen in Thüringen mehr als 100.000 Arbeitsplätze ab. Eine gut aufgestellte Tourismuslandschaft mit vielfältigen Angeboten ist ein Grundstein für eine hohe Attraktivität für die

Menschen vor Ort, gerade im ländlichen Raum. Mit der „Landestourismusstrategie 2025“, der Wanderwegekonzeption, Entwicklungen am Thüringer Meer oder dem Programm „Zukunft Thüringer Wald“ haben wir die Angebote, das Marketing, Finanzierung, Strukturen und Qualität gestärkt. Diesen Kurs werden wir weitergehen, um die Angebote in unserem Thüringen immer weiter zu verbessern und auch veränderten Erwartungen gerecht zu werden.

→ Nach der existenziellen Krise des Gast- und Hotelgewerbes durch die Corona-Pandemie erholen sich die Tourismuszahlen wieder. Dennoch steht die Branche weiterhin vor großen Herausforderungen, unter anderem durch die erneute Erhöhung der Umsatzsteuer für Speisen auf 19 Prozent und fehlende Fachkräfte. Eine Lösung kann nur im Dreiklang aus guter Arbeit und guten Löhnen, Investitionsbereitschaft und verbesserter Vermarktung gelingen. Das werden wir politisch unterstützen, unter anderem durch den nun beschlossenen Beherbergungs- und Gastrobonus. Bis 2027 unterstützen wir Gastronomie und Beherbergungsbetriebe vor allem in ländlichen Regionen mit drei Millionen Euro.

→ Die Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen muss weiter intensiviert werden. Eine höhere Aufenthaltsdauer und Wertschöpfung gelingt nur, wenn gemeinsam die vielfältigen Kultur- und Naturschätze sowie Freizeitangebote Thüringens beworben und eingebunden werden.

→ In einem international stark umworbene Markt hilft Thüringen die Kooperation, um sichtbar zu sein. Wir wollen die länderübergreifende Zusammenarbeit ausbauen – sowohl im gemeinsamen Marketing mit den angrenzenden Bundesländern als auch in den grenzübergreifenden Regionen Eichsfeld, Franken, Harz, Rhön, Vogtland und der Metropolregion Leipzig.

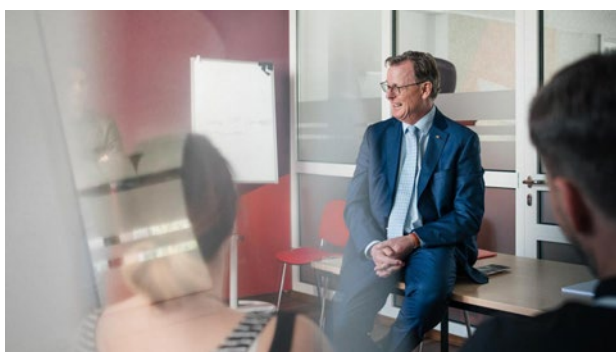
→ Auch der Tourismus in Thüringen muss sich den Herausforderungen dieser Zeit stellen. Wir wollen daher Maßnahmen unterstützen, die die Ganzjahresnutzung und einen sanften wie nachhaltig ressourcenschonenden Tourismus fördern.

→ Auch im Tourismus fördern wir barrierefreies Reisen. Fördermöglichkeiten zum Ausbau entsprechender Angebote werden wir daher ausbauen.

→ Bei der Buchung von Reise- und Übernachtungsleistungen nimmt die Nutzung digitaler Vertriebswege immer mehr zu. Das gilt auch für Dienstleistungen im Bereich Sport-, Erholungs- und Gesundheitstourismus. Das sollte über eine entsprechende digitale Plattform durch den Freistaat vermarktet werden.



### 3. Gute Bildung von der Kinderkrippe bis zum Meister oder Master – beitragsfrei!



Bildung ist eine zentrale Voraussetzung, um das eigene Leben selbst zu gestalten. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen im Kindergarten und in der Schule bestens gefördert werden, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und dem Geldbeutel ihrer Familien, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren individuellen Voraussetzungen. Bildung muss deshalb beitragsfrei sein, vom Besuch des Kindergartens bis hin zum Kurs für Senior:innen an den Volkshochschulen. Unsere Leitlinien – längeres gemeinsames Lernen und inklusive Bildung – wirken der sozialen Spaltung entgegen und ermöglichen Bildungserfolg. Statt für Konkurrenz und Leistungsdruck setzen wir uns für ein solidarisches Bildungssystem ein, an dem alle miteinander und füreinander teilhaben. Wir denken Bildung vom Kind und vom Menschen her. Bildung braucht starke und fachkundige Begleitung. Moderne Lehrpläne und Lernorte, digital gut ausgestattete Bildungseinrichtungen und geschultes Personal sind Grunderfordernisse. Thüringen hat gut ausgestattete Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen, engagierte Pädagog:innen, moderne Bildungskonzepte und eine lebendige, von Mitbestimmung geprägte Kultur an seinen Bildungseinrichtungen. Das wollen wir weiter ausbauen und stärken.

Insbesondere wollen wir die Lehrkräfte weiterhin unterstützen und ihnen gute Bedingungen bieten. Mit der Wiederverbeamtung von Lehrer:innen, der Anhebung aller grundständigen Lehrkräfte auf das

gleiche Gehalt in der Besoldungsstufe A13, der Beendigung des Stellenabbaupfads und der Öffnung des Seiteneinstiegs haben wir schon vor Jahren den fatalen Kurs der CDU-geführten Vorgängerregierungen beendet und das Ruder herumgerissen. Wir stellen jährlich Lehrer:innen im vierstelligen Bereich ein und gewinnen als Land netto auch vollausgebildete Lehrer:innen hinzu – mehr als wir an andere Länder abgeben. Trotzdem bleibt der Lehrer:innen-Mangel eine dauernde Herausforderung. Thüringen braucht weiterhin eine Regierung, die mit Erfahrung, hoher Arbeitsleistung und offenem Ohr für Lösungsideen vor Ort durch diese Herausforderung steuern kann.

Bildung braucht das gemeinsame Engagement aller, denn Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir setzen uns für eine Grundgesetzänderung ein, die eine dauerhafte Finanzierung der Bundesregierung von Bildungsaufgaben sichert. Programme und Projekte, die einfach eingekürzt werden können, entsprechen nicht unserem Verständnis von dauerhafter Verantwortung für eine gute Bildung in den Bundesländern.



Foto: photocase.de/Matthias Dersch

#### 3.1 Kindergartenland Thüringen – gute Bildung von Anfang an

→ Wir werden die Qualität der Betreuung in den Kindergärten und Kindertagespflegeeinrichtungen

weiter steigern. In die baulichen und konzeptionellen Voraussetzungen der Träger von Kindergärten wollen wir weiter investieren.

→ Wir wollen den Fachkraft-Kind-Schlüssel und die Qualität der Bildung in den Kindergärten weiter verbessern, und dazu wird weiteres gutes Personal gebraucht. Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind dafür das A und O. Erfolge bei der Gewinnung von Erzieher:innen haben wir bereits durch Projekte unserer Landesregierung zur praxisintegrierten Ausbildung und Zuschüsse an die Kita-Träger für Jahrespraktikant:innen erzielt.

→ Die Leitung einer Einrichtung ist eine fordernde und verantwortungsvolle Aufgabe. Die Anhebung des sogenannten Leitungsdeckels im Jahr 2018 war ein wichtiger Schritt dahin, dass die Kolleg:innen vor Ort dieser Aufgabe gerecht werden können. Zukünftig muss dieser Deckel ganz wegfallen, so dass einem Kindergarten mit 200 Kindern beispielsweise bis zu zwei Personalstellen für Leitungsaufgaben zur Verfügung stehen können. Wir werden kleine Einrichtungen unter 50 Kindern mit 0,5 Vollbeschäftigungseinheiten (VbE) Leitungsstunden ausstatten. Einrichtungen zwischen 51 und 99 Kindern erhalten eine VbE Leitungsstelle.

→ Mit den zwei beitragsfreien Kindergartenjahren entlasten wir bereits etwa 20.000 Familien um durchschnittlich 3.854 Euro pro Kind. Bis 2025 wollen wir auch das dritte Kindergartenjahr und im Laufe der nächsten Regierungsperiode die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen.

→ In den Thüringer Kindergärten werden wir die Voraussetzungen für Inklusion und Barrierefreiheit verbessern. Jedes Kind hat Anspruch auf Bildung nach seinen individuellen Bedürfnissen.

→ Wir fordern, die Einführung einer regionalen und gesunden Essensversorgung an Kindergarten und Schule in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen und wollen schrittweise die Verpflegungskosten in Kindergärten und Schulen kostenfrei gestalten und ein Programm für die Unterstützung kommunaler Küchen für Kindergärten und Schulen auf den Weg bringen. Es braucht eine Initiative für mehr kommunale Eigenbetriebe für Kindergarten- und Schulessen.

→ Kindertagespflegepersonen, also Tagesmütter und Tagesväter, sind mit ihrem Angebot ein wichtiger Bestandteil der Kinderbetreuung. Nicht nur bei der Qualitätsentwicklung bei der Kindertagespflege sind wir weiter vorangekommen, auch die finanzielle Ausstattung haben wir verbessert.

→ Wir brauchen Forschung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Kindergartenpraxis zu Bedingungen, Ausbildung und pädagogischer Begleitung in Kindergärten. Deshalb wollen wir ein Zentrum für frühkindliche Bildung an einer Thüringer Hochschule verankern.

→ Wir wollen, dass Sozialarbeit und Sozialraumorientierung bereits im Kindergarten anfangen. Eltern und Kinder haben durch den Einsatz von Sozialarbeit in ihren Kindergärten eine zusätzliche Ansprechperson. Und der direkte Nahraum des Kindergartens erfährt eine Aufwertung.

→ Wir unterstützen den Wunsch der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen nach einem jüdischen Kindergarten.



### 3.2 Schule von morgen heute gestalten

→ Jede:r soll in unseren Schulen so gut wie möglich gefördert und gebildet werden. Wir wollen keinen zurücklassen und werden deshalb weitere Maßnahmen erproben und einführen, die die Anzahl der Menschen ohne Schulabschluss minimieren.

→ Wir wollen und müssen für eine gute Bildungslandschaft den Bedarf an Lehrkräften bestmöglich decken. Nicht ein abstrakter Ländervergleich soll die Zahl der Lehrkräfte bestimmen, sondern der Bedarf an den Schulen.

→ Der Mangel an Lehrer:innen muss durch viele verschiedene Maßnahmen bekämpft werden. Neben grundständig ausgebildeten Lehrer:innen, die weiter extrem wichtig sind, zählen Seiteneinsteiger:innen mittlerweile zum gewohnten Bild an Thüringer Schulen. Sie sind unersetzlich und bereichern das Schulleben und den Unterricht mit ihrer vielfältigen Lebens- und Berufserfahrung. Viele von ihnen hatten ursprünglich keine Chance, in Thüringen Lehrer:in zu werden. Wir wollen ihnen weiter beste Möglichkeiten des Berufswechsels

und des Ankommens und Hineinwachsens an Schulen geben.

→ Die erfolgreiche Thüringer Kampagne zur Gewinnung von Lehrer:innen, die das Image des Berufs zum Positiven gewandelt hat, damit aktiv zur Lehrer:innen-Gewinnung beiträgt und bundesweit viel beachtet ist, wollen wir mit neuen, kreativen Ideen fortsetzen.

→ Mit den neuen Pädagogischen Assistent:innen haben wir an den Schulen mehr pädagogische Spielräume und bessere Unterstützung ermöglicht. Sie sollen in Thüringen unbefristet eingestellt werden. Wir wollen die Zahl der Pädagogischen Assistent:innen weiter erhöhen und alle Schularten berücksichtigen.

→ Einstellungen in den Schuldienst sollen grundsätzlich unbefristet erfolgen. Sachgrundlose Befristungen lehnen wir ab.

→ Bei der Planung des Lehrkräfteeinsatzes muss der hohe Anteil langzeiterkrankter Lehrer:innen stärker berücksichtigt werden. Deshalb lassen wir uns nicht von unserem mittelfristigen Ziel abbringen, einen Personaleinsatz von 110 Prozent anzustreben.

→ Für Kinder mit nichtdeutscher Herkunftssprache wollen wir ein Gesamtkonzept zur Sprachförderung erarbeiten. Jede:r Schüler:in nichtdeutscher Herkunftssprache muss eine in die Regelbeschulung integrierte und in die Gesellschaft integrierende Sprachförderung erhalten. Eine Schlüsselfunktion nehmen hierbei für uns Pädagog:innen für Deutsch als Zweitsprache ein.

→ Wir wollen, dass an jeder Schule ein Medienkonzept existiert, das zur fächerübergreifenden Vermittlung von Medienkompetenz und zur Einbeziehung moderner medialer Unterrichtsmittel Aussagen trifft. Der kritische Umgang mit Social Media muss ab der Schuleingangsphase Teil des Unterrichts sein – ausdrücklich im Wissen darum, dass Schüler:innen in der Frage der Nutzung auch Expertise haben, die in den Unterricht fächerübergreifend entsprechend mit einbezogen werden muss. Die Schulträger sollen vom Land bei der Gewährleistung eines guten technischen Supports für Pädagog:innen und Schüler:innen stärker unterstützt werden.

→ Wir wollen echte Lernmittelfreiheit (analog wie digital) und einen freien Zugang zu digitalen und analogen Lernmitteln schaffen, damit auch hier nicht der Geldbeutel der Eltern über den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen entscheidet.

→ Die Besondere Leistungsfeststellung am Ende der Klasse 10 wollen wir abschaffen. Stattdessen sollen die Schüler:innen mit der Versetzung in Klasse 11 zukünftig automatisch einen anerkannten Realschulabschluss erwerben. Diese Lösung wird bereits in mehreren anderen Bundesländern praktiziert.



### 3.3 Lehrkräfte noch besser ausbilden und unterstützen

→ Wir wollen die Ausbildung der Lehrer:innen in Thüringen auf eine schulstufenbezogene Ausbildung umstellen (statt einer schulartbezogenen Ausbildung) – im Sinne längeren gemeinsamen Lernens und der Stärkung der Gemeinschaftsschule.

→ Die Praxisorientierung der Ausbildung von Lehrer:innen wollen wir weiter verstärken. Sie ist ein wichtiger Faktor für die Qualität der Schulbildung. Inklusiver Unterricht, digitale Medien, Heterogenität und Demokratiebildung sind nur einige Schlagworte, die die Ansprüche des Berufes und die gewachsenen Aufgaben umreißen. Diese Inhalte müssen in der Aus- und Fortbildung der Lehrer:innen vermittelt werden. So haben wir ein Programm zur Stärkung der Medienbildung für alle Altersgruppen oder die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernmethoden in der Ausbildung an den Universitäten in Erfurt und Jena vorgebracht. Die Reformbemühungen der lehramtsausbildenden Universitäten, wie die Etablierung des dualen Regelschullehramtes in Erfurt oder die Stärkung der Regelschulausbildung an der Uni in Jena, unterstützen und begleiten wir.

→ Wir wollen die Hochschulen unterstützen, die Ausbildung von Lehrkräften in Thüringen standortübergreifend und in Kooperation weiterzuentwickeln. Insbesondere am Standort Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das Berufsschullehramt, insbesondere für Quereinsteiger:innen, ausbauen. Dieser Prozess ist schon auf den Weg gebracht, muss aber weiterverfolgt werden.

→ Anstelle starrer Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende bedarfsgerecht gewinnen und unterstützen – vor allem durch eine deutlich verbesserte studienbegleitende Beratung.

→ Wir haben den Aufbau der Studienseminare reformiert und eine klare einheitliche und zukunftsfähige Struktur geschaffen. Mit der Regionalisierung der 2. Phase der Lehrer:innenausbildung bringen wir zukünftige Lehrer:innen bereits in der Ausbildung in die Regionen. Die Regionalstellen des Studienseminars verbessern also vor Ort die Aus-, Fort- und Weiterbildung. Das ist ein erster wichtiger Reformschritt der Lehramtsausbildung. Wir werden die zweite und dritte Phase der Lehramtsausbildung, also das Studienseminar mit seinen Regionalstellen und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien, unter einer Leitung und unter einem Dach zusammenführen.

→ Die Schulämter in Thüringen stellen unter Hochdruck Lehrer:innen ein. Diesen Prozess wollen wir weiter verbessern. Individuelle Leerlaufzeiten zwischen dem Studium und dem Eintritt in den Vorbereitungsdienst wollen wir vermeiden. Die Schulämter wollen wir personell so ausstatten, dass Bewerber:innen noch besser betreut und ihnen noch schneller und früher Einstellungszusagen gegeben werden können. Eine unterjährige Einstellung nach den Bedürfnissen der Bewerber:innen hat Die Linke durchgesetzt; sie muss weiterhin möglich sein.

→ Wir werden bei der Einstellung von Lehrkräften noch stärker auf die Wünsche der Lehrer:innen eingehen. Das umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-Referendariaten, die frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte Bewerbungen und zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerber:innen. Alle in Thüringen für das Lehramt ausgebildeten Lehrkräfte sollen ein frühzeitiges Angebot für eine Stelle in Thüringen erhalten. Insbesondere Bewerber:innen mit Migrationshintergrund sollen aktiv gewonnen werden, um die Vielfalt der Gesellschaft auch in den Schulen abzubilden. Für Menschen mit ausländischen Berufskennnissen soll die Anerkennung vereinfacht werden, bei Bedarf braucht es ein Angebot für Nachqualifizierungen.

→ Wir wollen den Beruf der Lehrer:in attraktiver machen und Pädagog:innen in ihrem Alltag entlasten – zum Beispiel über aktives Gesundheitsmanagement, die landesweite Einstellung von Schulverwaltungsassistenten und den Abbau von Bürokratie.

→ Wir wollen den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum besonders unterstützen. Dazu

werden wir gemeinsam mit den Schulträgern geeignete Maßnahmen wie die „schulscharfe Bewerbung“ weiter ausbauen. Dafür sehen wir ebenfalls die Verbesserung der Infrastruktur und die attraktivere Gestaltung des ländlichen Raumes, insbesondere für junge Menschen, als notwendig an.

→ Um die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten und rassistus- wie diskriminierungskritischen Lehr- und Lernkultur zu unterstützen, wollen wir zum Beispiel Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische und diskriminierende Inhalte überprüfen. Dies in der Lehramtsausbildung als festen Bestandteil zu verankern, sehen wir als notwendig an. Außerdem wollen wir ein Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich etablieren, Angebote zur Sensibilisierung und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte schaffen und Anlaufstellen für Opfer von Rassismus und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen schaffen.

→ Wir wollen die Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung unterstützen und dazu die Freistellungsregelungen deutlich verbessern. Schulart- und fachübergreifende Weiterbildungsmöglichkeiten sollen gefördert werden.

→ Veranstaltungen der Bundeswehr ohne friedenspolitische Begleitung sollen an Thüringer Bildungseinrichtungen nicht stattfinden dürfen. Die friedliche Konfliktlösung in der internationalen Politik muss stärker als bisher Thema an unseren Schulen werden. Wir streben ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizier:innen an Thüringer Bildungseinrichtungen an.



### 3.4 Gute Strukturen für gute Bildung

→ Schulkooperationen sind der Schutzschirm für kleine Schulstandorte im ländlichen Raum. Größere Lehrer:innen-Kollegien ermöglichen besseren fachlichen Austausch zwischen Lehrkräften, und

im Krankheitsfall lässt sich Vertretungsunterricht einfacher organisieren. Deswegen wollen wir Kooperationen von Schulen und Filialmodelle ausbauen und damit die Schulbildung im ländlichen Raum sicherstellen.

→ Unsere Landesregierung hat die Schulsanierung vorangetrieben und die Schulträger beim Umbau und der Instandhaltung von Schulgebäuden unterstützt. Damit haben wir das größte Schulinvestitionsprogramm seit 1990 umgesetzt. Wir werden die Sanierung der Schulgebäude auch in der kommenden Regierungsperiode 2024 bis 2029 weiter fördern und uns als Freistaat Thüringen für die Entbürokratisierung von Fördermitteln des Bundes für Ausbau, Digitalisierung und Ausstattung von Schulen einsetzen.



### **3.5 Längeres gemeinsames Lernen – Gemeinschaftsschulen sichern gute Bildung**

→ Die Gemeinschaftsschule entspricht unserem Bildungsleitbild. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Schlüssel für den individuellen Bildungserfolg und Chancengerechtigkeit. Wir wollen die Gemeinschaftsschule weiter stärken und sehen sie langfristig als tragende Schulform in Thüringen. Die Schulkonferenz soll die Entwicklung der Schule festlegen, ohne Veto eines Schulträgers. In der Ganztagschule sehen wir die günstigsten Bedingungen, dieses Ziel zu verwirklichen.

→ Grund- und Regelschulen sowie Gesamtschulen und Gymnasien wollen wir ebenfalls gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Auch unter ihrem Dach können längeres gemeinsames Lernen und moderne pädagogische Konzepte wachsen und vorangetrieben werden. Entscheidend ist die Durchlässigkeit zwischen den Schularten. Auch das Gymnasium muss sich der individuellen Förderung der Schüler:innen und stärker differenziertem Unterricht verpflichten, wie es vielerorts schon geschieht. Schulartänderungen,

die von der Schulfamilie ausgehen, wollen wir unterstützen.

→ Wir haben die Möglichkeiten der Mitbestimmung ausgeweitet und werden die demokratische Schulentwicklung weiter stärken. Schüler:innen sollen flächendeckend über ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten informiert und zur demokratischen Teilhabe motiviert werden. Mittels der Bereitstellung von personellen Ressourcen kann der Aufbau einer starken Schüler:innen-Vertretung in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit an jeder Schule ermöglicht werden.

→ Wir wollen, dass jede Schule in Thüringen über ein individuelles Schulkonzept verfügt, in dem die Ziele und pädagogischen Schwerpunkte ihrer Arbeit festgelegt sind. Das Konzept soll mit Beteiligung der Eltern und Schüler:innen erarbeitet und regelmäßig fortgeschrieben werden. Das stärkt die Qualität, weil sich die Schulen dann regelmäßig mit Stärken und Schwächen ihrer Arbeit aus Sicht aller Beteiligten auseinandersetzen.

→ Allen Horterzieher:innen soll die Möglichkeit einer Vollzeitbeschäftigung (100 Prozent Stellenumfang) angeboten werden. Dies kommt dem Ausbau eines Ganztagsangebotes zugute. Zudem können die Erzieher:innen so häufiger als zweite pädagogische Kraft im Unterricht die Arbeit der Lehrkraft unterstützen. So bereiten wir uns auch vor, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Primarstufe ab 2026 umzusetzen. Nicht zuletzt werden Stellen im Hort dadurch attraktiver.

→ Mit der Landesstrategie zur beruflichen und arbeitsweltlichen Orientierung haben wir einen wertvollen Grundstein gelegt. Den Anteil der polytechnischen Bildung wollen wir weiter erhöhen, um ihr Potenzial zur Motivation von Lernprozessen und zur beruflichen Orientierung stärker zu nutzen. Praxisklassen sind hierbei ein Weg, der besonders gefördert werden muss. Wir wollen das praxisorientierte Lernen als durchgängigen Auftrag im Schulgesetz verankern. Dies soll durch Integration praxisbezogener Lernformen in den Unterricht und durch lernortbezogene Kooperation mit Betrieben der Region an möglichst jeder Schule umgesetzt werden.

→ Thüringer Schüler:innen sollen die Kompetenzen zum selbstbestimmten und selbständigen Lernen erwerben. Daher wollen wir den Weg für Alternativen der Leistungsbewertung und -dokumentation ebnen. Wo Noten und Zensuren nötig sind, sollen sie transparent zustande kommen und stärker die individuelle Leistung und Entwicklung berücksichtigen. Wir wollen die Bewertung der Leistungen von

Schüler:innen ohne ein Ziffernnotensystem voranbringen. Es müssen im Rahmen jeglicher Benotung die Entwicklungsprozesse und Lernerfolge im Mittelpunkt der Pädagogik stehen, nicht punktuell abgerufene Wissensstände. In den Fächern Sport, Musik und Kunst soll die individuelle Leistung nicht in Form von Noten bewertet werden, sondern ein Bewertungssystem schaffen, in dem kein Kind benachteiligt wird.

→ Nicht erst seit dem pandemiebedingten Distanzunterricht ist klar, dass der Erfolg von Aufgaben, die außerhalb der Schule erledigt werden, maßgeblich von den Voraussetzungen im Elternhaus abhängt. Viele Schüler:innen haben dort keine optimalen Bedingungen. Wiederholende Aufgaben müssen auch Erholungs- und Regenerationsphasen von Schüler:innen ermöglichen. Die flächendeckende Ganztagschule ist für uns die richtige Antwort für echte Chancengleichheit. Schulsozialarbeit ist inzwischen ein fester Bestandteil der funktionierenden Schulfamilie und muss flächendeckend zur Verfügung stehen. Wir werden den Ausbau der Schulsozialarbeit konsequent fortsetzen, damit möglichst jede Schule ein verlässliches Angebot bietet.

→ Wir wollen, dass in den Thüringer Schulen eine Kultur der Digitalität einzieht. Das umfasst neben der nötigen technischen Ausstattung vor allem moderne Konzepte und eine entsprechende Weiterbildung von Pädagog:innen und Quereinsteiger:innen.

→ Wir haben das neue Fach „Medienkunde und Informatik“ eingeführt, um Kompetenzen im Bereich der Mediennutzung zu stärken. Wir wollen dabei auch künftig Kompetenzen von Schüler:innen, Jugendlichen und Pädagog:innen im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung im digitalen Raum stärken.

→ Wir wollen zusätzliche inhaltliche und organisatorische Unterstützung für Beratungslehrkräfte und Schülersprecher:innen organisieren.

→ Wir wollen die Elternbeiträge für die Hortkosten abschaffen und die Schulhorte und Ganztagsangebote schrittweise auf die Klassenstufen 5 und 6 ausweiten und im Zuge des Ausbaus von der Gebührenpflicht befreien.

→ Schulen in freier Trägerschaft sind ein fester Bestandteil der Thüringer Bildungslandschaft und müssen auskömmlich finanziert werden. Seit 2017 wurde die Förderung der Schulen in freier Trägerschaft um 70 Prozent erhöht. Gleichwohl darf es für den Bildungserfolg von Kindern keinen Unterschied machen, ob ihre Eltern in der Lage sind, Zusatzkosten zu tragen. Wir stehen für einen Gleichlauf

der Finanzierung von Kosten für öffentliche Schulen und Schulen in freier Trägerschaft.



### 3.6 Für eine gelingende Inklusion

→ Schüler:innen mit Beeinträchtigung haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung. Die Inklusion ist in Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Wir stehen für eine enge Kooperation zwischen Kind, Elternhaus und Schule auch und gerade in Fragen der Inklusion. Wir setzen auf gute Schulausstattung und moderne Lernsettings für gelingende Inklusion. Die Fort- und Weiterbildung der Pädagog:innen spielt ebenfalls eine zentrale Rolle. Wir werden die Inklusion in der Schule weiter voranbringen.

→ Die Förderzentren sind ein fester Bestandteil der Thüringer Schullandschaft und ermöglichen guten Unterricht für diejenigen Schüler:innen, die nicht im gemeinsamen Unterricht beschult werden können. Die Kompetenzen und Erfahrungen der Lehrer:innen an den Förderschulen sind außerordentlich wichtig für den gelingenden gemeinsamen Unterricht in den allgemeinbildenden Schulen.

→ Wir brauchen eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für den sonderpädagogischen Bereich. Die Förderpädagogik an den Hochschulen und in der Ausbildung der Lehrer:innen muss gefördert werden. Für die Aus- und Weiterbildung der sonderpädagogischen Fachkräfte und für zusätzliche kurzfristige Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte wollen wir die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

→ Den Mobilen Sonderpädagogischen Dienst wollen wir in seiner Aufgabe im gemeinsamen Unterricht stärken.

→ Sonderpädagogische Fachkräfte dürfen nur im Ausnahmefall für Vertretungsstunden eingesetzt werden.



### 3.7 Ausbildung ist mehr als Lernen – gute Bedingungen für Fachkräfte von morgen

→ Wir wollen mit allen relevanten Akteur:innen die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung in Thüringen weiter verbessern. Das betrifft die Lernverhältnisse der Auszubildenden im Betrieb und an der Berufsschule, eine Verringerung der zurückzulegenden Wege und eine bessere soziale Absicherung, die eine Abhängigkeit von Eltern oder aufreibender Nebentätigkeit beendet. Zudem unterstützen wir die Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen bei ihrer Arbeit in den Unternehmen. Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte an den Berufsschulen – gerade in Kooperation mit Gewerkschaften – unterstützen wir.

→ Wir wollen einen umlagefinanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds für Thüringen. Wir verstehen darunter, dass Betriebe einen geringen Anteil der Bruttolohnsumme ihrer Beschäftigten einzahlen und ausbildende Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Auszubildenden etwas zurückbekommen. Das schafft Anreize für Betriebe, Ausbildungsplätze zu schaffen. Betriebe, die nicht ausbilden wollen, werden so dennoch an der Finanzierung der Ausbildung beteiligt. Von dem Fonds sollen zudem fachliche Angebote, Verbundausbildungen, überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungen und Ausbildungsbegleiter:innen finanziert werden. Hinzu kommen Unterstützungsangebote für alle Betriebe, wie Deutschkurse für Auszubildende, Beratungsangebote, Fortbildungen für Ausbilder:innen, Coachings zum Recruiting oder zum Umgang mit Social Media, Angebote zur Stärkung der Sozialkompetenz und vieles mehr.

→ Wir wollen mit Gewerkschaften, Unternehmen und Jugendausbildungsvertreter:innen prüfen, ob und wie ein Auszubildendenwerk in Thüringen ein wichtiges Instrument sein kann, um die Rahmenbedingungen für Auszubildende zu verbessern.

→ Wir brauchen ein Sonderprogramm für junges Wohnen, also eine Förderrichtlinie für mehr und

bezahlbare Azubi-Wohnungen und -wohnheime, um lange Fahrwege zu vermeiden.

→ Wir wollen einen elternunabhängigen Zuschuss für Fahrtkosten und auswärtige Unterbringung von Berufsschüler:innen wieder einführen.

→ Wir wollen eine zentrale unabhängige Beschwerdestelle für Auszubildende schaffen, die im Konfliktfall und bei Verstößen gegen Ausbildungsregelungen auf Basis von Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden aktiv wird.

→ Wir werden uns im Bund für ein armutsfestes Mindestausbildungsentgelt für alle Auszubildenden einsetzen. Wir fordern eine deutliche armutsfeste Aufstockung der BAföG-Sätze sowie die Erweiterung der Anspruchsberechtigung und eine staatliche Ausbildungsbeihilfe. Wir wollen zudem Schulgeld und Prüfungsgebühren für Ausbildungsberufe abschaffen.



### 3.8 Hochschul- und Wissenschaftsland Thüringen

→ Wir haben die Grundfinanzierung der Hochschulen in Thüringen seit 2016 deutlich gesteigert und bereits bis 2025 gesichert. Ab 2025 streben wir eine neue Rahmenvereinbarung mit jährlichen Mittelaufwüchsen um mindestens 4 Prozent pro Jahr an.

→ Nach der erfolgreichen Umwandlung der staatlichen Berufsakademie in die Duale Hochschule Gera-Eisenach wollen wir im Rahmen der Struktur- und Entwicklungsplanung die Einrichtung eigener Masterstudiengänge prüfen.

→ Wir haben mit den Hochschulen einen Investitionsplan Hochschulbauplanung für Thüringen 2030+ auf den Weg gebracht, um den Sanierungsstau an den Hochschulen abzubauen und eine

bauliche Entwicklungsplanung vorzunehmen, die in der Hochschulstrategie des Landes und der Hochschulentwicklungsplanung berücksichtigt wird. Unser Ziel: die Hochschulinfrastruktur langfristig erhalten sowie klimaneutral und zukunftsfest machen.

→ Um die erfolgreiche Entwicklung der Thüringer Hochschullandschaft fortzusetzen, wollen wir unter anderem die Finanzierungsverfahren und -vereinbarungen zwischen Land und Hochschulen regelmäßig überprüfen und die Steuerinstrumente in den Bereichen Gleichstellung, Inklusion, Internationalisierung und Studienbedingungen weiterentwickeln.

→ Die Thüringer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft lebt von Kooperation. Wir werden daher standortübergreifende Kooperationen in Forschung und Lehre im Rahmen der Entwicklungsplanung weiter unterstützen.

→ Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wieder im Grundgesetz verankert. Wir machen uns auch dafür stark, dass die Länder besser bei der grundständigen Finanzierung der Hochschulen und insbesondere der Lehre unterstützt werden. Der Bund muss dazu den Hochschulen und Ländern mit einem dauerhaften und regelmäßig aufwachsenden Hochschulpakt unter die Arme greifen.

→ Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass zusätzliche Bundesbehörden in Thüringen angesiedelt und mehr Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten gegründet werden.

→ Die Attraktivität einer Hochschule für Studierende ist auch von den Studienbedingungen abhängig. Studierende müssen die Chance haben, ihre Hochschule mitzugestalten. Auch soziale Infrastruktur und Beratung müssen sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis hin zum kostengünstigen Studi-Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden geringhalten und gute Studienbedingungen gewährleisten. Nur so kann eine Hochschule sozial und offen gestaltet werden – das ist eine Grundlage unserer Hochschulpolitik. Daher haben wir das Studierendenwerk Thüringen finanziell erheblich besser ausgestattet, 15 Millionen Euro für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zur Verfügung gestellt, die Mitbestimmung der Studierenden ausgeweitet und die Bedingungen für ein selbstbestimmtes Studium verbessert. Diesen Kurs werden wir fortsetzen: Für ein möglichst freies, gebührenfreies und selbstbestimmtes Studium in Thüringen!

→ Wir wollen die 2018 verbesserten Mitbestimmungsmöglichkeiten auf ihre Wirkung hin überprüfen und gemeinsam mit den Statusgruppen an den Hochschulen auf dieser Grundlage weiterentwickeln.

→ Wir haben mit dem Modellprojekt der Hochschulsozialarbeit an der Hochschule Nordhausen eine wichtige Ergänzung der Beratungsstrukturen des Studierendenwerks in Thüringen. Wir wollen das Projekt der Hochschule Nordhausen mit einem Monitoring begleiten und erfolgreiche Elemente an allen Hochschulen zur Unterstützung von Studierenden von Anfang an etablieren.

→ Der Studienerfolg hängt maßgeblich von der Qualität der Lehre ab. Deshalb wollen wir dem Qualitätsmanagement an den Hochschulen besonderes Augenmerk widmen.

→ Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere studienrelevante Gebühren endlich abschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste der Hochschulen durch Landesmittel ausgleichen.

→ Mit unserem Förderprogramm „Studium-ThüringenPlus“ können Studierende aus weniger finanzstarken Elternhäusern, die BAföG-berechtigt sind, ein Studium in Thüringen beginnen und Unterstützung in Höhe von 500 Euro für die Anschaffung von Hard- und Software, Literatur oder Sprachkurse erhalten. Damit bieten wir als einziges Land neben Schleswig-Holstein eine solche Starthilfe an. Wir wollen das Programm erhalten und ausbauen, insbesondere indem wir das Antragsverfahren und die Zugangshürden deutlich senken.

→ Wir setzen uns für die Einführung einer Service-App für Studierende ein, in der alle studien- und hochschulbezogenen Informationen und Angelegenheiten gebündelt zur Verfügung gestellt werden.

→ Wir wollen die Übergänge von Schule zu Hochschulen einfacher und flexibler machen. Angesichts des Fachkräftemangels in wichtigen Berufen und auch aus Sicht von Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit müssen wir erneut über die Zugangsbeschränkungen durch den Numerus Clausus für einzelne Studiengänge diskutieren und andere Qualifikationen als Noten stärker als bisher berücksichtigen.

→ Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG ein. Wir wollen eine armutssichere Ausbildungsförderung für alle Studierenden.

→ Wir wollen den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht nehmen, die Länder bei der

Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der sozialen Infrastruktur zu unterstützen.

→ Das Studium an Thüringer Hochschulen muss auch beruflich qualifizierten Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Geflüchteten offenstehen. Deshalb werden wir bestehende Barrieren weiter abbauen. Dazu drängen wir auf die Einrichtung und Umsetzung von Diversity-Strategien.

→ Der Alltag der Beschäftigten und Tätigen an den Hochschulen ist oft geprägt von Unsicherheit und einem erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe Forschungsgelder. Dies schadet der wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn die an Hochschulen arbeitenden Menschen Planungssicherheit, Karriereperspektiven und ausreichend Zeit haben, trägt dies zu guter Lehre und Forschung, besseren Studienbedingungen und gesellschaftlich verantwortungsvoller Wissenschaft bei. Eine zusätzliche Fokussierung auf Drittmittelwerbungen zu Lasten der grundständigen Finanzierung lehnen wir daher ab.

→ Wir haben im Thüringer Hochschulgesetz die Hochschulen verpflichtet, verbindliche Rahmenvorgaben für gute Arbeit für alle Beschäftigten zu erlassen, Regelungen für mehr Familienfreundlichkeit und Gleichstellung festgeschrieben, den Lohn für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an den Fachhochschulen erhöht und bessere Vergütung für Lehrbeauftragte auf den Weg gebracht. Wir werden diesen Weg weitergehen, um gute Arbeit an den Hochschulen zur Regel zu machen. Deswegen wollen wir neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen echten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn, Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich regelt. Dazu werden wir uns als Thüringen in der Tarifgemeinschaft der Länder einsetzen. Die studentischen Beschäftigten sollen zudem die Möglichkeit bekommen, ihre Belange in den Personalräten der Hochschulen zu vertreten. Zudem sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden können.

→ Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben, plädieren für alternative Karrierewege jenseits der Professur und unterstützen die Hochschulen bei der Einrichtung von unbefristeten Stellen. Dazu setzen wir uns für Anpassungen der Gesetzgebung des Bundes ein und werden auch alle landesrechtlichen Spielräume nutzen. Über das Strategie- und Innovationsbudget des Landes wollen wir insbesondere Maßnahmen fördern, die zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen an den Thüringer Hochschulen beitragen.

→ Lehrbeauftragte sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an die Hochschulen angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz schließen und Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in den Hochschulgremien schaffen.

→ Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen sowie mehr Frauen in Führungspositionen an den Thüringer Hochschulen. Wir werden die gesetzlichen Fortschritte in diesem Bereich aus unserer Regierung mit weiteren Maßnahmen unterstützen und fordern die Umsetzung des Kaskadenmodells, wodurch sich höherrangige Ebenen an dem Frauenanteil der unteren Ebenen orientieren müssen.

→ Auch für jede Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) muss gelten: »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit«. Deshalb wollen wir die Angleichung der Lehrverpflichtung von LfbAs an Fachhochschulen an die ihrer Kolleg:innen an Universitäten. Zudem muss die Thüringer Lehrverpflichtungsverordnung reformiert werden, um den Anforderungen an eine moderne Hochschullehre gerecht zu werden. Dazu wollen wir einen Werkstattprozess mit dem Hauptpersonalrat und den Gewerkschaften.

→ Hochschulen sind Orte der Forschung und Innovation, auch im Zusammenwirken mit außeruniversitären Instituten. Sie tragen Verantwortung für Grundlagenforschung und für eine an gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte Forschung. Das Einwerben vorrangig wettbewerblich organisierter und vergebener Forschungsmittel bindet zu viel Zeit, die für Forschung und Lehre fehlt. Diese Forschungsfinanzierung trägt durch kurze Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit vieler Beschäftigter bei.

→ Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht, um Transparenz und verantwortungsvolle Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu stärken. Unter anderem ein öffentlich zugängliches Transparenzregister, damit Forschung nicht einseitig von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst wird, und eine Zivilklausel bindet Wissenschaft und Forschung an moralisch-ethische Standards. Daran werden wir festhalten.

→ Wir fördern weiterhin digitale Innovationen an den Hochschulen und haben Impulse für die wissenschaftliche Attraktivität gesetzt – mit Stipendien und Fördermitteln für digitale Lehr- und Lernformate sowie einer Strategie für frei zugängliche Onlinepublikationen (Open Access) von Forschungsergebnissen unserer Hochschulen.

→ Wir wollen in Thüringen Forschung und Lehre zur gesellschaftlichen Entwicklung und Transformation etablieren, um zeitgemäße und global nachhaltige Antworten auf neue Herausforderungen zu erhalten, unter anderem durch die Errichtung eines Lehrstuhls, der sich mit Kolonialismus, Migration, Flucht, Rassismus und Antisemitismus befasst.

→ Für eine sozial-ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft braucht es auch Forschung und Beratung. Wir wollen an einer Thüringer Hochschule eine Professur für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes wirtschaftswissenschaftliches Forschungs- und Beratungsinstitut schaffen, um der neoklassischen Lehre und dem neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften Forschung und Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur Seite zu stellen. Dazu gehören ausdrücklich (post-)keynesianische, marxistische, ökologische und feministische Wirtschaftstheorien.

→ Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind längst gleichberechtigte Partner:innen in der Thüringer Hochschullandschaft. Wir unterstützen ihre qualitative Weiterentwicklung, um die Thüringer Wissenschaftslandschaft zu stärken und wollen ein tragfähiges Modell zur Übertragung des Promotionsrechts umsetzen und gesetzlich verankern sowie den Aufbau eines wissenschaftlichen Mittelbaus fördern.

→ Wir setzen uns für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert – sowohl für Lehrende und Studierende als auch für weitere Interessierte.

→ Wir wollen an den Hochschulen in einem Modellprojekt erproben, wie öffentliche Publikationen unabhängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um den wissenschaftlichen Anspruch der Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen zu entziehen.

→ Das Thüringer Hochschulgründer:innennetzwerk ist ein wichtiger Bestandteil für Thüringen als Land der Innovationen. Wir haben uns nach dem Wegfall von Bundesmitteln erfolgreich dafür eingesetzt, dass diese wichtige Arbeit fortgeführt werden kann, und werden dieses finanzielle Engagement als Land verstetigen.



### **3.9 Sicherheit im Wandel – Erwachsenenbildung eröffnet Wege und Chancen**

→ Die Erwachsenenbildung ist ein entscheidender Baustein beim lebenslangen Lernen. Wir wollen das Erwachsenenbildungsgesetz reformieren, um insbesondere Planungssicherheit durch eine Stärkung der Grundfinanzierung zu erreichen und so die Einrichtungen der Erwachsenenbildung grundsätzlich finanziell besser auszustatten. Wir halten es für unabdingbar, dass ein Prozent des Bildungshaushaltes für die Erwachsenenbildung reserviert wird.

→ Im Bereich der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbildung braucht es bei der Förderung eine bessere Berücksichtigung allgemeiner Kostensteigerungen, längere Projektlaufzeiten und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

→ Erwachsenenbildung beruht auf Freiwilligkeit. Darum braucht es – insbesondere im Hinblick auf die sich verändernde gesellschaftliche Struktur – attraktive und barrierefreie Angebote sowohl in Präsenz als auch digital. Dafür muss die Infrastruktur gestärkt werden.

→ Der zweite Bildungsweg hat eine wichtige Funktion für das lebenslange Lernen und für die Verwirklichung von Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Schulabschlüsse lebenslang anstreben zu können, ermöglicht betroffenen Erwachsenen gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Die verschiedenen Möglichkeiten in Thüringen, den zweiten Bildungsweg zu beschreiten, müssen auskömmlich finanziert und regional zugänglich sein.

→ Wir werden die Angebote zur Alphabetisierung, sprachlichen Förderung, politischen Bildung, zur Bildungsberatung und Grundbildung ausbauen und verstetigen.

→ Wir wollen ein Modellprojekt zu mobiler und dezentraler Erwachsenenbildung auf den Weg bringen, um älteren Menschen und Menschen im ländlichen Raum den Zugang zur Erwachsenenbil-

derung zu erleichtern – über Angebote wie E-Learning und Onlinekurse oder einen mobilen Bildungsbus. Dazu gehören auch Angebote im sicheren Umgang mit digitalen Medien und Kommunikationswegen.

→ Wir wollen eine Weiterbildungsprämie für Menschen mit niedrigem Einkommen einführen, um das Erreichen individueller Bildungsziele zu erleichtern. In Anlehnung an die Weiterbildungsschecks sollen diese Maßnahmen ausgebaut und für weitere Personengruppen geöffnet werden.

→ Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der Erwachsenenbildung Maßnahmen etablieren, die dazu beitragen, Integration von Menschen in das Berufsleben und den Spracherwerb zu fördern. Dazu setzen wir insbesondere auf die Kooperation mit den Unternehmen und lokalen Behörden.

→ Wir wollen neue Wege der Verwaltungsvereinfachung finden, damit mehr personelle Ressourcen für Bildungsarbeit genutzt werden.



### 3.10 Sportland Thüringen

→ Sport begeistert, Sport verbindet. Die integrative Kraft des Sports leistet einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Thüringen. Die Förderung des Breitensports ist uns daher Anliegen und Auftrag. In unzähligen Vereinen wird Sport in den unterschiedlichsten Disziplinen mit gesellschaftlichem Engagement verbunden. Alle Sportler:innen sollen beste Bedingungen haben – egal, ob sie nach Olympiasiegen streben oder rein der Lebensfreude wegen Sport treiben. Dabei ist der Landessportbund unser starker und verlässlicher Partner, der den organisierten Sport in Thüringen repräsentiert. Für alle, die nichtorganisiert Sport treiben möchten, sollen der öffentliche Raum und die Natur frei und gefahrlos nutzbar sein.

→ Kinder und Jugendliche in Bewegung zu bringen, sie zu motivieren, sich sportlich zu betätigen, ist

uns ein besonderes Anliegen. Dabei ist das außerordentliche Engagement der Übungsleiter:innen entscheidend – auch für die Nachwuchsgewinnung im Leistungssport. Das Projekt der „Bewegungscoaches“ wollen wir beibehalten und den Beschäftigten durch eine Verstetigung Planungssicherheit bieten.

→ Um mehr Menschen mit Behinderungen die sportliche Betätigung zu ermöglichen, müssen Barrieren abgebaut werden. Dafür wollen wir die Sportvereine besonders fördern. Sportanlagen sollen inklusiv gestaltet werden.

→ In einer älter werdenden Gesellschaft bedarf es des besonderen Augenmerks auf die Möglichkeit des Sporttreibens für Senior:innen.

→ Um Menschen die Teilnahme am organisierten Sport aber auch die Nutzung von Sportstätten zu erleichtern, wollen wir Vereine und Sportstätten für die Bedürfnisse von LSBTIQ\* sensibilisieren, um zum Beispiel die Zweigeschlechtlichkeit der Angebote und Infrastruktur zu überwinden. Dafür sollen Mittel unter anderem für Fortbildungen und Prozessbegleitung zur Verfügung gestellt werden.

→ Wir sind stolz auf unsere Weltmeister:innen, Olympiasieger:innen und alle Athlet:innen, die sich im internationalen Spitzensport messen. Die Zentren für den Leistungssport werden wir auch weiterhin unterstützen. Thüringen hat bewiesen, dass der Freistaat ein guter Gastgeber mit besten Bedingungen für internationale und nationale Wettkämpfe ist, und er gestaltet diese in Verantwortung gegenüber der Natur und den Menschen vor Ort. Kritisch sehen wir den Größenwahn und das ungebremste Kommerzstreben mancher internationaler Verbände bei der Ausrichtung internationaler Wettkämpfe weltweit. Sport muss Sache der Sportler:innen, der Fans und der Menschen bleiben.

→ Die immer noch bestehenden Unterschiede in der Entlohnung von hauptamtlichen Trainer:innen im Ländervergleich müssen weiter abgebaut werden, um allen hochqualifizierten Trainer:innen in unseren Trainingszentren eine Perspektive zu geben. Ebenso soll die Entschädigung für Ehrenamtliche sowie Übungsleiter:innen verbessert werden.

→ Die in Thüringen vorhandenen Fanprojekte, etwa in Erfurt und Jena, erfüllen wichtige Aufgaben und leisten wertvolle soziale Arbeit. Sie müssen erhalten und ihr Ausbau unterstützt werden.

→ Dem weiterhin vorhandenen Sanierungsstau bei Sport- und Spielanlagen wollen wir in den nächsten Jahren zielgerichtet durch die Erweiterung

des Sportstättenbauprogramms im kommunalen und Vereinsbereich abbauen.

→ Im nichtorganisierten Sport werden wir – für jede und jeden zugänglich – einfache Bewegungsangebote in der Natur und im öffentlichen Raum fördern. Auch für nicht vereinsgebundene Sportler:innen, Kinder und Jugendliche braucht es gute und zugängliche Angebote.

→ Wir wollen im Landessportbeirat gemeinsam mit Sportvereinen und -verbänden sowie Aktiven die künftige Finanzierung des Sports diskutieren, damit die Vereine auf die dynamisch wachsenden Ausgaben besser reagieren können. Wir wollen gemeinsam mit den Akteur:innen einen Zukunftsplan Sport für unseren Freistaat entwickeln. Im Mittelpunkt steht auch die kostenfreie Nutzung von Sportstätten durch ehrenamtliche Strukturen in Vereinen und der vereinfachte Zugang.



## 4. Umwelt erhalten und Energie & Wärme regional, dezentral, sozial gestalten



Wir sind in Thüringen und in Ostdeutschland bereits jetzt führend bei der Versorgung mit Fernwärme. Diese Errungenschaft gilt es durch die öffentliche Hand auszubauen und dafür zu nutzen, eine bezahlbare und ökologische Wärmewende zu realisieren. Für die Einspeisung der Energie müssen zeitnah umweltfreundliche Möglichkeiten gefunden werden – von der Geothermie über bereits entwickelte Großwärmepumpen oder Solaranlagen und Biomasse. Bestehende Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Fernwärmenetzen sind umzurüsten, damit sie in den einigen hundert Jahresstunden ohne Wind- und Sonnenstrom als Ersatzkraftwerke Strom und Wärme bereitstellen. Statt Überschussstrom aus Windanlagen abzuregeln, soll er in Wärmenetzen mit Wärmespeichern genutzt werden. Dies ist volkswirtschaftlich sinnvoll, schnell und sozial erreichbar. Wir wollen die kommunale Wärmeplanung so vorantreiben, dass die Menschen nicht mit der Heizungsmodernisierung alleingelassen werden. Nah- und Fernwärmenetze, die kommunal oder auf Kreis-Ebene gemeinwohlorientiert betrieben werden, spielen dabei eine zentrale Rolle.

Wir wollen kommunale Energieversorger für Strom, Wärme und Gas stärken, ebenso Energie-Genossenschaften, die durch Eigeninitiative ökologische und bezahlbare Lösungen anbieten. Damit Gewinne aus erneuerbaren Energien vor Ort in den Dörfern und Städten ankommen sowie die Akzeptanz für den notwendigen Ausbau steigt und nicht nur die Bilanz von Energieunternehmen verbessert wird, haben wir ein

Windenergiebeteiligungsgesetz auf den Weg gebracht. Die deutlichste Antwort auf Klimawandel und für eine nachhaltige und vor allem für alle Menschen bezahlbare Energiewende muss die Investition in Energiesicherheit, Energiesouveränität und eine klimagerechte Zukunft sein. Der große Rückkauf der Thüringer Netze durch Kommunen und Land hat vor Jahren deutlich gezeigt: Öffentlich ist besser, um eine gute Versorgung zu garantieren. Diesen Weg einer sozial gerechten und ökologischen Energierevolution wollen wir konsequent weitergehen. So können wir unsere Lebensgrundlagen und Umwelt erhalten.

### 4.1 Energie- und Wärme öffentlich, bezahlbar und nachhaltig

→ Die Zukunft unserer Energieversorgung gehört den erneuerbaren Energiequellen – also Erdwärme, Biomasse, Sonne, Wind und Wasser. Bei der Debatte um die Nutzung geeigneter Flächen gilt es zwischen Nutzen, Notwendigkeit und möglichen Beeinträchtigungen abzuwägen.

→ Um auch energieintensive Industrie in Thüringen zu halten, unterstützen wir sie beim Umstieg auf erneuerbare Energie, wie es zum Beispiel hiesige Glas- und Papier-Hersteller anstreben. Sie wollen so Kosten reduzieren und unabhängiger werden. Klimaneutrale Unternehmen und Produkte sind heute wichtige Faktoren, um am Markt zu bestehen. Dem darf Politik nicht im Wege stehen. Wir wollen energieintensive Unternehmen und regionale Unternehmenskooperationen mit ihren Interessenvertreter:innen und aktiv beteiligten Kommunen unterstützen und begleiten, die den Weg der Umstellung auf Strom und Energie aus erneuerbaren Ressourcen gehen. Weiterhin werden wir Unternehmen und Energiegenossenschaften unterstützen, die Überschüsse aus erzeugter erneuerbarer Energie regionalen sozialen Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern ...) zur Verfügung stellen, soweit diese die damit eingesparten Kosten

qualitativ reinvestieren (zum Beispiel in Personal, betriebliche Ausbildung ...).

→ Eine Chance regenerativer Energieformen ist ihr dezentrales Potenzial. Es gibt noch viele ungenutzte „Kraftwerke“, zum Beispiel große Dächer, Bahndämme, Unternehmensparkplätze und Autobahnrandstreifen für Solaranlagen. Wir werden entsprechende Flächen erfassen und auf die Eigentümer:innen mit dem Hinweis auf mögliche Förderungen zugehen. Dabei soll vermieden werden, dass hochwertige Böden der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Agri-Photovoltaikanlagen wollen wir nach einer Pilot-Projekt-Phase zum Standard machen. Agrarbetriebe sollen dabei unterstützt werden, ihren landwirtschaftlichen und Energie-Ertrag zu optimieren. Im Bereich des Denkmalschutzes sollten mehr Solaranlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und in deren Nähe zugelassen werden. Falls sich der Verordnungsweg als nicht ausreichend erweisen sollte, muss das Denkmalschutzgesetz angepasst werden.

→ Wir wollen ein Energiespeicherprogramm (Batterie-, Wärme-, Kälte- und Pumpspeicher) auf den Weg bringen. Das stärkt zusammen mit Wasserstoffelektrolyse und Ersatzkraftwerken die Versorgungssicherheit. Wir setzen uns dafür ein, dass Energiespeicher – insbesondere auch Pumpspeicherkraftwerke – von den Netzentgelten befreit werden.

→ Wir wollen die flexible Nutzung von Energie voranbringen, Strom zu nutzen, wenn er vorhanden ist. Das ist besser, als ihn zu speichern oder gar abzuregeln.

→ Mit dem Windenergieerlass wurde für regionale Planungsgemeinschaften eine Planungshilfe bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie geschaffen, und das Windenergiebeteiligungsgesetz haben wir in den Landtag eingebracht. Damit wollen wir künftig Anwohner:innen und Kommunen an den Gewinnen der Windenergiebetreibenden beteiligen und so Gewinne in der Region für Investitionen in Kindergärten, Schulen, Straßen oder soziale Infrastruktur halten. So wird auch die Akzeptanz für den notwendigen Ausbau der nachhaltigen Energieproduktion erhöht. Den generellen Ausschluss von Waldflächen für die Windenergieerzeugung lehnen wir ab.

→ Wir haben das 1000-Dächer-Solarprogramm für öffentliche Gebäude und gemeinnützige Träger fortgesetzt. Die „Thüringer Energie- und Green-Tech-Agentur“ (TheGA) berät Kommunen zu Möglichkeiten finanzieller Teilhabe an den Gewinnen von Windparkbetreiber:innen ebenso wie sämtliche

Interessierte, von den Bürger:innen bis zum Betrieb, zu den Themen Wasserstoff, Wärmeplanung und Photovoltaik.

→ Bereits 2016 wurde in Thüringen das Förderprogramm SolarInvest etabliert. Damit sollen die Photovoltaik und die Kraft-Wärme-Kopplung weiter ausgebaut werden. Speziell mit Mieter:innenstrommodellen werden neue Einsatzmöglichkeiten geschaffen. Der mit Photovoltaik-Anlagen erzeugte Strom muss nicht wie bisher ins öffentliche Netz eingespeist werden, sondern kann Mieter:innen zum Direktbezug angeboten werden. Wir werden als Land künftig Balkon-Solkraftwerke fördern.

→ Dezentrale Energieversorgung entwickelt sich nicht zuletzt dank der Energiegenossenschaften in ganz Thüringen. Die Linke unterstützt die dezentralen Formen durch projektbezogene, anteilmäßige Förderung. Die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen und regenerativer Energien ist auf einem guten Weg in Thüringen. Das werden wir fortsetzen und ausbauen.

→ Wir müssen, auf Ebene der Kommunen und des Landes, bei der sozial-ökologischen Transformation und der Energie- und Wärmewende schneller werden. Wenn wir die Wende nicht jetzt einleiten, werden uns in Zukunft noch höhere Kosten entstehen. Wir brauchen einen Transformationsfonds, um die Herausforderungen zu bewältigen. Dazu müssen wir investive Kreditaufnahme zum Beispiel über die Landesentwicklungsgesellschaft oder die Thüringer Aufbaubank ermöglichen. Mit 50 Millionen Euro Einlagen des Landes könnten bis zu 700 Millionen Euro für den klimagerechten Ausbau der Infrastruktur in den Dörfern und Städten des Landes mobilisiert werden. Wir wollen Fernwärme ausbauen, Dächer und Flächen landeseigener Immobilien mit Solarenergie ausstatten und Landesimmobilien dekarbonisieren, also CO<sub>2</sub>-neutral gestalten. Dabei werden wir eng mit den Kommunen und kommunalen Trägern, Unternehmen und Landwirt:innen zusammenarbeiten und Förderung entsprechend ausrichten.

→ Der Bürgerenergiefonds der Landesregierung ist erfolgreich. Damit werden Bürger:innenenergieprojekte in Thüringen in der Planungs- und Startphase gezielt gefördert. Wir werden den Fonds fortführen. Wir werden weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Bürger:innen-Energiegenossenschaften entwickeln und dazu die Thüringer Energieagentur als wichtigen Partner zu deren Unterstützung stärken. Insbesondere sollten auch Investitionskosten über einen revolving Fonds unterstützt werden. Dabei handelt es sich um die

Unterstützung in Form eines Zuschusses, der nach erfolgreicher Umsetzung wieder zurück in den Fonds fließt. So werden insbesondere kleinere Genossenschaften unterstützt.

→ Wir wollen, dass Thüringen absehbar zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen versorgt wird. Energie soll dort erzeugt werden, wo sie benötigt wird. Wir wollen Übertragungsnetze möglichst begrenzen und Wertschöpfung in der Region ermöglichen.

→ Speicher sind für eine funktionierende dezentrale Energiewirtschaft unabkömmlich, zum Beispiel können Thüringer Pumpspeicher Netze stabilisieren und Leitungsbau vermeiden. Deshalb sollten die Potenziale unserer Pumpspeicherkraftwerke genutzt werden. Gleichzeitig müssen nicht elektrifizierbare Industrieprozesse an regionale, bundesweite und EU-weite Wasserstoffnetze angeschlossen werden.

→ Da unser Freistaat mit den Altlasten der Uranförderung bereits überproportional mit strahlendem Müll belastet ist, sollte er nicht als Standort für ein Atommüllendlager in die engere Wahl kommen. Daher werden wir uns weiterhin in die Debatte um eine Endlagersuche einbringen und klar machen: Wir kämpfen gegen ein Endlager in Thüringen!

→ Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Versorgung mit Energie keine Frage des Geldbeutels ist. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit angehören.

→ Wir wollen in Thüringen Forschung zu erneuerbaren Energien, Speichertechnologien und Energieeffizienz an Hochschulen, Instituten und privaten Einrichtungen stärken und Ausbildungsstrukturen auch auf diese Bereiche ausrichten, so dass Thüringen von gut ausgebildeten Fachkräften in der Zukunftsbranche Energiewirtschaft profitiert. Nötig ist es auch, stärker als bisher – zum Beispiel auch durch die Arbeitsagenturen – für Berufe zu werben, die für den sozial-ökologischen Umbau wichtig sind, und in den Ausbildungen entsprechende Kompetenzen zu stärken.

→ Wir streben eine solidarische Wärmewende an, die durch Stadtwerke und Kommunen realisiert wird und bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit sowie Klimaschutz priorisiert, statt Profite für Unternehmen und bürokratisches Förderantrags-Chaos. Unsere Lösung für die Energie- und Klimakrise in der Wärmeversorgung basiert auf dem Ausbau von kommunal oder auf Kreisebene gemeinwohlorientiert betriebenen Nah- und Fernwärmenetzen. Diese sollen nur die tatsächlichen Kosten für die Wärmeerzeugung abrechnen und bieten zahlreiche

Vorteile: gesteigerte Effizienz, geringere Kosten pro Haushalt ohne individuelle Investitionskosten sowie eine zentrale Modernisierung und Dekarbonisierung. Diese Wärmenetze sollen zukunftssicher aus erneuerbaren Energiequellen wie Boden, Sonne, Wind und Industrieabwärme betrieben werden, um dauerhaft unabhängig von Marktschwankungen zu sein. Kommunen, Land und Bund sollen den Ausbau dieser Netze und die Installation von Wärmepumpen durch Stadtwerke fördern, um die Wärmewende bezahlbar, effektiv und demokratisch zu gestalten, ähnlich wie in Dänemark.

→ Die Wärmeplanung muss vereinfacht werden, wobei bestehende Fern- und Nahwärmenetze bevorzugt und, wo bisher nicht vorhanden, zunächst die Möglichkeit der Verlegung von Nahwärmenetzen geprüft werden soll. Diese bieten preiswerte, langlebige, erneuerbare und solidarische Wärmeerzeugung. Wo Nahwärmenetze nicht sinnvoll sind, sollen Wärmepumpen zum Beispiel durch Stadtwerke installiert und die Wärme durch die Verbraucher:innen gekauft werden, weg von streuenden Direktsubventionen. Zudem wollen wir Eigenheimbesitzer:innen mit einer sozialen Komponente unterstützen, um sicherzustellen, dass Klimaschutz, der Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeffizienz nicht an finanziellen Hürden scheitern.

→ Um eine soziale und ökologische Energiewende zu realisieren und Unabhängigkeit herzustellen, müssen wir die Energienetze wieder flächendeckend in öffentliche Hand holen – also Strom, Fernwärme und gegebenenfalls auch Gas. Ebenso müssen die Produktion und Speicherung mittelfristig in Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen und öffentlich kontrollierten Unternehmen liegen.

→ Wir wollen Kommunen unterstützen, die ihre Städte oder Gemeinden zu Modellorten für eine soziale und ökologische Energiewende machen wollen. Dafür unterstützt das Land Energie- und Klimaschutzmanagement bei Kommunen und kommunalen Unternehmen auch zur Beratung von Firmen und Bürger:innen.

→ Perspektivisch braucht Thüringen eine landeseigene Energie-Gesellschaft, die zentral Städte, Kreise und Gemeinden bei der Rekommunalisierung von Energieproduktion und -verteilung sowie dem Ausbau ökologischer Energie unterstützt und gemeinsam finanziert.

→ Wir werden die Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie weiterentwickeln, um unserer Verantwortung für eine gesunde Umwelt und damit für eine nachhaltige Politik gerecht zu werden. Den Nachhaltigkeitsgrundsatz wollen wir in der Verfassung verankern.

→ Grüner Wasserstoff kann zur Dekarbonisierung, also der Reduzierung von Kohlendioxid-Ausstoß, in den verschiedenen Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft) einen wesentlichen Beitrag leisten. In Thüringen bauen wir auf die Arbeit der vergangenen Jahre auf, wie den Eckpunkten einer Wasserstoffstrategie aus dem Jahr 2019 und bisherigen Erfahrungen der Thüringer Akteur:innen.

→ Auf Bundesebene gehörte Thüringen zu den ersten Ländern, die mit dem Eckpunktepapier das Thema Wasserstoffstrategie angegangen sind. Damit Wasserstoff ein zentraler Bestandteil einer Dekarbonisierungsstrategie werden kann, muss die gesamte Wertschöpfungskette – Technologien, Erzeugung, Speicherung, Infrastruktur und Verwendung einschließlich Logistik – in den Blick genommen werden.

→ Mittelfristig wollen wir CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Schienenverkehr, unter anderem durch den Einsatz von batterieelektrischen Zügen auf Thüringer Bahnstrecken, die nicht zur Elektrifizierung anstehen, erreichen. Auch Busse sowie kommunale Fahrzeuge auf vorzugsweise Batterie- oder Brennstoffzellenbasis hätten gute Einsatzmöglichkeiten im ländlichen Raum und sollten entsprechend erneuert werden. Für die technologische Umsetzung wollen wir weitere Anreize geben, um die Fähig- und Fertigkeiten im Bereich der Wasserstoffproduktion und Batteriefertigung in Thüringen weiterzuentwickeln.

→ Es gibt immer noch private Unternehmen, die enorme Gewinne durch Missbrauch von Industrierabatten bei den Strompreisen einstreichen oder mit Energiepreissteigerungen Extraprofite erwirtschaften, die von uns Verbraucher:innen mitfinanziert werden. Das muss beendet werden, denn es ist ungerecht. Auf der Bundesebene werden wir uns für eine Übergewinnsteuer einsetzen, damit künftig Krisen- und Spekulationsgewinne der öffentlichen Hand zur Investition in den klimagerechten Ausbau in den Kommunen sowie dem Mittelstand zugutekommen und nicht die Taschen von Großkonzernen füllen. Auch Ideen zur Ausgestaltung einer demokratischen Kontrolle der Übertragungsnetze und der staatlichen Preisaufsicht im Energiesektor müssen auf die Tagesordnung im Bund. Ebenso wie eine neue Netzentgeltstruktur, damit Schluss damit ist, dass Menschen im Osten oder Norden mehr für den Strom zahlen als im Westen oder Süden.

→ Umwelt-, Sozial- und Gesundheitspolitik muss gemeinsam gedacht werden. Umweltbelastungen und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit sind ungleich verteilt. Menschen mit niedrigem Einkommen haben zwar den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Abdruck, sind

jedoch besonders betroffen, beispielsweise durch Lärm und Hitze. Sie besitzen weniger Ressourcen, um sich zu schützen. Für alle Menschen braucht es einen sozial gerechten Zugang zu möglichst gesunder Lebensumwelt. Wir wollen Kommunen und Träger sozialer, Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur durch Klima- und Energiemanager:innen sowie entsprechende Förderprogramme unterstützen, dies umzusetzen. Hitzeschutzpläne für Kommunen und das Land werden wir vorantreiben.



#### 4.2 Tier- und Umweltschutz gemeinsam in guten Händen

→ Die Interessen von Naturschützer:innen, Waldbesitzer:innen, Landwirt:innen und Jagdpächter:innen stehen sich vermeintlich oft gegenüber. Die Thüringer Linke sieht Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen Wildtiermanagements und als Voraussetzung eines erfolgreichen Waldumbaus. Sie muss das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer intensiv genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig ist, Konflikte der Nutzer:innen zu reduzieren. Dem dienen das von uns gestaltete Jagdgesetz sowie der kontinuierliche Dialog mit Verbänden und Fachleuten.

→ Lichtverschmutzung ist eine der Ursachen des Insektensterbens. Die Gesundheit aller Lebewesen wird dadurch beeinträchtigt. Wir fördern Kommunen bei der Umrüstung auf flexible Dimmung und Abschaltung sowie Lampengehäuse, die das Licht dorthin lenken, wo es gebraucht wird. Das Licht soll eine möglichst niedrige Farbtemperatur haben und keine Blauanteile enthalten. Naturschutz, Energieeinsparung und ein ungetrübter Blick in das Kulturgut Sternenhimmel gehen Hand in Hand.

→ Die Finanzierung der Tierheime in Thüringen wurde erhöht und sie müssen – ebenso wie die Arbeit der Tierschutzvereine – weiterhin gut finanziert werden. Die Fundtierunterbringung in den

Tierheimen ist eine kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger zulasten des ehrenamtlichen Tierschutzes gehen.

→ Wir unterstützen eine konsequente Umsetzung der Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht, wie sie in Thüringen für Hunde vorgeschrieben ist, um die Arbeit der Tierheime zu erleichtern.

→ Die Katzenschutzverordnung muss konsequent für private Freigängerkatzen umgesetzt werden. Nur so kann das Leid von herrenlosen Straßencatzen verhindert werden. Wir treten für die Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um aufgefundene Katzen ihren Halter:innen unverzüglich zurückgeben zu können.

→ Die Linke Thüringen setzt sich für ein grundlegendes Umdenken bei Tierversuchen ein. Wir möchten verstärkt tierversuchsfreie Verfahren entwickeln und umsetzen.

→ Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Ende von Qualzuchten bei Hundezüchtungen ein. Der illegale Welpenhandel muss entschieden bekämpft werden.

→ Wir befürworten das Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz, auch um das Vertrauen der Verbraucher:innen zu stärken.

→ Wir helfen den Fischereibetrieben und Angler:innenvereinen bei der Unterhaltung von Staudämmen.

→ Zum Schutz der Böden wollen wir den Flächenverbrauch effektiver reduzieren. Dazu sollen bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen, wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen gehen. Handlungsleitend ist die Netto-Null-Flächenversiegelung. Nur so kann ausreichend Boden für künftige Generationen und natürlichen Klimaschutz erhalten werden.

→ Der Trend des Fördermittelrückgangs bei der Abwasserentsorgung der vergangenen Jahre soll gestoppt und Fördermittel sollen in den Folgejahren bedeutend aufgestockt werden. Notwendige Investitionen werden so gerecht finanziert.

→ Abfallentsorgung und -vermeidung ist ein wichtiges Thema. Für uns steht der Ressourcenschutz im Vordergrund, das heißt eine ökologischere Abfallwirtschaft und besserer Ressourcenschutz. Die öffentliche Hand muss in Bezug auf die Förderung der Kreislaufwirtschaft Vorbildfunktion haben.

→ Neben heutigen Abfällen kommen Herausforderungen, die sich aus den Industriealtlasten der

Vergangenheit ergeben. Hier werden wir uns gegenüber der Bundesregierung für die Interessen der Thüringer:innen weiterhin einsetzen und Lösungen einfordern, die unser Land nicht einseitig belasten.

→ In der Thüringer Abfallwirtschaft werden wir der Vermeidung höchste Priorität einräumen und Maßnahmen fördern, die dafür sorgen, dass Wertstoffe so weit wie möglich wieder in den Wertstoffkreislauf eingeführt werden. So wollen wir Ressourcen effizienter nutzen.

→ Wir fordern, den Reparaturbonus langfristig zu verstetigen und auf 300 Euro pro Thüringer:in pro Jahr anzuheben.

→ Wir begleiten seit vielen Jahren die Altlastensanierung der Großprojekte Kalibergbau der K+S Kali GmbH sowie des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Bundesregierung sich endlich an der Finanzierung dieser kostenintensiven Maßnahmen beteiligt. Darüber hinaus muss eine verpflichtende Rücklagenbildung zur Nachsorge von Unternehmen in der Industrie und im Bergbau eingeführt werden, um zu verhindern, dass neue Altlasten entstehen.

→ Im Südharz setzen wir uns für ein Biosphärenreservat ein, das als eine Art Sonderwirtschaftszone Instrumente zum verstärkten Einsatz von Recyclinggips in der dortigen Gipsindustrie bereitstellt. Damit soll die Nutzungsdauer der Gipslagerstätten verlängert und die Erschließung neuer Abbaugelände vermieden werden. Wenn zunehmend Gips aus Rauchgasentschwefelung der Kohlekraftwerke wegfällt, müssen Alternativen wie Phosphorgips, Lehm und Stroh genutzt werden, aber kein Naturgips.



### 4.3 Hochwasserschutz

Der Klimawandel und seine Folgen macht auch vor Thüringen nicht halt: Extremwetterereignisse, wie Starkregen und Dürre, folgen in immer kürzeren

Abständen aufeinander. Überschwemmungen und Hochwasser sind das Ergebnis, wenn unsere Böden nicht schnell genug das Wasser aufnehmen können – eine Gefahr für Mensch und Umwelt, die uns jüngst in vielen Nordthüringer Regionen ereilte.

→ Wir stehen für die Autonomie der Landkreise beim Hochwasserschutz und unterstützen sie bestmöglich in deren Ausgestaltung. Eine gute Ausstattung vor Ort für den Ernstfall ist ebenso wichtig wie die weitere Investition in die dezentralen Katastrophenschutzlager des Landes.

→ Wir setzen uns für bürokratiearme Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten ein, damit im Schadensfall schnell gehandelt und geholfen werden kann. Kurze Wege sind wichtig, wenn es um jede einzelne Minute der Schadensbegrenzung geht.

→ Besonders im Katastrophenschutz zählt jede helfende Hand. Ein freiwilliger Einsatz zum Wohle der Gesellschaft sollte sich auch bei der späteren Rente bemerkbar machen. Staatliche Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung für Ehrenamtliche fördern die Hilfsbereitschaft.

→ Naturnahe Gewässer, wilde Bäche und Seen müssen regelmäßig gepflegt werden, um im Falle von Starkregen möglichst große Wassermengen aufnehmen zu können. Der ökologische Zustand von Fließgewässern muss stets verbessert werden und ein Fokus auf die Bodenentsiegelung gesetzt werden, um Überschwemmungen abwenden zu können.

→ Zum Schutz vor Starkregen und zur Dürrevorsorge wollen wir Schwammstadtkonzepte fördern. Niederschläge müssen vermehrt in der Kulturlandschaft gespeichert werden, um das Dargebot für Trockenzeiten zu verbessern und zu sichern. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns für eine umfangreiche Niedrigwasserstrategie eingesetzt. Diese wird gerade auch für die Sicherung von Trinkwasserressourcen immer wichtiger. Wir wollen die empfohlenen Maßnahmen aus der Strategie umsetzen, dazu zählen unter anderem Aufforstungen in der Nähe von Trinkwassertalsperren sowie der Aufbau einer dezentralen Zisterneninfrastruktur sowie die Nutzung historisch vorhandener landwirtschaftlicher Klein-Wasserspeicher (sogenannte herrenlose Speicher). Wir wollen alte Meliorationsprojekte (Be- und Entwässerung von landwirtschaftlichen Nutzflächen) wieder aufgreifen und neue etablieren. Das dient dem Hochwasserschutz ebenso wie der Dürrevorsorge.

→ Nicht nur Wohnraum ist von Hochwasserschäden betroffen, sondern auch Industrie- und Agrarflächen.

Durch Extremwetterereignisse entstandene Schäden müssen abgegolten werden. Daher setzen wir uns auch auf Bundesebene für einen einheitlichen Hilfsfonds und eine Versicherung ein, um im Ernstfall finanziell sofort beim Wiederaufbau unterstützen zu können.

#### **4.4 Abwasserentsorgung und Wasserversorgung**

→ Die Thüringer Wasserversorgung zu sichern, hat höchste Priorität. Gleichzeitig ist die Frage der Abwasserentsorgung ein Dauerbrenner in unserem Land. Die Kosten dafür dürfen nicht allein auf die Privatverbraucher:innen abgewälzt werden.

→ Mit dem Thüringer Landesprogramm Gewässerschutz 2022 – 2027 konnte die Landesregierung die Grundlage für saubere Gewässer und die Versorgung der Menschen mit ausreichend hochwertigem Trinkwasser legen. Das Programm muss gefestigt und weitergeführt werden.

→ Die Thüringer Fernwasserversorgung muss wirtschaftlich leistungsfähig bleiben und beabsichtigt daher, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Wir unterstützen sie dabei, künftig wichtige Erlöse aus der Energieerzeugung mit Wasser, Wind und Photovoltaik zu erschließen.

→ Inzwischen sind in Thüringen deutlich über 80 Prozent der Haushalte an zentrale Kläranlagen angeschlossen. Ihr Anteil konnte unter der rot-rot-grünen Landesregierung deutlich erhöht werden. Dennoch wollen wir die Anschlussquote weiter ausbauen und so die Benachteiligung ländlicher gegenüber städtischen Räumen überwinden. Der Abwasserpakt zwischen dem Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz sowie dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen muss angepasst und noch besser finanziert werden, um den Anschluss an das Abwassernetz voranzubringen und die Abwassergebühren bezahlbar zu halten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass in Gemeinden mit weniger als 200 Einwohner:innen Gruppenlösungen beziehungsweise gemeindeeigene Anlagen durch Beratung und Zuschüsse gefördert werden, damit dort nicht jede:r Einwohner:in ihre:seine eigene Kleinkläranlage errichten muss.

→ Für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren werden wir Nachnutzungskonzepte erarbeiten. Wir setzen uns dafür ein, so viele landwirtschaftliche Wasser-Kleinspeicher wie möglich zu erhalten, um den Folgen des Klimawandels in Bezug auf Trockenheit etwas entgegenzusetzen zu können.



## 5. Verkehr und Mobilität sozial, klimagerecht und für alle gestalten



Menschen müssen mobil sein können. Dazu brauchen wir gerade im ländlichen Raum noch Autos und den Individualverkehr. Dennoch wissen alle: In Zukunft werden wir anders mobil sein müssen. Denn jede:r muss Möglichkeiten haben, vom Dorf oder der Kleinstadt in die Städte der Umgebung und wieder nach Hause zu kommen, um die notwendigen Wege zu Ärzt:innen, Banken, Geschäften, Versorgung und Freizeitaktivitäten zu erledigen – bis in den letzten Weiler. Die zentrale Frage ist also, wie wir das organisieren können? Wenn wir Teilhabe in Stadt und Land stärken wollen, ist zuverlässige, flächendeckende und bezahlbare Mobilität ein wichtiger Baustein. Es braucht unterschiedliche Angebote, die miteinander verbunden sind – von individueller Elektromobilität und Radfahren über die engere Verzahnung von mehr Bussen und mehr Bahnen bis zu Bürger:innenbussen, Carsharing, Mitfahrbänken und guten Lösungen, wie zum Beispiel Anrufsammeltaxis, für die letzte Meile bis zur Haustür. Auch die Etablierung eines landesweiten Verkehrsverbundes trägt zur Verbesserung bei. Maßnahmen wie ein integraler Taktfahrplan und ein Plan zur Reaktivierung von Schieneninfrastruktur mit mehr Investition in nachhaltige Busse sind wichtige Bausteine für die Mobilitätswende. Solange die Börsenbahn mehr damit beschäftigt ist, weltweit andere Unternehmen aufzukaufen, statt ihrem eigentlichen Auftrag nachzukommen – nämlich hier vor Ort den Verkehr zu organisieren – läuft etwas gewaltig schief.

Bürger:innenbahn statt Börsenbahn, das ist unsere Forderung! Kommunen, Land und Bundesregierung müssen wieder stärker als bisher Verantwortung für Mobilität übernehmen, denn der Markt regelt das ganz offensichtlich nicht im Sinne der Menschen: Bezahlbar, erreichbar und jederzeit verfügbar – das muss die Antwort sein.

### 5.1 Bus und Bahn bezahlbar und erreichbar

→ Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, wie groß der Wunsch nach einem kostengünstig nutzbaren öffentlichen Nahverkehr ist. Mit dem Deutschlandticket wurde dieser Weg nur in Teilen fortgesetzt. Unsere Landesregierung hat dafür gesorgt, dass das Deutschlandticket in ganz Thüringen gültig ist. Das werden wir fortführen und uns gegenüber der Bundesregierung für den Erhalt des Tickets und künftig einen günstigeren Preis einsetzen. Auch setzen wir uns gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass die Regionalisierungsmittel bedeutend erhöht werden, damit die notwendigen Investitionen in Verbindung mit den Landesmitteln getätigt werden können.

→ Unser langfristiges Ziel ist ein kosten- und ticketfreier öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) für alle. Auf dem Weg dahin werden wir Tarifstrukturen sichern, vergünstigte Tickets für einzelne Gruppen (Schüler:innen-, Sozial- und Senior:innenticket) als Einstieg anbieten und Angebote für einen Euro pro Tag einführen. In einem ersten Schritt wollen wir ein landesweites 28-Euro-Ticket für junge Menschen bis zum 28. Lebensjahr anbieten. Schritt für Schritt wollen wir ein solches Ticket zur Regelleistung weiterentwickeln. Als Teil der Landesregierung werden wir die entsprechenden Förderrichtlinien zur Übernahme von Betriebsdefiziten bei den beteiligten Verkehrsunternehmen anpassen. Dazu werden wir auch die Bundesregierung zur sicheren Mitfinanzierung auffordern. Wir fordern ebenfalls die Kommunen auf, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung Haushaltsmittel bereitzustellen.

Das Ziel eines kostenfreien ÖPNV für alle schaffen wir nur gemeinsam mit unseren Kommunen.

- Wir wollen das Rennsteigticket als positives Beispiel für die Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Tourismusstrukturen im Nahverkehr erhalten und auf den gesamten Thüringer Wald ausweiten.
- Verkehrsmittel müssen für alle Menschen zugänglich sein. Der barrierefreie Ausbau der Haltepunkte und Fahrzeuge sowie der Verkehrsinfrastruktur ist daher ein wichtiger Aspekt für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Unsere Landesregierung hat erste Erfolge bei der Barrierefreiheit erzielt. Wir werden entsprechende Projekte ausbauen und fortsetzen.
- Die Thüringer Linke wird sich dafür einsetzen, den öffentlichen Nahverkehr zu ertüchtigen, so dass gerade in ländlichen Regionen innovative Angebote den Linienverkehr ergänzen, damit Erreichbarkeit bis in das letzte Dorf garantiert werden wird. Das ist insbesondere für Frauen von großer Bedeutung, da sie wesentlich häufiger die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen als Männer. Dazu zählen zum Beispiel Schnell- und Bürger:innenbusse, Anrufbusse, Linientaxis, Wander-, Rad- und Kombibusse, Car- und Bikesharing oder die Einrichtung von Bedarfshalten. Auch App-Lösungen zur Abholung können dazu beitragen, Mobilität zu garantieren. Weiterhin muss es die Möglichkeit geben, Tickets auch an Automaten, Schaltern oder in Bussen und Bahnen kaufen zu können. Denn das Ende des Verbrenners für eine klimaneutrale Zukunft muss verbunden sein mit der Sicherheit, auch ohne Diesel oder Benzin vom Dorf in die Stadt oder das nächste Dorf und zurückzukommen.
- Wir unterstützen Kooperationen des öffentlichen Nahverkehrs mit kommunalen Wirtschaftsunternehmen, Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen Leistungserbringern, um zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren.
- Mit dem Ausbau eines landesweit getakteten Bus-Bahn-Netzes erreichen wir eine Angebotsverbesserung und Anbindung von Dörfern und Gemeinden an die Städte und zentralen Orte. Unser Thüringer Nahverkehrsplan muss ständig weiterentwickelt und verbessert werden.
- Wir wollen einen landesweiten Thüringer Verkehrsverbund, perspektivisch als landeseigene Verkehrsgesellschaft mit abgestimmten Tarifen und Takten schaffen. Nur so ist es möglich, bestehende günstige Angebote auf ganz Thüringen auszuweiten, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln, attraktive Jobtickets anzubieten, flächen-

deckende Sozialtarife einzuführen und die Schritte zur kostenfreien Mobilität für Kinder und Jugendliche zu gehen. Wir werden weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche dazu führen und finanzielle Anreize schaffen. Dabei wollen wir auch prüfen, ob die Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs in einem landeseigenen Betrieb sinnvoller und vor allem im Hinblick auf soziale Aspekte effizienter gestaltet werden können.

- Wir erreichen mit einem Ticket durch Thüringen, mit Fahrgastinformationen in Echtzeit, mit einem Routenplaner für den öffentlichen Nahverkehr in Thüringen und WLAN in Bus und Bahn mehr Kundenfreundlichkeit und Serviceorientierung.
- Mit Kommunen, Verkehrsanbieter:innen, Fahrgästeverbänden und Expert:innen wollen wir für eine Diskussion zum Thema „Öffentlicher Personennahverkehr im Jahr 2030“ eine Strategiekommision einsetzen, die verkehrsträgerübergreifend ein Mobilitäts-Förderkonzept für Thüringen entwickelt – für bessere Mobilitätsangebote, Digitalisierung und die Kooperation der Verkehrsbetriebe.
- Zur erfolgreichen Bewältigung der Klima- und Mobilitätswende braucht es den Masterplan Schiene 2030. Auf diesem wollen wir aufbauen, um beim Personen- und Güterverkehr in Thüringen Strecken zu reaktivieren, zu elektrifizieren und auszubauen. Das Mobilitätsnetzwerk Thüringen ist dabei ein wichtiger Partner. Wir wollen zudem einen Lenkungs-kreis Schieneninfrastruktur etablieren, um den Ausbau, Lückenschlüsse und Reaktivierungen vorzubereiten und auf den Weg zu bringen. Dazu wollen wir uns für zusätzliche Mittel des Bundes genauso starkmachen wir für weitere finanzielle Mittel im Land für den Ausbau des Verkehrs auf der Schiene.
- Wir wollen weitere Reaktivierungen von Bahnstrecken für Personen- und Güterverkehr. Deshalb haben wir den Masterplan Schiene auf den Weg gebracht und entsprechende Möglichkeiten identifiziert.
- Stillgelegte sowie heruntergekommene Bahnhöfe sollen zum Ausbau des Angebots auf dem Land und zur Attraktivitäts- und Sicherheitssteigerung saniert werden. Alle Bahnhöfe müssen im Sinne eines Sicherheitskonzeptes gut beleuchtet sein.
- Wir werden im Dialog mit Unternehmen Potenziale für die Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene nutzen und, wo möglich, Förderungen bereitstellen.
- Die Linke Thüringen plädiert für ein Förderprogramm für Investitionen zur Erneuerung und

Vergrößerung des Fahrzeugparks, vor allem bei Schienenfahrzeugen, um die zunehmenden Passagierzahlen zwischen den Regionen und in den Städten zu bewältigen. Bei der Vergabe von Fördermitteln sind Antriebe mit erneuerbaren Energien bevorzugt zu fördern. Ein Fahrzeugpool des Landes oder mit Unterstützung des Landes kann Ausfallsicherheit erhöhen.

→ Eine weitere Privatisierung der Deutschen Bahn oder den Ausverkauf von Tochterunternehmen lehnen wir ab.

→ Die Standards bei Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von Bahnhöfen und Verkehrsmitteln werden wir erhöhen, um für Menschen mit Behinderungen in der Fläche stärker Mobilität zu sichern.

→ Um Elektromobilität voranzubringen, wollen wir zum Beispiel Forschungsprojekte, die Nutzung von E-Mobilität bei landeseigenen Fahrzeugen und im ÖPNV sowie vor allem den Ausbau der Lade-Infrastruktur unterstützen und bestehende Probleme bei der Stromnetzauslastung angehen.



## 5.2 Radverkehr in Stadt und Land

→ Rad- und Fußwege sind entscheidend, um Wege sicher zurückzulegen. Wir haben in den vergangenen Jahren erheblich mehr Mittel für den Bau von Radwegen bereitgestellt als zuvor. Das Thüringer Radverkehrskonzept wurde im Zusammenwirken mit Vereinen und Verbänden neu konzipiert. Erstmals haben wir konkrete Ziele festgelegt, um den Anteil des Radverkehrs zu steigern: Bis 2025 sollen zwölf Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden – eine Verdopplung im Vergleich zu 2008. Dafür braucht es unter anderem eine enge Verknüpfung mit dem öffentlichen Personennahverkehr, den Bau zusätzlicher Abstellanlagen an Bahnhöfen, digitale Radroutenplaner und Mängelmelder. Gerade auch in den Dörfern und kleinen Gemeinden ist mehr Unterstützung und Koordination für die Radverkehrsentwicklung nötig. Insbesondere an Landstraßen

und zwischen Ortschaften sind Fahrradwege wichtig, um sicheres Fahrradfahren zu gewährleisten. Dafür brauchen wir einen landesweiten Radwegeplan.

→ Wir werden die kostenlose Fahrradmitnahme in den Thüringer Nahverkehrszügen garantieren, eine bessere Kopplung von öffentlichem Personennahverkehr und Radverkehr für Mobilitätsketten anstreben, die Fahrradwegweisung weiter ausbauen und beim Neubau von Straßen Fahrradwege von Anfang an mitdenken und ein flächendeckendes Radverkehrsnetz in Stadt und Land anstreben. Hierzu gehören neben gut ausgebauten, beschilderten und sicheren Radwegen auch kostenfreie Abstellmöglichkeiten und eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur für E-Bikes und Lastenfahrräder.

→ Wir fordern die Schaffung von öffentlicher Fahrradreparaturinfrastruktur, welche niedrigschwellig den Menschen zugänglich gemacht wird.

→ Die Kommunen wollen wir bei der Beantragung von Fördermöglichkeiten, der Koordination der Baumaßnahmen und bei weiteren Aspekten der Radwegeplanung intensiver durch eine entsprechende Beratungsstelle unterstützen. Die Fördermöglichkeiten wollen wir entsprechend den unterschiedlichen Bedarfen und Anforderungen in Stadt und Land vereinfachen. Bürger:inneninitiativen, wie „geRADeWEGs“, oder Verbände sind für uns zur Erreichung dieser Ziele wichtige Partner:innen, die in die Entwicklungen mit einbezogen werden müssen. Hier wollen wir auch auf die Erkenntnisse aus Modellprojekten wie dem „15-Minuten-Provinznetz“ aufbauen, um Radverkehr im ländlichen Raum als Baustein für die Verkehrswende zu stärken.



## 5.3 Verkehrssicherheit

→ Wir unterstützen Forderungen der Kommunen nach verbessertem Lärmschutz, Verkehrsberuhigung und Umgehungsstraßen und setzen uns gegenüber der Bundesregierung für deren Realisierung ein.

→ Wir stärken die Verkehrssicherheit in Thüringen. Das Verkehrssicherheitsprogramm 2030 wird fortentwickelt. Die Zahl der Verkehrstoten, Verletzten und Unfälle soll entscheidend verringert werden. Bis zum Jahr 2030 soll die Anzahl der im Thüringer Straßenverkehr getöteten Personen um weitere 40 Prozent reduziert werden. Dabei setzen wir vor allem auf Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Ausweitung notwendiger und sinnvoller Tempolimits und Polizeikontrollen.

→ Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des Infrastrukturministeriums können Sanierung, Um- und Neubau von Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant werden. Eine kontinuierliche Fortschreibung der Planung ist auch in Zukunft notwendig, um die sich ändernden Zustandsentwicklungen im Straßennetz sowie sich ändernde finanzielle und personelle Bedingungen berücksichtigen zu können.



#### **5.4 Verkehrswende als Arbeitsmarkt und Industriepolitik**

→ Eine wichtige Säule zur Bewältigung der Mobilitätswende sind für uns die mehr als 65.000 Beschäftigten in der Automobilindustrie, zumeist bei Zulieferern. Sie erwirtschaften einen Gesamtumsatz von etwa neun Milliarden Euro jährlich. Viele der Beschäftigten fürchten aufgrund der Veränderung unserer Mobilität (Carsharing, E-Mobilität, ÖPNV, Fahrrad ...) um ihre Jobs. Wir haben zur gerechten Gestaltung des Strukturwandels unter anderem eine Transformationsagentur etabliert und eine Transformationswerkstatt gegründet, Qualifikations-, Fort- und Weiterbildungsoffensiven und -maßnahmen gestartet, um Arbeitsplätze und Technologiestandorte zu erhalten.

→ Wir setzen uns für die Ansiedlung von Bahn-industrieunternehmen und weiteren Betrieben, die für die Infrastruktur des ÖPNV produzieren können, in Thüringen ein.

→ Wir wollen mit Gewerkschaften, Aufgabenträger:innen, Betriebsrät:innen und Verkehrsunternehmen beraten, wie eine Koordination einer gemeinsamen Fachkräfte- und Ausbildungsoffensive sinnvoll gestaltet werden kann. Wir unterstützen Beschäftigte und Unternehmen bei der Umstellung auf neue Produkte, wollen eine Ausbildungsoffensive unterstützen und forcieren neue Ideen für eine umweltfreundliche Mobilität sowie Konzepte für die Kommunen und das Land.

→ Wir lehnen die Ausschreibungspflicht von Strecken ab. Der Wettbewerb zwischen Unternehmen, wer das günstigste Angebot abgeben kann, geht oft zu Lasten des Personals, der Fahrgäste und der Versorgungssicherheit. Wir wollen im Nahverkehr auf der Schiene tarifgebundene Unternehmen mit guten Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für guten Service und einer Ausbildungsquote bei der Vergabe berücksichtigen. Wir wollen im Vergabegesetz eine verbindliche Tarifklausel für den Nahverkehr. So wirken wir den Folgen von Privatisierungen im Schienenverkehr entgegen.

→ Da es einen guten und verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr nur geben wird, wenn sich endlich die Arbeitsbedingungen ändern, brauchen die Beschäftigten in den Tarifauseinandersetzungen unsere Rückendeckung – für gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen. So will die Initiative *#wirfahrenzusammen* Fahrgäste, Klimabewegung, Beschäftigte des öffentlichen Personennahverkehrs und Gewerkschaft zusammenbringen. Nur gemeinsam kann es funktionieren, denn Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze.



## 6. Sozial und sicher – der Sozialstaat Thüringer Modell – in Stadt und Land



Soziale Sicherheit müssen wir neu denken. Denn unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, die wir nur dann bewältigen werden, wenn sich der und die Einzelne geschützt weiß vor existenziellen Nöten und Ängsten. Sorgen vor der Zukunft, vor sozialer Spaltung und Armut nehmen wir ernst. Dabei können wir auf gute Ansätze und die erfolgreiche Arbeit unserer Landesregierung in den letzten Jahren zurückgreifen.

Thüringer Familien haben wir durch unser Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ weiter unterstützt. Wir haben hiermit Familienzentren, Senior:innenbeauftragte, Dorfkümmerer:innen und Pflegestützpunkte für die Menschen in Thüringen gefördert. Durch die Ausweitung unseres Programms „AGATHE – älter werden in der Gemeinschaft“ konnte mehr älteren Menschen eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Mitbestimmung von Senior:innen wurde effektiv gestärkt.

→ Auf Bundesebene machen wir Druck für die notwendigen Schritte zur Armutsbekämpfung. Wir brauchen eine bundesweite, wirksame Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient. Wir streiten weiter für eine echte Abkehr von Hartz IV und für die Weiterentwicklung des Bürgergelds mit höheren Regelsätzen, mit Förderung und ohne Sanktionen. Aber auch die Renten müssen steigen, und die Benachteiligung von Rentner:innen in Ostdeutschland muss ein Ende haben. Von der

Rente muss künftig für alle ein ordentliches Leben möglich sein.

→ Gerade in der Sozialpolitik liegt viel Verantwortung bei der Bundesregierung. Die Linke wird dort weiter als laute Stimme der sozialen Interessen der Menschen auftreten und den aktuellen Kürzungen der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP die rote Karte zeigen. Die Umverteilungspolitik von unten nach oben muss endlich beendet werden.

### 6.1 Armut bekämpfen und Zusammenhalt stärken

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum umverteilen. Die Politik der Bundesregierungen hat in den vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt, dass Reiche immer reicher werden, während sich Armut für viele Menschen auch in Thüringen strukturell verfestigt. Jedem Schritt der Ampel zurück zum Sanktions- und Diskriminierungssystem Hartz IV werden wir uns entgegenstellen. Besonders betroffen von Armut sind Kinder, Alleinerziehende und ältere Menschen, deren Rente nicht zu einem Leben in Würde reicht. In der Landespolitik ergreifen wir alle uns möglichen Maßnahmen, um Armut zu verhindern und zu beenden. Wir werden eine leistungsfähige soziale Infrastruktur sichern und ausbauen, um Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

→ Mit der Richtlinie zur Armutsprävention, aufeinander aufbauenden Förderprogrammen für in Not geratene Menschen in Thüringen sowie kommunaler Sozialraumplanung haben wir Wege aus Armut und Not unterstützt und werden dies weiterhin mit den notwendigen finanziellen Beträgen tun.

→ Wir werden unser Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ weiterführen und finanziell gut ausstatten, damit kommunale Projekte der Jugend-, Bildungs-, Gesundheits-,

Pflege- und Sozialpolitik im Rahmen einer integrierten Sozialpolitik gut aufeinander abgestimmt werden und besser für den sozialen Zusammenhalt wirken.

→ Wir wollen im ländlichen Raum bestehende „Dorfkümmerer“ stärken und neue Projekte dieser Art unterstützen und anregen, die Hilfe für zum Beispiel ältere Menschen beim Einkaufen, der Organisation von Arztbesuchen oder der Vermittlung von Hilfsdiensten bieten und Ansprechpartner:innen vor Ort für Probleme im Alltag sind.

→ Der Anstieg der Tafel-Nachfrage ist ein dramatischer Weckruf und für einige ehrenamtliche Initiativen kaum mehr zu stemmen. Die Tafeln sind ein wichtiges Element, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden, und sie helfen dort, wo unsere Gesellschaft heute versagt. Gute Arbeit, bessere Löhne und Renten und ein Preisdeckel für Lebensmittel, Energie und Mieten müssen Armut effektiv bekämpfen. Solange Tafeln und das ehrenamtliche Engagement nötig sind, werden wir ihre wichtige Arbeit weiterhin unterstützen.

→ Im Bund werden wir Bundesratsinitiativen, die das Ziel verfolgen, ein sanktionsfreies Bürgergeld auf den Weg zu bringen, unterstützen.



## 6.2 Gute Rente

→ Wir wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung in der Rentenpolitik, dafür werden wir uns im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung einsetzen. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Jede:r muss im Alter in Würde leben können. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.200 Euro, keine Erhöhung des Rentenalters, sondern die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren bei mindestens 40 Beitragsjahren, eine abschlagsfreie Rente ab 65, die Rente zu einer steuer- und

beitragsfinanzierten Leistung ausbauen und das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen. Das geht am besten mit einer Erwerbstätigenversicherung.

→ Unser Einsatz für gute Löhne sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 15 Euro pro Stunde ist auch ein Kampf um eine gute Rente. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor Armut schützen. Die rentenrechtlichen Benachteiligungen durch den Einigungsvertrag und die Schließung der Überführungslücken in der Rentenüberleitung müssen endlich beendet werden. Dafür werden wir weiterhin unsere Stimme erheben. Wir werden uns im Bundesrat für ein einheitliches Rentensystem einsetzen, in das auch Beamt:innen, Freiberufler:innen, Selbstständige und Berufspolitiker:innen einzahlen. Außerdem wollen wir die steuerfinanzierte Angleichung der sogenannten Mütterrente und die gleiche Anrechnung der Kindererziehungszeiten – auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden.

→ Der auf Bundesebene installierte Fonds zur Milderung von Härtefällen, die im Zuge der Ost-West-Rentenüberleitung entstanden sind, ermöglicht nur einer geringen Anzahl von Betroffenen eine Entschädigung in Form einer Einmalzahlung. Diese halbgeare Wiedergutmachung ist für uns als Linke zu wenig. Deshalb unterstützen wir weiterhin Bundesratsinitiativen, die darauf abzielen, dass ausnahmslos alle von der Rentenungerechtigkeit betroffenen Personen- und Berufsgruppen angemessen entschädigt werden.



## 6.3 Senior:innenrechte stärken

→ Das Gesetz zur Stärkung der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Senior:innen haben wir in Thüringen auf den Weg gebracht. Sowohl die verpflichtende Etablierung von kommunalen Senior:innenbeiräten ab 10.000 Einwohner:innen als auch die verbindliche Beauftragung von Senior:innenbeauftragten werden beispielsweise sehr wertgeschätzt.

Wir wollen dies novellieren und zu einem Senior:innen-Mitbestimmungsgesetz weiterentwickeln. Um der Thüringer Demografie gerechter zu werden, soll die Grenze, ab der eine Etablierung von Senior:innenbeiräten verpflichtend wird, von 10.000 auf 5.000 Einwohner:innen reduziert werden. Unter anderem mit mehr Verbindlichkeit bei der Beteiligung von Senior:innenvertretungen an politischen Prozessen als auch durch bessere Unterstützung vor Ort. Den Landesseniorenrat in Thüringen wollen wir auskömmlich finanzieren und stärken.

→ Wir fordern, die Verdienste von Senior:innen für unser Zusammenleben zu würdigen und den großen persönlichen Einsatz vieler zu fördern. Darum wollen wir die Förderung der ehrenamtlichen Senior:innenbeiräte und -beauftragten sowie die regionalen Senior:innenbüros als Anlaufstellen bei Fragen sicherstellen und ausbauen und die ehrenamtliche Senior:innenarbeit gesetzlich stärker verankern. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten, die Politik und Gesellschaft berücksichtigen muss. Unsere Landesregierung hat daher Projekte der Senior:innenarbeit und der Selbstorganisation, Strukturen zur gegenseitigen Unterstützung Älterer und Senior:innen-WGs aufgebaut, weiterentwickelt und gefördert.

→ Wir werden das Landesprogramm AGATHE – älter werden in der Gemeinschaft auf alle Thüringer Regionen ausweiten und die Finanzierung verstetigen. AGATHE richtet sich insbesondere an alleinlebende Senior:innen und unterstützt sie, wieder stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Somit ist AGATHE eine konkrete Maßnahme gegen Einsamkeit im Alter.



## 6.4 Familien unterstützen

Die Stärkung und Unterstützung der Familien bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Thüringen lebt ein vielfältiges Familienbild. Alle Partnerschaften haben

ihren gleichberechtigten Platz, in denen Menschen aus Liebe füreinander und auch für Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen. Unsere Familienpolitik orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und Generationen gleichberechtigt. Deshalb haben wir uns mit unserer Landesregierung unter anderem für eine flächendeckende und gute Kinderbetreuung eingesetzt, zwei beitragsfreie Kindergartenjahre eingeführt, die soziale Infrastruktur für Familien erhalten und ausgebaut, Unternehmen bei der Einführung familienfreundlicher Arbeit unterstützt, die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für Familie und Beruf neu ausgerichtet.

→ Wir haben den Anspruch, dass jegliche Beratungsstellen für Familien, Frauen- und Familienzentren gut und sicher arbeiten können, weil sie ausfinanziert sind. Dafür haben wir mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) den Grundstein gelegt. Die Kommunen erhalten damit Fördermittel zur Sicherung der sozialen Infrastruktur. Damit schaffen wir auch Angebote zur Unterstützung von Familien im städtischen und ländlichen Bereich – orientiert an den konkreten Bedarfen der unterstützten Familien, generationenübergreifend und das erhöhte Armutsrisiko von Frauen berücksichtigend. Dieses Landesprogramm werden wir stärken und ausbauen, indem wir es mit mindestens 20 Millionen Euro jährlich untersetzen.

→ Wir unterstützen den Landesfamilienrat bei der Erstellung und Umsetzung der Empfehlungen des Landesfamilienförderplanes.

→ Wir wollen Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch weiter stärken, wie Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden, Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für zum Beispiel gemeinsames Lernen weiter fördern. Eine Verstärkung der überörtlichen Familienförderung muss fester Bestandteil der Thüringer Familienpolitik sein, damit Familien insgesamt und insbesondere auch die Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und niedrigem Einkommen gestärkt werden. Wir wollen die Bereitstellung von inklusiven, niedrighwelligen und kostenfreien Freizeitangeboten für Familien.

→ Familien brauchen gemeinsame Zeit. Dafür wollen wir die Thüringer Familienkarte als digitales Angebot in einer FamilienApp fortführen. Damit sollen perspektivisch Familien Thüringer Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Wert von bis zu 50 Euro nutzen können.

→ Wir werden jedwede Form von innerfamiliärer und häuslicher Gewalt bekämpfen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat für uns besondere Priorität. Wir wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe und Schutzeinrichtungen weiter und besser koordinieren und stärken.

→ Um Altersarmut zu verhindern, bedarf es der Stärkung und Fortsetzung von familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen.

→ Für passgenaue Unterstützungsmöglichkeiten für Thüringer Familien soll eine regelmäßige Evaluation in Form eines Generationenberichtes erarbeitet werden, der Handlungsempfehlungen für die Thüringer Familien- und Senioren:innenpolitik beinhaltet.

→ Das kommunalpolitische ehrenamtliche Engagement von Eltern ist von großer Bedeutung. Um sie zu unterstützen und ihren Alltag zu entlasten, wollen wir geeignete Betreuungs- und Unterstützungsangebote installieren und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt fördern.

→ Kinder, die ihre Herkunftsfamilie verlassen müssen, kommen immer mit großen Belastungen, oft auch traumatisiert, in ein neues Umfeld. Menschen, die diese Kinder vorübergehend oder auf Dauer als Pflege- oder Adoptivkinder in ihre Familie aufnehmen, brauchen gute Rahmenbedingungen und Unterstützung.

→ Nach Jahrzehnten der Unterfinanzierung der Thüringer Pflegefamilien haben wir es geschafft, die Pflegesätze im Jahr 2022 auf das Niveau des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge anzuheben und damit die Eltern nicht nur finanziell besser auszustatten, sondern ihnen auch die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdienen. Jetzt gilt es, den nächsten Schritt zu gehen. Um in ganz Thüringen in den Jugendämtern die gleichen guten Qualitätsstandards bei der Betreuung von Pflege- und Adoptiveltern zu sichern, müssen fachliche Standards erarbeitet werden: solche für die dauerhafte Vollzeitpflege ebenso wie Standards für Krisenpflege und befristete Pflegeverhältnisse. Diese Standards gilt es, gemeinsam mit den Fachkräften und Elternvertretungen zu erarbeiten und in der Arbeit der Thüringer Jugendämter umzusetzen.



## 6.5 Gleichstellung aller Lebensweisen

→ Die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen und geschlechtlicher Identitäten ist für Die Linke selbstverständlich. Mit dem Programm „Akzeptanz und Vielfalt“ wurde bereits eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die sich um die Belange von Lesben, Schwulen, bisexuellen, transgender und intersexuellen sowie sich als queer verstehende Menschen kümmert.

→ Wir setzen uns für die Ausweitung des Adoptivrechts und die Abschaffung diskriminierender Tatbestände im Familienrecht auf Bundesebene ein.

→ Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass ein eindeutiges Verbot von medizinisch nicht notwendigen Operationen bei intergeschlechtlichen Kindern eingeführt wird.

→ Wir wollen mehr offene Begegnungsstätten, die gleichzeitig sichere Räume sind.

→ Wir werden den Schutz vor Gewalt verbessern.

→ Wir setzen uns für die Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung insbesondere für Jugendliche im ländlichen Raum ein.

→ Mit einer inklusiven, geschlechtsneutralen Sprache wollen wir allen Menschen in Thüringen gerecht werden.

→ Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung und eine Evaluierung des Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt ein, welches 2018 als Selbstverpflichtung der Landesregierung beschlossen wurde. Dazu wollen wir in allen verantwortlichen Ministerien sowie der Landtagsverwaltung zuständige Personen einsetzen und mit entsprechenden Mitteln ausstatten.



## 6.6 Kindern und Jugendlichen das Machen möglich machen

→ Kinder und Jugendliche müssen ihr Leben selbst mitbestimmen und selbst wirksam gestalten können. Kinder- und Jugendpolitik ist daher ein eigenständiges Politikfeld. Nur so können die Interessen, Bedürfnisse sowie Mitsprache- und Mitwirkungsrechte junger Menschen berücksichtigt werden. Deshalb haben wir die Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und -sozialarbeit gestärkt, örtliche Jugendförderung deutlich erhöht und gesetzlich festgeschrieben und die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte junger Menschen verbessert, unter anderem durch das Wahlrecht mit 16 Jahren bei den Kommunalwahlen. Diesen Weg der immer stärkeren Mitbestimmung für junge Menschen werden wir weitergehen. Die Linke Thüringen nimmt Kinder und Jugendliche als Partner:innen bei allen sie betreffenden Entscheidungen ernst. Wir wollen ihnen eine wirkliche Teilhabe an demokratischen Prozessen sichern.

→ Wir werden die Jugendsozialarbeit langfristig in Stadt und Land sichern, wohnortnahe Freiräume und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche unterstützen, darunter auch als wichtige Strukturen selbstverwaltete Zentren, die UN-Kinderrechte in der Thüringer Verfassung verankern und Initiativen unterstützen, die für deren Aufnahme ins Grundgesetz eintreten, sowie Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Thüringer Kommunalordnung gesetzlich verpflichtend festschreiben, die Jugendforschung stärken, einen Landesbeteiligungsrat zur Selbstvertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen einrichten, den Ausbau und Neubau von Jugendhäusern, -zentren und -clubs hinsichtlich Barrierefreiheit vorantreiben und fördern, um auch Kindern und Jugendlichen mit körperlichen Beeinträchtigungen Teilhabe zu ermöglichen, und eine Stelle einer:ines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung und Initiator:in von Beteiligungsprozessen einrichten. Der:die Kinderbeauftragte soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und Jugendlichen sensibilisieren und sich für ihre Interessen starkmachen.

→ Die örtliche Jugendförderung und die Jugendsozialarbeit sind für uns zwei zentrale Säulen, um die Unterstützungsstrukturen für Jugendliche bestmöglich aufzustellen und Räume zu schaffen für selbstbestimmtes Engagement. Deshalb ist für uns klar, dass diese Fördermittel weiter ausgebaut werden müssen.

→ Wir bleiben dabei: Kinderrechte sind Menschenrechte und müssen deshalb in die Thüringer Landesverfassung. Auf Bundesebene unterstützen wir die Aufnahme der UN-Kinderrechte in das Grundgesetz.

→ Wir werden uns dafür einsetzen, dass die landesgesetzlich verankerten Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen auch überall in den Landkreisen umgesetzt werden. Ein verpflichtendes Kinder- und Jugendparlament in den Landkreisen, mit Mitwirkungsrecht im Jugendhilfeausschuss, gehen wir an. In kleineren Städten und Gemeinden ist der Instrumentenkasten für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vielfältiger auszugestalten. Dies kann eine eigene Einwohner:innenversammlung für Kinder und Jugendliche, ein:e Kinder- und Jugendbeauftragte:r oder ein Beirat von Kindern und Jugendlichen sein. Für uns steht fest, je früher die Mitbestimmungsrechte für alle erlebbarer sind, umso wehrhafter wird unsere Demokratie.

→ Teilhabe muss auch in der Jugendarbeit für alle möglich sein. Wir wollen deshalb die Mittel zielgenau dafür einsetzen, dass der Um-, Aus- und Neubau von Jugendhäusern, -zentren und -clubs Barrierefreiheit fördert und sichert.

→ Wir wollen eine Stelle einer:ines Kinderbeauftragten als Interessenvertretung und Initiator:in von Beteiligungsprozessen einrichten – der:die Kinderbeauftragte soll Entscheidungsgremien für die Belange von Kindern und Jugendlichen sensibilisieren und sich für ihre Interessen starkmachen. Das ist ein Baustein für uns auf dem Weg, den Kinder- und Jugendschutz weiter zu verbessern.

→ Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Misshandlung, Missbrauch und Gewalt ist in der Thüringer Verfassung verankert. Er wird in Thüringen getragen von gut arbeitenden Netzwerken, deren Arbeit wir bestmöglich fördern und unterstützen wollen. Mit dem Landesbeauftragten für Kinderschutz gibt es für diese wichtige Aufgabe seit 2020 eine feste Koordinierungsfunktion innerhalb der Landesregierung. Wir wollen nun den Landesbeauftragten bzw. die Landesbeauftragte darüber hinaus gesetzlich verankern, um diese Funktion auch nachhaltig zu sichern.

→ Schulen, Kindergärten, Vereine und Verbände sowie alle Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, benötigen Kinderschutzkonzepte. Wir wollen sie weiter bei der Entwicklung von Kinderschutzkonzepten unterstützen. Die Interessen von Betroffenen sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend werden nun durch einen Landesbetroffenenrat vertreten. So können wichtige Erfahrungen in die Arbeit der Kinderschutznetzwerke eingebracht werden. Den weiteren Aufbau und die Arbeit des Landesbetroffenenrates unterstützen und begleiten wir.

→ Jugendbeteiligung wird in Thüringen großgeschrieben. Thüringen ist das erste Bundesland, in dem Gesetzesvorhaben der Landesregierung einem wissenschaftlichen Jugendcheck unterzogen werden. Diesen Jugendcheck wollen wir fortführen und verstetigen. Die direkte Beteiligung Thüringer Jugendlicher dabei wollen wir ausbauen und stärken. Wir treten dafür ein, Kinder- und Jugendbeteiligungsgremien (Kinder- und Jugendparlamente, -beiräte, -foren etc.) in allen politischen Ebenen und bei allen die junge Generation betreffenden Anliegen zu stärken. Diesbezüglich wollen wir verpflichtende Regularien schaffen. Das beinhaltet, dass kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung, analog zur Senior:innenmitwirkung, in Thüringen Gesetzesrang erhält. Auch die Einstellung hauptamtlicher Beauftragter in den Kommunen, die sich mit den Belangen von Kindern, Jugendlichen, Familien und Senior:innen befassen, und deren vollumfängliche Beteiligung unterstützen wir.

→ Außerdem wollen wir niedrigschwellige, von lokalen politischen Stimmungen unabhängige Förderprogramme für selbstorganisierte Kinder- und Jugendbeteiligung schaffen und stärken.

## 6.7 Starkes Ehrenamt für eine starke Gesellschaft

→ Ehrenamtliches Engagement ist der Kitt in unserer Gesellschaft und hält sie zusammen. Wir wollen das Ehrenamt stärken und die Rahmenbedingungen verbessern. Thüringen braucht ein Ehrenamtstärkungsgesetz, das bürokratische Hürden zur Ausübung des Ehrenamtes – egal ob im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in der Senior:innenvertretung – abbaut und es ermöglicht, dass Ehrenamtliche unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können. Wir stärken ehrenamtliche Alltagsstrukturen, um Bürger:innen, die sich ehrenamtlich in kommunalen Parlamenten, Gremien und Vereinen engagieren, zu unterstützen –



zum Beispiel durch eine Ehrenamtsassistentenz für Menschen mit Behinderung und die Erstellung von kommunalen Aktionsplänen für ortsspezifische Handlungskonzepte, die das Engagement vor Ort stärken und fördern sollen.

→ Ehrenamt braucht Anerkennung, aber auch finanzielle Unterstützung für die Koordination ehrenamtlicher Arbeit.

→ Wir stehen weiter für die finanzielle Stärkung der Thüringer Ehrenamtsstiftung.

→ Wir fördern den flächendeckenden Ausbau der Freiwilligenagenturen in Thüringen.

→ Auch auf Bundesebene werden wir für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche streiten.

## 6.8 Frauen und Gleichstellungspolitik

→ Sowohl in demokratischen Prozessen als auch auf dem Arbeitsmarkt ist die Beteiligung von Frauen essenziell, weshalb wir bei der Gleichstellung von Frauen und Männern weiterhin deutlich vorankommen und Versuche von rechts abwehren müssen, Errungenschaften in diesen Bereichen wieder zurückzudrehen.

→ In der Privatwirtschaft und im Landesdienst gilt es, Arbeitnehmer:innen darin zu unterstützen, ihre beruflichen Pflichten mit ihren Familienaufgaben vereinbaren zu können und insbesondere Frauen Steine aus dem Weg zu räumen, ihre beruflichen Ziele zu erreichen. Nach wie vor ist der größere Teil der Führungspositionen mit Männern besetzt, übernehmen Frauen einen Großteil der Kindererziehung und -betreuung sowie der Pflege von Angehörigen. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, innerfamiliäre Aufgabenverteilung vorzuschreiben, aber es müssen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass stereotype Geschlechterbilder bezüglich der Übernahme von Care- und

Sorgearbeit aufgelöst werden und eine gerechte Teilung dieser Verantwortung vorgenommen werden kann. Damit Frauen, die mehr arbeiten und ihre Karrierewege verfolgen wollen, dies auch können.

→ Hierzu soll mit einer Öffentlichkeitskampagne die Sensibilität der Thüringer Arbeitgeber:innen für familiengerechte Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle erhöht werden.

→ Mit einem novellierten Gleichstellungsgesetz wollen wir dafür sorgen, dass die Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst verbessert werden. Die Gleichstellungsbeauftragten in der Landesverwaltung und den Kommunen sollen ihrem Verfassungsauftrag besser nachkommen können, die Umsetzung der Gleichstellung zu begleiten, indem wir ihre Rechte stärken.

→ Mit einem neuen Ansatz wollen wir uns ein weiteres Mal auf den Weg machen und mittels eines Paritégesetzes die demokratische Vertretung von Frauen in den Thüringer Parlamenten erreichen.

→ Um der Wichtigkeit von Gleichstellungsthemen gerecht zu werden, wollen wir die Wiedereinführung eines Ausschusses für Gleichstellung im Thüringer Landtag.

→ Gesundheit ist auch eine Frage des Geschlechts: Männer, die nicht zum Arzt oder der Ärztin gehen, Frauen, die nach männerorientierter Medizin versorgt werden, erhalten nicht immer die optimale Behandlung. Deswegen ist es wichtig, Forschung und Versorgung so weiterzuentwickeln, dass sie Personen jedes biologischen Geschlechts optimal nützt, und des Weiteren verstärkt frauenspezifische Krankheiten intersektional in den Blick zu nehmen, die bislang zu wenig untersucht sind.

→ Verhütung darf nicht am Geldbeutel scheitern, weshalb wir die vollständige Kostenübernahme für hormonelle wie hormonfreie Verhütungsmittel durch die Krankenkassen erreichen wollen. Darüber hinaus soll mithilfe eines Menstruationsfreistellungsgesetzes eine staatliche Unterstützungsmaßnahme im Bereich der geschlechtersensiblen Gesundheitsfürsorge geschaffen werden.

→ Wir haben uns auf den Weg gemacht, den Schutz für Frauen vor Gewalt deutlich zu verbessern, und nehmen damit bundesweit eine Vorreiter:innenrolle ein. Mit einem eigenen Gesetzentwurf zur besseren Ausstattung der Frauenhäuser und -beratungsstrukturen sollen deutlich mehr gewaltbetroffene Frauen erreicht werden.

→ Zusätzlich sollen zu der Männerberatungsstelle Projekt A4 auch Schutzräume für gewaltbetroffene Männer und Transpersonen zur Verfügung gestellt werden.

→ Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention werden wir weitere Schritte gehen und auf unterschiedlichen Ebenen Strukturen stärker vernetzen. So wird zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen Frauenschutz und psychiatrischer Versorgung gestärkt, wir streben mehr Wegweisungen von Gewalttätern aus der gemeinsamen Wohnung an und haben eine bessere Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen mit Behinderungen im Blick.

→ Die vertrauliche Spurensicherung soll ausgebaut werden, um Frauen die Sicherheit geben zu können, dass sie eine Gewalttat auch später noch anzeigen können.



## 6.9 Menschen mit Behinderung

→ Wir stehen an der Seite der Menschen mit Behinderungen und setzen uns dafür ein, dass sie ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben führen können. Wir entscheiden nicht über die Menschen mit Behinderungen, sondern mit ihnen. Weil Frauen mit Behinderungen besonders häufig diskriminiert werden, stärken wir ihre Rechte und Ansprüche und unterstützen sie dabei, für diese einzustehen.

→ In der Thüringer Verfassung wollen wir das Fürsorgeprinzip durch das Selbstbestimmungsprinzip ersetzen. Aus der Evaluierung des von uns auf den Weg gebrachten Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen werden wir die Rechte und Freiheiten von Menschen mit Behinderungen gesetzlich weiterentwickeln. Wir streiten dafür, dass kommunale Gremien die Beauftragten und Beiräte für Menschen mit Behinderungen stärker und verbindlicher einbeziehen.

→ Gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden, die Menschen mit Behinderungen vertreten, werden wir den Zugang zu politischer und gesellschaftlicher Mitbestimmung weiter ausbauen und stärken. Der Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird partizipativ weitergeführt. Kommunale Aktionspläne hierzu sollen verstetigt und auch umgesetzt werden. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass auch stark sehbehinderte Menschen das Sinnesbehindertengeld beanspruchen können. Perspektivisch sollen Nachteilsausgleiche wie das Sinnesbehindertengeld angepasst werden.

→ Trotz des Fachkräftemangels haben es Menschen mit Behinderungen nicht leicht auf dem Arbeitsmarkt. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass das Budget für Arbeit attraktiver gestaltet wird, und um es bekannter zu machen, werden wir auf Landesebene eine Informationskampagne auf den Weg bringen. Weiterhin streiten wir für die Erhöhung der Ausgleichsabgabe und ermutigen Arbeitgeber:innen, Menschen mit Behinderungen einzustellen.

→ Wir werden weiter daran arbeiten, Barrieren abzubauen: in der Stadt und auf dem Dorf, im Zug und auch im Bus, in der Wohnung und im Hotel, im Gespräch und im Text und überall, wo Barrieren vorhanden sind.



## 7. Gut wohnen in Thüringen



Wohnen ist ein existenzielles Bedürfnis und ein Menschenrecht. Vor allem in den wachsenden Regionen ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum groß. Aber selbst in kleineren Städten steigen Mieten, und wir erleben den Aufkauf von Wohneigentum durch größere Eigentümer:innen zur Profitmaximierung. Zudem brauchen immer mehr nicht nur ältere Menschen in ganz Thüringen – auch im ländlichen Raum – barrierefreien und preiswerten Wohnraum. Die Linke Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung! Wir unterstützen Kommunen, Genossenschaften und gemeinnützige Träger dabei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Unsere Landesregierung hat in den letzten Jahren bereits verschiedene Förderprogramme für barrierearmen oder -freien und bezahlbaren Wohnraum aufgelegt und gesetzliche Maßnahmen im Bereich Wohnen ergriffen, unter anderem ein Innenstadtabstabilisierungsprogramm zur Schaffung von Mietwohnungen, das Eigenwohnraum-Programm zur Modernisierung und Instandsetzung von Mietwohnungen oder das Thüringer Barriere-Reduzierungs-Programm. Wir werden auch weiterhin auf alle Instrumente zurückgreifen, die der Landesregierung zur Verfügung stehen, um bezahlbares und gutes Wohnen zu fördern. Und wir werden als Land stärker als bisher selbst darauf setzen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – denn der Markt regelt das nicht. Fördern reicht offenbar nicht mehr, um den sozialen Wohnungsbau wieder anzukurbeln und gutes Wohnen für alle Lebensphasen zu ermög-

lichen. Der Bund, das Land und die Kommunen müssen künftig selbst mehr bauen oder in die Lage versetzt werden, im Bestand zu sanieren und umzunutzen. Auch altersgerechtes oder barrierefreies Wohnen auf dem Dorf muss dabei ein Thema sein. Neben der neu zu gründenden Landeswohnungsbau-gesellschaft wollen wir auch weiterhin und noch stärker den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützen. Sie leisten bereits heute einen unverzichtbaren Beitrag zu bezahlbarem Wohnen in unserem Freistaat.

→ Wir werden lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung fördern – ebenso wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur. Wohnungspolitik verstehen wir als Teil der Stadt- und Quartiersentwicklung. Die Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung werden wir eng miteinander verknüpfen.

→ Wir sehen es als notwendig an, flächendeckend Trinkwasserbrunnenkonzepte auszuarbeiten und konsequent anzuwenden. Denn vor allem im Sommer ist es essenziell, in den immer heißer werdenden Innenstädten die Wasseraufnahme für jeden Menschen zu gewährleisten.

→ Der Umbau und die Umnutzung von Leerstand und bestehenden Immobilien zu Wohnraum ist ökologisch, klimafreundlich und reduziert den Flächenverbrauch. Zudem wird dadurch für Dörfer und kleinere Städte eine Perspektive für den Erhalt und die Belebung der Ortskerne geschaffen. Wir werden entsprechende Vorhaben zur Wiedernutzung von Leerstand, wie durch Projekte wie die „LeerGut-Agentinnen und -Agenten“, fördern.

→ Die finanziellen Mittel der Städtebauförderung werden wir für die Entwicklung der Wohnquartiere nutzen, um Städte attraktiv zu gestalten und lebendige Innenstädte zu schaffen.

→ Wir fordern den Ausbau von Grünflächen und das gezielte, nachhaltige Anpflanzen von Bäumen in Innenstädten, um die Lebensqualität der Menschen sowie das Innenstadtklima zu verbessern.

→ Europa- und Bundesprogramme werden wir weiterhin mit eigenen Mitteln kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsräume haben. Wir werden uns im Bund zudem für die Steigerung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau einsetzen und wollen auch im Land weitere Mittel zur Verfügung stellen.

→ Wir werden die Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen überprüfen und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit werden können. So kann die Wohngemeinnützigkeit gestärkt und ausgebaut werden.

→ Angesichts des teils gravierenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den größeren Städten werden wir funktionalen Wohnungsbau und serielles Bauen fördern. Vorgefertigte Gebäudeteile oder Module, die mehrfach produziert oder aus wiederverwerteten Baustoffen hergestellt werden, können vor Ort zusammengesetzt und miteinander verbunden werden. Das bringt angesichts des Wohnungsmangels Zeit- und Kostenvorteile.

→ Wir werden eine Thüringer Landeswohnungsbau-Gesellschaft gründen, die in den nächsten Jahren mit einem Startkapital von 100 Millionen Euro, zusätzlichen Förderkrediten und Krediten am freien Markt bis 2030 einen Wohnungsbestand von etwa 1.500 landeseigenen Wohnungen aufbaut. Den überwiegenden Teil wird die Gesellschaft neu bauen und als Sozialwohnungen anbieten. Bis 2040 streben wir 10.000 landeseigene Wohnungen zu günstigen Preisen an. Zudem stehen wir Kommunen beratend und fördernd zur Seite, die kommunale Immobiliengesellschaften ausbauen oder neu gründen wollen. Mit einer Landeswohnungsbau-Gesellschaft wollen wir auch über ein Vorkaufsrecht den Verkauf kommunalen Wohneigentums verhindern. Auch behalten wir uns vor, Immobilien, die ausschließlich als Spekulationsobjekte genutzt werden, über eine solche Gesellschaft der Allgemeinheit zuzuführen. Wenn große Immobilienkonzerne ihr Eigentum in Thüringen nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen, werden wir Enteignung und Vergesellschaftung prüfen. Wir wollen die Belegungsbindung für sozialen Wohnungsbau in Thüringen erhöhen.

→ Wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene, die 1990 abgeschafft wurde. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht gewinnorientiert, sondern auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgerichtet. Wir werden uns gegenüber der Bundesregierung und anderen

Parteien für ein entsprechendes Gesetz auf Bundesebene starkmachen.

→ Eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik ist die Voraussetzung für eine neue Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im kommunalen Eigentum bleiben oder wieder in kommunales Eigentum zurück geholt werden können. Für eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Eine entsprechende Änderung des Boden- und Planungsrechts ist notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann. Auch das Vorkaufsrecht muss als Instrument für die Gewinnung von Bauland für Kommunen verbessert werden.

→ Es braucht mehr Initiativen zur Sicherung maroder oder dauerhaft leerstehender Bauten und deren Sanierung beziehungsweise (Nach-)Nutzung durch Kommunen, das Land oder gemeinnützige oder genossenschaftliche Träger.

→ Die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau, werden wir fortsetzen.

→ Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für eine sozial und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen. Wir werden Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln. Und wir wollen gutes Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld fördern – mit einer Kombination von barrierefreien und generationenübergreifenden Wohn- und Betreuungsformen, Senior:innengenossenschaften und weiteren altersunterstützenden Angeboten. Das kann gutes und bezahlbares Wohnen älterer Menschen unterstützen.

→ Wir wollen eine Förderung von Wohnraum integriert in Häuser mit anderen Nutzungsformen, zum Beispiel mit Kommunikations- und Gemeinschaftsräumen oder Einkaufen und Wohnen in einem Haus. Wir nennen das Gesellschaftshäuser und wollen so Chancen für mehr Wohnraum eröffnen und mehr Menschen kurze Wege ermöglichen.

→ Gerade in den großen Städten und touristischen Regionen treibt das zunehmende Angebot von Airbnb- und Ferienwohnungen sowie -zimmern Mietpreise in die Höhe und verknappt das Angebot von Wohnungen. Ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum durch die Gemeinden kann ein wirksames Instrument sein, um Wohnraum zu sichern. Mit einer entsprechenden landesgesetzlichen Regelung kann den regionalen Besonderheiten

und Bedürfnissen sowie den Unterschieden der jeweiligen Wohnungsmärkte Rechnung getragen werden.

→ Wir setzen uns für die Förderung von nachhaltigem Bauen und grüner Architektur ein. Bauen mit Holz ist nachhaltig, klima- und ressourcenfreundlich und zukunftsträchtig und kann daher ein wesentlicher Bestandteil sein. Es ist uns wichtig, Bauen mit Holz zu erleichtern, und das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das stärkt auch die Thüringer Forstwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe.

→ Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich des Themas Wohnungs- und Obdachlosigkeit angenommen und eine Landesstrategie gegen Wohnungslosigkeit erarbeitet. Mit diesem ersten Schritt vernetzen wir zunächst die vielfältigen Maßnahmen auf kommunaler Ebene. Nun wollen wir Modelle erproben, wie Wohnungslosigkeit vollständig verhindert werden kann, denn Menschen brauchen ein ordentliches Dach über dem Kopf und eine Wohnung gerade dann, wenn sie sich in Krisensituationen um weitere Hilfe bemühen müssen. Dafür braucht es auch gute Streetworking-Angebote gerade in den Städten. **Thüringen hat die Voraussetzungen, das erste Bundesland ohne Wohnungslosigkeit zu werden. Das wollen wir schaffen!**



## 8. Thüringen weltoffen: Zuwanderung menschlich gestalten



Zu viele Menschen sind in den letzten drei Jahrzehnten, insbesondere in den 1990er Jahren aus Thüringen abgewandert. Hunderttausende sind in den Westen gegangen. Heute fehlt uns diese Generation an allen Ecken und Enden. Weiterhin werden mehr Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, als wir neu ausbilden können. Wir brauchen attraktivere Ausbildungsmöglichkeiten hier im Land, damit niemand mehr in andere Bundesländer ausweichen muss und wir zudem auch junge Menschen zurückholen können. Das Land bildet selbst aus und könnte zum Beispiel über gute und günstige Azubi-Wohnheime Unterstützung leisten. Auch die Arbeitsbedingungen und die Löhne müssen nachhaltig besser werden, damit hier attraktivere Jobs entstehen. Eine gute Familienvereinbarkeit in Unternehmen und im Landesdienst ist ein wesentlicher Standortfaktor, um Menschen zum Bleiben zu bewegen oder zu motivieren, nach Thüringen (zurück) zu kommen. Doch all das reicht nicht. Auch deswegen müssen wir Menschen, die hier leben, den Weg in Arbeit erleichtern. Unter anderem braucht es dafür einen Spurwechsel in der Migrationspolitik. Wer als geflüchteter Mensch hergekommen ist, muss das Recht erhalten, eine Arbeitsgenehmigung zu bekommen, um das Leben mit den eigenen Händen verdienen zu können. Arbeitsverbote müssen der Vergangenheit angehören, ein Recht auf Arbeit braucht es, um das Leben selbst gut gestalten zu können. Insbesondere wer bei uns längst in Lohn und Brot steht, dem müssen wir auch eine geordnete Bleibeperspektive bieten. Ebenso ist es an der Zeit, verfolgten Jesid:innen den notwendi-

gen Status als Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu gewähren. Wir wollen das Menschenrecht auf Asyl verteidigen, Menschen das Ankommen möglich machen und eine solidarische Gesellschaft für all diejenigen, die hier leben. Wir sind froh darum, dass es noch immer viele zivilgesellschaftliche Stimmen gibt, die deutlich machen, dass es darum gehen muss, Menschen hier eine sichere und menschenwürdige Zukunft zu geben. Während viele von Abschottung und Verschärfungen sprechen, sind diejenigen umso wichtiger, die sich für Menschenrechte, Integration und Teilhabe einsetzen. Es braucht sichere Bleibe- und Teilhabeperspektiven, unter anderem durch Arbeitsaufnahme und gut ausgestattete soziale und öffentliche Daseinsvorsorge für alle. Es gilt, das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen und das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Was wir brauchen, sind sichere Wege statt Symbolpolitik mit sicheren Herkunftsländern und ein Recht auf Arbeit statt Arbeitsverbote. Wir wollen eine Politik der Solidarität, die allen in diesem Land zugutekommt. Egal aus welchem Grund Menschen zu uns kommen: Wir wollen sie gewinnen für eine gute Zukunft, für die wir jede Hand und jeden Menschen mit seinen und ihren Ideen für ein weltoffenes Thüringen brauchen können.



### 8.1 Selbstbestimmtes Leben ermöglichen

→ Wir wollen mit einem Landesamt für Migration und Integration die Rechts- und Fachaufsicht so

miteinander verbinden, dass es möglich ist, mittels einheitlicher Verfahrensrichtlinien und einem Konzept für moderne, personell sachgerecht aufgestellte Einwanderungsbehörden zu etablieren, dass Menschen, egal ob geflüchtet oder freiwillig zu uns gekommen, das Ankommen und der Zugang zu Bildung, Arbeit und sozialer Teilhabe erleichtert wird. Dazu gehören auch mehrsprachige Informationen und Antragsformulare, der Ausbau des Thüringer Programms des Videodolmetschens und die Nutzung der rechtlichen Ermessensspielräume des Landes bei der Ausgestaltung von Regelungen des Bleibe- und Aufenthaltsrechts, insbesondere beim Zugang zu Bildung und Arbeit.

- Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit wollen wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot implementieren und die Sprachförderung im Landesprogramm „Start Deutsch“ bis zum Sprachniveau B2 ausbauen. Mit den Träger:innen wollen wir zudem neue Modelle erproben, in denen zusammen mit Behörden und Arbeitgeber:innen frühestmöglich die Aufnahme von Arbeit und der Spracherwerb miteinander verbunden werden.
- Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, deren Ausreise nicht möglich ist – weil etwa ein Abschiebungsverbot besteht –, sollen nicht mit Arbeitsverboten von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden. Anträge auf eine Arbeitserlaubnis müssen zügig bearbeitet werden. Eine landesrechtliche Vorgriffsregelung zur Ermessensduldung werden wir prüfen.
- Um schnellstmöglich Integration zu ermöglichen anstatt langer Verfahrensdauern und Wartezeiten in den Erstaufnahmeeinrichtungen, wollen wir neben der Asylverfahrensberatung ein Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung eines individuellen „Integrationsplanes“ ermöglicht.

## 8.2 Humanitäres Asylrecht

- Die Linke Thüringen will, dass Menschen, die vor Krieg, Hunger und Not flüchten müssen, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem Land finden. Sie sollen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Die Einrichtung von sogenannten Ankerzentren lehnen wir ab. Wir wollen die Situation in der



Erstaufnahme verbessern. Beim Ankommen in Erstaufnahmeeinrichtungen wollen wir sicherstellen, dass die Grundbedürfnisse wie Privatsphäre, medizinische Versorgung, mehrsprachige Beratungsangebote, diskriminierungsfreie Bezahlssysteme, qualitätsvolle Versorgung mit Lebensmitteln und Essensausgabe gewährleistet sind.

- Bei der Ankunft und Verteilung braucht es eine systematische Erfassung und transparente Weitergabe der Informationen über besondere Schutz- oder Unterstützungsbedarfe und Gewaltschutzkonzepte. Wir wollen ein frühzeitiges erstes Screening besonderer Schutzbedarfe in der Erstaufnahme, um besondere Verfahrensgarantien für das Asylverfahren und bedarfsgerechte Unterbringung zu gewährleisten.
- Um die Qualität bei der Aufnahme von Geflüchteten in Thüringen zu verbessern, sollen Austauschformate mit den relevanten Akteur:innen und eine transparente Organisationskultur beitragen, um lösungsorientiert und unterstützend auf Problemlagen frühzeitig und bedarfsgerecht reagieren zu können. Geflüchtete brauchen dazu auch unabhängige Ansprechpartner:innen und Anlaufstellen.
- Wir wollen ausreichend Aufnahmekapazitäten vorhalten. Dazu werden wir neben dem Ausbau der landesweiten Erstaufnahmekapazitäten klare Regelungen zur Aktivierung und Finanzierung öffentlicher Liegenschaften oder privater Aufnahmemöglichkeiten durch die Nutzung von Pensionen, Hotels oder Jugendherbergen schaffen.
- Zur Unterstützung bei der Jugendhilfe in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen sowie Vormündern und anderen Fachkräften der Jugendhilfe wollen wir eine sichere und langfristige Finanzierung für eine „Fachberatungsstelle für UMA und junge volljährige Geflüchtete“ schaffen.
- Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung

bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein. Die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e. V. werden wir weiterhin institutionell fördern.

- Mit entsprechenden Erlassen wollen wir sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe nicht abgeschoben werden können. Ebenso soll über einen Erlass der Eltern- und Geschwisternachzug für schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Geflüchtete erleichtert werden.
- Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen ihren Aufenthaltsort frei wählen können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dies wollen wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ermöglichen.



### 8.3 Für eine menschenwürdige Migrationspolitik bundesweit

- Im Bundesrat werden wir uns für eine Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes zugunsten eines solidarischen Einwanderungsgesetzes einsetzen. Dies wollen wir verbinden mit dem Abbau von Hürden beim Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sowie in Arbeit. Ein Spurwechsel muss ohne viel Aufwand und Hürden möglich sein, um frühestmöglich auf eigenen Beinen zu stehen. Wir wollen ein Recht auf Arbeit statt Arbeitsverbote im Aufenthaltsrecht.
- Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig gewordenen Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten.

Kommunen, die als sogenannte Sichere Häfen bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende aufzunehmen, wollen wir unterstützen.

- Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Grundrechte, wie das der Unverletzlichkeit der Wohnung auch in Flüchtlingsunterkünften geschützt bleiben.
- Wir setzen uns gegenüber der Bundesregierung im Land für Aufnahmeprogramme und Abschiebestopps besonders schutzbedürftiger Gruppen wie beispielsweise der Jesid:innen oder die Fortsetzung der Aufnahmeprogramme Syrien und Afghanistan ein. Hürden bei der Inanspruchnahme dieser Programme wollen wir senken.
- Menschen, die zu uns kommen und sich für ihre Interessen selbstorganisiert einsetzen, wollen wir unterstützen und fördern. Dazu zählt auch der Einsatz auf Bundesebene für ein aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen, die in Deutschland leben, um die politische Beteiligung und Identifikation aller Bevölkerungsgruppen zu fördern und damit die Demokratie zu stärken.

- Unser Einsatz für eine humanitäre Asylpolitik ist eng verbunden mit dem Einsatz für ein friedliches Zusammenleben. Wir werden daher in Thüringen unseren Teil dazu beitragen, um Frieden und Abrüstungsbemühungen zu stärken und so für Entspannung und das friedliche Zusammenleben aller Menschen einzutreten. Kriege zu verhindern ist Friedensarbeit und eine gerechte Weltordnung die sicherste Garantie.



### 8.4 Recht auf gutes Ankommen und gute Arbeit

- Wir wollen das Projekt „Faire Mobilität“ weiterhin unterstützen, um Menschen, die zum Arbeiten nach Thüringen gekommen sind, beim Kampf gegen Lohndumping und Ausbeutung zu helfen.

→ Beratungsangebote und Publikationen für den Weg in die Selbstständigkeit und zur Wahrnehmung der Rechte als Arbeiter:innen und Angestellte müssen mindestens zweisprachig, besser mehrsprachig vorgehalten werden.

→ Wir setzen darauf, allen Menschen die diskriminierungsfreie Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Qualifikationswege zu eröffnen. Mit der Thüringer Allianz für Berufsbildung und Fachkräfteentwicklung haben wir zum Beispiel in einem Bündnis Partner:innen aus Berufsbildung, Wirtschaft und Arbeit zusammengeführt, um Strategien und Lösungen zu entwickeln. Unsere Landesregierung hat Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen finanziert, um Menschen mit und ohne Beschäftigung für neue Tätigkeiten zu qualifizieren; mit dem neuen Schulgesetz wird die Berufsorientierung verbindlich festgeschrieben, und die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung gewinnt Fachkräfte und Ausbildungsinteressierte, insbesondere Berufspendler:innen, nach Thüringen Zurückkehrende und internationale Fachkräfte. Diese Arbeit wollen wir verstetigen, um auch die Perspektiven des Bleibens zu stärken.

→ Damit Menschen langfristig hierbleiben können und wollen, braucht es gute Begleitung ab dem ersten Tag von ausländischen Fachkräften, Onboarding-Prozesse, die bereits bei vielen Unternehmen angewendet werden und funktionieren, und das Mitdenken der Perspektiven hier von Angehörigen und Familien. Maßnahmen in diesem Bereich wollen wir fördern.

→ Wichtig für die Gewinnung von genügend und guten Arbeitskräften sind vor allem attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen, gute und tarifgebundene Löhne und Arbeit, gelebte Willkommenskultur, genügend Wohnraum für Auszubildende im Land und in den Städten sowie Maßnahmen für lebensbegleitendes Lernen und Fortbildung.

→ Die verstärkte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland erfordert eine schnellere und unbürokratischere Anerkennung von Berufsabschlüssen und ausreichende Möglichkeiten der Nachqualifizierung.

→ Wir unterstützen Weiterbildungsangebote für Betriebs- und Personalräte und Unternehmensleitungen, um offene und interkulturelle Unternehmenskonzepte zu entwickeln.



## 9. Gesundheit und Pflege



Moderne Gesundheitspolitik muss auf den demografischen Wandel reagieren. Während die Menschen immer älter werden, wird die Gesundheitsversorgung vielfältiger. Gleichzeitig wird es schwerer, Nachfolger:innen für die Übernahme von Arztpraxen zu finden. Damit die medizinische Versorgung dennoch wohnortnah und mit kurzen Wegen erfolgen kann, haben wir ein Bündel von Maßnahmen geschnürt. Gerade die Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen Entlastung, mehr Zeit zur Erholung und gute Löhne. Hier können auch Angebote für mehr Zeitsouveränität attraktivere Arbeitsbedingungen ermöglichen. Auch Pflege und die Unterstützung von Angehörigen brauchen künftig mehr Aufmerksamkeit, ebenso Maßnahmen gegen das Apothekensterben. In unserer Zukunftswerkstatt Zukunft.Gesundheit.Thüringen.2030 arbeiten wir dialogisch und partizipativ an diesen Themen, um die Gesundheitsversorgung in Thüringen auch in Zukunft sicherzustellen.

### 9.1 Gute medizinische Versorgung sichern

→ Moderne Gesundheitspolitik bedeutet insbesondere, Krankheiten zu vermeiden. Im Rahmen unserer Thüringer Landesgesundheitskonferenz haben wir uns das zum Ziel gesetzt. Wir werden weiter gemeinsam mit vielen Akteur:innen Gesundheitsförderung und Prävention in den Lebenswelten der Menschen befördern. Wir arbeiten daran, dass gute medizinische Versorgung keine Frage des

Geldbeutels oder des Wohnortes ist. Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit müssen allen in Thüringen in gleicher Qualität zugänglich sein. Wir wollen eine bedarfsgerechte und wohnortnahe medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sichern. Dazu gehören angemessene Wartezeiten bei Ärzt:innen, eine gute Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie.

→ Wir haben bereits die Zahl der Medizinstudiplätze in Thüringen erhöht. Wir wollen auch die Situation in der Zahnmedizin noch verbessern. Unter anderem wollen wir die hohen Zulassungsbeschränkungen lockern und den Einstieg in das Studium für medizinisch vorgebildete Menschen weiter erleichtern.

→ Ein Teil der Studienplätze wird für junge Menschen vorgehalten, die sich verpflichten, nach dem Studium im ländlichen Raum in Thüringen zu praktizieren. Diese Landärzt:innenquote ist ein Beitrag zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Stadt und Land. Wir wollen darüber hinaus weitere Anreize schaffen, um auch Studierenden der Human- und Zahnmedizin, die außerhalb des Freistaates studieren, stärker zu einer Rückkehr in unser lokales Gesundheitssystem zu motivieren. Hierzu wollen wir zusätzliche Stipendienangebote schaffen, die bereits während des Studiums Studierende fördern sollen, welche eine Niederlassung im ländlichen Raum Thüringens anstreben.



→ Wichtig sind vor allem Maßnahmen, um Absolvent:innen aus medizinischen Studiengängen und Gesundheitsberufen in Thüringen zu halten. Dazu gehört auch, die Thüringer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung weiter auszubauen und zu stärken. Ärzt:innen, die ihr praktisches Jahr im ländlichen Raum und in einer allgemein-medizinischen Praxis absolvieren möchten, werden gezielt gefördert.

→ Junge Mediziner:innen, Zahnmediziner:innen und Pharmazeut:innen können bei der Gründung oder Übernahme einer eigenen Praxis beziehungsweise Apotheke finanzielle Förderung erhalten. Im Jahr 2023 wurde die Niederlassungsförderung auf bis zu 40.000 Euro erhöht. So wird Ärzt:innen und Apotheker:innen der Schritt in die Selbstständigkeit deutlich erleichtert.

→ Die Niederlassungsförderung ist ein zentraler Baustein, um die wohnortnahe Versorgung mit Apotheken zu erhalten, besonders im ländlichen Raum. Außerdem werden wir die Zahl der Studienplätze im Fachbereich Pharmazie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erhöhen. Wir treten als Linke für das System der inhaber:innengeführten Apotheken ein und lehnen Versand- und Kettenapotheken ab. Nur so lassen sich gute Beratung und kurze Wege garantieren.

→ Wir wollen die Voraussetzungen für Telemedizin verbessern und dabei selbstverständlich auch Fragen der Datensicherheit im Sinne der Patient:innen klären.

→ Wir erkennen die schwierige Situation von Hebammen, Geburtshelfer:innen und werdenden Müttern an und bekennen uns zur freien Wahl, wo und wie Schwangere ihr Kind zur Welt bringen möchten. Gerade die Geburtshilfe vor Ort und im ländlichen Raum muss gestärkt werden. Insbesondere familienbegleitende Maßnahmen und leicht zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen müssen dauerhaft mit Landesmitteln unterstützt werden. Unser Runder Tisch Familie und Geburt erarbeitet dazu sowie zur Umsetzung des nationalen Gesundheitszieles Gesundheit rund um die Geburt die nötigen Strategien für Thüringen.

→ Wir wollen den Ausbildungsweg für Hebammen und Geburtshelfer:innen über das Angebot der Ernst-Abbe-Hochschule Jena weiter ausbauen, ohne dabei die Möglichkeiten der dreijährigen Berufsausbildung einzuschränken. Unser Ziel muss eine Eins-zu-eins-Betreuung jeder Gebärenden sein.

→ Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) muss deutlich gestärkt werden. In der Pandemie haben wir erlebt, wie wichtig gut funktionierende Gesundheitsämter sind. Mit der Stärkung des ÖGD soll auch die gesetzliche Basis zu einer jährlichen Landesgesundheitskonferenz geschaffen werden. Außerdem wollen wir die Gründung kommunaler medizinischer Versorgungszentren unterstützen und damit dem zunehmenden Eindringen von privaten Anbieter:innen in diesem Bereich eine öffentliche Versorgungsstruktur entgegensetzen.

→ Einen niedrigschwelligen Zugang zur Gesundheitsversorgung vor Ort leisten die vier Gesundheitskioske, die in den letzten Jahren entstanden sind. Wir wollen diese Angebote als wichtige beratende und unterstützende Anlaufpunkte in der Fläche weiter unterstützen und ausbauen.

→ Die Etablierung von Gemeindeschwestern insbesondere in ländlichen Räumen zur Verbesserung wohnortnaher Gesundheitsversorgung wollen wir ermöglichen.

→ Die medizinische Versorgung älterer Menschen (Geriatric) wollen wir stärker in den Blick nehmen und den Aufbau geriatrischer Versorgungsnetzwerke unterstützen.

→ Das Thema Frauengesundheit wollen wir in den Landesgesundheitszielen verankern und für alle Frauen die vollständige Kostenübernahme für hormonelle wie hormonfreie Verhütungsmittel durch die Krankenkassen erreichen. Dazu wollen wir im Bundesrat aktiv werden. Eine geschlechtsspezifische Forschung und Versorgung muss das Ziel einer guten Gesundheitsversorgung werden.

→ Mit der Fortführung der Gesundheitskarte und des „anonymen Krankenscheins“ werden wir die uneingeschränkte medizinische Versorgung geflüchteter Menschen fortführen und den Ausbau der psychosozialen und therapeutischen Versorgung sicherstellen sowie die Übernahme von Übersetzungsleistungen für die medizinische Versorgung als Sozialleistung sichern.

## **9.2 Alle Krankenhäuser werden gebraucht**

→ Thüringen braucht alle bestehenden Krankenhäuser, die Standorte müssen geschützt werden. Die in anderen Bundesländern drohenden Schließungen von Kliniken sind in Thüringen nicht vertretbar. Wichtigste Grundlage für die Sicherung der Krankenhäuser ist eine auskömmliche Finanzierung

durch den Bund. Die Abkehr vom Fallpauschalen-system hin zu einer stabilen Finanzierung der Kliniken ist unumgänglich. Dafür streiten wir.

→ Wir wollen Perspektiven entwickeln und fördern, um Gesundheitswesen und Krankenhäuser stärker in öffentliche Hand zu holen.

→ Die Arbeiten am 8. Thüringer Krankenhausplan sind in vollem Gange. Seit Herbst 2022 fand bereits der Werkstattprozess „Zukunft.Gesundheit.Thüringen.2030“ statt. Damit haben wir eine breite parlamentarische und außerparlamentarische Beteiligung an der Diskussion über die Krankenhausplanung sichergestellt.

→ Für unsere zukünftige Krankenhauslandschaft setzen wir auf den Erhalt aller Standorte. Dafür wird es Anpassungen geben müssen, um auf den veränderten Versorgungsbedarf zu reagieren. Entscheidend ist, dass die Grundversorgung weiterhin wohnortnah garantiert sein muss. Planbare Operationen und spezifische Eingriffe sollten vor allem dort stattfinden, wo die größte Erfahrung mit diesen Fällen vorhanden ist.

→ Thüringen wird weiter seiner Verpflichtung nachkommen, Krankenhäuser bei Investitionsmaßnahmen zur besseren Patient:innenversorgung zu unterstützen. Im Rahmen des Thüringer Krankenhausinvestitionsprogramms wurden 2023 rund 400 Millionen Euro bewilligt. Die Fördermaßnahmen haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2031. Mit dem Landeshaushalt 2024 wurden weitere 91 Millionen Euro für die nächsten Jahre bereitgestellt. Diesen Weg werden wir fortsetzen, denn jeder Krankenhausstandort wird gebraucht.

→ Im Jahr 2019 hatte die rot-rot-grüne Landesregierung entschieden, den Maßregelvollzug in Landesverantwortung zurückzuführen. Die Behandlung und Betreuung von Patientinnen und Patienten, die aufgrund psychischer Erkrankung nicht in der Lage sind, das Unrecht ihrer Straftat einzusehen, gehört als hoheitliche Aufgabe in die Landesverantwortung. Im Jahr 2023 wurde zunächst der Maßregelvollzug in Mühlhausen wieder verstaatlicht. Die Einrichtungen in Hildburghausen und Stadtroda werden diesen Schritt ebenfalls gehen.

→ Die wichtige Arbeit in der Hospiz- und Palliativversorgung haben wir in den vergangenen Jahren ausgebaut. Insbesondere das Netz der vielfältigen Hilfen und die oft ehrenamtliche Arbeit wollen wir fördern und würdigen.



### **9.3 Pflege – würdevoll, solidarisch finanziert und gerecht bezahlt**

→ Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert wird und die den in den Pflegeberufen Beschäftigten mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Respekt entgegenbringt. Das würde dazu führen, dass mehr Menschen in den Pflegeberufen arbeiten, was so dringend nötig wäre!

→ Zur Stärkung der Pflegeausbildung setzen wir neben der Schulgeldfreiheit auf ein Förderprogramm zur Gewinnung und Integration ausländischer Auszubildender.

→ Der im Juli 2023 gestartete Werkstattprozess zur Landespflegeplanung mit dem Ziel eines koordinierten Landespflegeplanes trägt dazu bei, das Pflegesystem in Thüringen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zukunftsfest zu machen. Der Landespflegeplan wird den Ist-Stand der Pflege in Thüringen darstellen. Dabei sollen alle Engpässe im Personalplan der Versorgungsstrukturen klarwerden, damit entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege entwickelt werden können. Neben den Bedürfnissen der zu Pflegenden und ihrer Angehörigen ist uns auch die Bereitstellung eines Angebots für die psychische Unterstützung von Pflegepersonal wichtig. Dieses hat in der Pandemie weit über ihre Grenzen hinaus gearbeitet und verdient Unterstützung zur Stärkung der psychischen Gesundheit.

→ Wir werden uns auch künftig im Bundesrat für eine bessere Finanzierung der Pflege und für die Einführung einer solidarischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einsetzen, in die neben abhängig Beschäftigten auch Beamt:innen, Freiberufler:innen, Selbstständige und Abgeordnete verpflichtend einbezogen sind. Wir haben vor Ort Beschäftigte im Pflegebereich in ihrem Kampf für Tarifbindung und bessere Arbeitsbedingungen unterstützt und die Unterstützung für pflegende Angehörige ausgebaut.

→ Die Einführung einer solidarischen Bürger:innenversicherung auf Bundesebene ist für die bessere Finanzierung der Pflege unverzichtbar. Daneben wollen wir auch auf Landesebene Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unterstützen und die Kosten der Pflege begrenzen. Hier setzen wir neben der Möglichkeit einer Bezuschussung von Investitionskosten für Pflegeeinrichtungen vor allem auf die Einführung eines Thüringer Landespflegegeldes. Mit dem Landespflegegeld sollen Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2 pro Jahr bis zu 600 Euro erhalten.

→ Verbindliche Personalschlüssel für alle Pflegeberufe und in Krankenhäusern, die betreiber:innen- und einrichtungsübergreifend eingeführt werden, bemessen an den einzelnen Fachrichtungen, bedarfsgerecht und mit Flächentarifverträgen abgesichert, sind für gute Pflege nötig und werden von uns unterstützt. Denn wir brauchen dringend mehr Personal in der Pflege und mehr Pflegeplätze.

→ Die fünf bereits bestehenden Pflegestützpunkte bieten Beratungsangebote für pflegende Angehörige. Den Aufbau dieser barrierefreien kommunalen Pflegeberatungsstellen wollen wir weiter unterstützen.

→ Pflegende Angehörige werden wir weiter durch Beratung und Begleitung stärken. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu erleichtern und auch Männer darin zu unterstützen, sich an häuslicher Pflege beteiligen zu können.

→ Wir wollen nach Wegen suchen, die Investitionskosten für Heimbewohnende auf anderem Wege zu finanzieren.

→ In Bezug auf die Abbrecherquote im Pflegeberuf wollen wir kontinuierliches Monitoring auf Landesebene implementieren, um die Gründe für einen Ausbildungsabbruch systematisch zu erfassen und auszuwerten, damit eine entsprechende Maßnahmenplanung erfolgen kann. In diesem Zusammenhang könnte das Webportal für die Pflegeausbildung in Thüringen genutzt werden.



#### **9.4 Suchtprävention und verantwortungsvolle Drogenpolitik**

→ Den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und Suchtgefährdungen wollen wir eindämmen. Wir stehen für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend- und Gesundheitsschutz ermöglichen.

→ Wir brauchen vielfältige Unterstützungsstrukturen für Suchterkrankungen. Psychosoziale Betreuung muss gestärkt werden. Wir wollen die Öffentlichkeit stärker für die Bedürfnisse von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.

→ Angebote der Suchtprävention, insbesondere die Beratungs- und Vernetzungsangebote, sollen ausgebaut werden. Drug-Checking-Angebote müssen kontinuierlich unterstützt und gestärkt werden.



## 10. Ankommen in der digitalen Welt von heute, aber sozial



Internet und Telefon, Paket- und Briefzustellung sind für uns Teile der öffentlichen Infrastruktur, die für alle funktionieren muss. Der Zugang muss bezahlbar und erreichbar sein. Wir wollen eine stabile Breitbandversorgung in Stadt und Land ebenso wie gute Arbeitsbedingungen für Paket-zusteller:innen. Für den Breitbandausbau als notwendige Infrastruktur der Gegenwart wollen wir eine öffentlich organisierte Telekom – mit dem Auftrag, insbesondere Schulen und Bildungseinrichtungen zu digitalisieren. Medienvielfalt, unabhängiger Journalismus, ein effizienter öffentlich-rechtlicher Rundfunk und eine stabile regionale und lokale Medienlandschaft, unter anderem durch Bürger:innenmedien, sind Garanten unserer freien Gesellschaft.

→ Für bezahlbare, gute und überall nutzbare digitale Kommunikation und Dienste wollen wir als eine zwingende Voraussetzung einen weiteren und umfassenden Breitbandausbau, der niemanden und kein Dorf vergisst. Zu gesellschaftlicher Teilhabe gehört auch die Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses.

→ Mit unserer Glasfaserstrategie soll bis Ende 2025 flächendeckend die Versorgung von Gewerbegebieten, Unternehmen mit besonderem Bedarf, den Thüringer Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Schulen, Verwaltungen und öffentlichen

Gebäuden des Landes und der Kommunen sowie eine flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabitnetzen in jeder Gemeinde und möglichst direkt bis zum Gebäude erreicht sein.

→ Weiterhin werden wir die Einführung der Mobilfunktechnologie der 5. Generation (5G) unterstützen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern auch ländliche Räume profitieren. Die Bundesregierung muss den Ausbau so steuern, dass keine weißen oder grauen Flecke mehr bestehen. Falls die privaten Mobilfunkbetreiber dies nicht gewährleisten, muss eine Bundesagentur beauftragt werden. Funklöcher in Thüringen müssen der Vergangenheit angehören!

→ Wir wollen, dass in allen öffentlichen Infrastruktureinrichtungen, ob Bus oder Bahn, öffentliche Verwaltungen, Museen, Schulen, Hochschulen, Schlösser oder Burgen, freies und unkommerzielles Internet zur Verfügung steht.

→ Wir unterstützen Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in öffentliches Eigentum überführen oder genossenschaftlich organisieren wollen.

→ Auch Thüringen muss Wege für die Gestaltung von mit Künstlicher Intelligenz generierten Inhalten und Produkten (Texte, Bilder, Filme ...) sowie von ihr gesteuerte Abläufe finden und nötigenfalls gesetzlich regeln. Das riesige schöpferische Potential der Technologie kann und wird gesellschaftlich nützlich sein. Zugleich müssen aber Standards für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte, Copyright- und Verwertungsrechte, Arbeitsbedingungen- und rechte, Medienrecht und mögliche Folgen für die Demokratie gegebenenfalls neu geregelt werden. Wir schlagen daher einen Unterausschuss des Landtages vor, der unter Beteiligung von Expert:innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Justiz, Datenschutz und Journalismus eine Debatte um Chancen und Risiken der KI und notwendige gesetzliche Regulierungen führt.

→ Wir wollen in der Thüringer Verwaltung weiterhin Open-Source-Software nicht nur auf allen Ebenen nutzen, sondern die Entwicklung, regelmäßige Auditierung und Verbreitung von quelloffenen, in modernen Programmiersprachen geschriebenen und leicht zu benutzenden digitalen Werkzeugen fördern.

→ Digitalisierung bietet Chancen für wirtschaftliche Entwicklung. Sie kann Arbeit erleichtern. Sie kann zugleich den Druck verstärken, indem Beschäftigte ständig verfügbar sein müssen. Ob im Büro, unterwegs oder im Homeoffice. Unternehmen, müssen ihren Beschäftigten Schutz vor andauernden und unbezahlten Überstunden garantieren – ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Zeit für die Pflege von Angehörigen und einen funktionierenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. In den letzten Jahren sind viele neue Arbeitsplätze in digital vernetzten Umgebungen (Plattformökonomie) entstanden, wobei die meisten der dort Beschäftigten unter schlechten Arbeitsbedingungen leiden. Es kann nicht sein, dass viele Beschäftigte wenig verdienen, als Scheinselbstständige behandelt werden und oft nicht über Krankenversicherungsschutz und Altersvorsorge verfügen. Um die europaweiten Regelungen konsequent umzusetzen, werden wir uns weiterhin gegenüber den gesetzlichen Trägern (Renten- und Krankenversicherungen) dafür einsetzen, dass hier der systematische Missbrauch unterbunden wird.

→ Unverzichtbar ist es, Bildungs- und Fortbildungsangebote im Bereich der Medienkompetenz, die in den letzten Jahren verstärkt worden sind, weiterzuführen, gerade auch um der Flut an Fake News im digitalen Bereich begegnen zu können. Mediennutzung, die auf Wissen beruht und auf einem verantwortungsbewussten Umgang, ist die Zukunft und wird Meinungsvielfalt garantieren – und nicht der Versuch, Angebote zu beeinflussen, zu löschen oder zu verbieten.

→ Hass, Mobbing und Hetze treten wir entgegen – in der analogen und der digitalen Welt. Den Zugang zu Informationen und Hilfsangeboten wollen wir erleichtern und unterstützen entsprechende Projekte und die Angebote der rot-rot-grünen Landesregierung, der Kreise und Städte sowie der Thüringer Landesmedienanstalt (TLM). Wir unterstützen darüber auch die Förderung einer rassistis- und diskriminierungssensiblen Aus-, Fort- und Weiterbildung für Beschäftigte im Bereich Medien, Journalismus, Kunst und Kultur.



### **10.1 Starker öffentlicher Rundfunk und Bürger:innenmedien – Vielfalt in der Medienlandschaft**

→ Medienvielfalt, unabhängiger Journalismus, ein breit aufgestellter öffentlich-rechtlicher Rundfunk und eine stabile regionale und lokale Medienlandschaft, unter anderem durch Bürger:innenmedien, sind Garanten unserer freien Gesellschaft und müssen entsprechend gefördert werden.

→ Deutschlandweit einmalig wird im Landkreis Greiz die tägliche Printzeitung der Funke Mediengruppe nur noch digital bereitgestellt. Wir begleiten diese Entwicklung kritisch und wollen dafür sorgen, dass es keine „weißen Flecken“ in der Zeitungslandschaft gibt, und setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung endlich die Förderung des Zeitungsvertriebs ernsthaft vorantreibt. Wir werden neue Modelle, die auf gemeinnützigem Journalismus aufbauen, unterstützen und setzen uns für eine entsprechende Regelung auf Bundesebene ein.

→ Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er ist eine demokratische Errungenschaft und keine Selbstverständlichkeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), das ZDF und das Deutschlandradio unabhängig sind und bleiben. Die Strukturen des MDR sind aufgabenkritisch zu prüfen. Die Mittel des Rundfunkbeitrags sind effektiv einzusetzen. Die regionale Verteilung muss ausgewogen sein. Alle drei MDR-Länder müssen entsprechend zum Beitragsaufkommen von Standorten, Produktionen, Wertschöpfung profitieren. Wir werben dafür, den Medienstandort Thüringen insbesondere bei Film- und Fernsehproduktionen innerhalb des MDR-Verbandes zu stärken.

→ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch in der regionalen Berichterstattung flächendeckend präsent sein und die Digitalisierung weiter vorantreiben. Dagegen sollen Kosten reduziert werden bei den inzwischen viel zu teuren Sportrechten und durch den Abbau von Parallelstrukturen. Für Menschen, die staatliche Transferleistungen

beziehen, zum Beispiel Bürgergeld, muss der Rundfunkbeitrag als Teil der Leistung vom Staat übernommen werden.

→ Wir wollen, dass Menschen aus verschiedenen, auch unterschiedlichen sprachlichen Communities Teil der Rundfunkräte und weiterer Aufsichtsgremien werden. So kann Repräsentation in den öffentlichen Medien besser gelingen – mit einem Fokus auf Vielfältigkeit aus Betroffenenperspektive und die Sichtbarmachung von Minderheiten und ihrer Leistungen.

→ Wir haben uns in den vergangenen Jahren erfolgreich für eine gerechte Verteilung der Wertschöpfung des MDR in Mitteldeutschland eingesetzt und das räumliche Angebot für Film- und Fernsehproduktionen in Thüringen schrittweise ausgebaut. Wir werden weiter dafür werben, Thüringen innerhalb der ARD zu stärken. Insbesondere die Entwicklung des KiKa werden wir weiter unterstützen.

→ Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, zum Beispiel der TU Ilmenau und dem Fraunhofer Institut, soll verstetigt und durch staatliche Förderung zielgerichtet unterstützt werden. Das trifft ausdrücklich auch App-Entwicklungen sowie den Games-Bereich und das Feld der Entwicklung von Stoffen für Kinder- und Jugendmedien.

→ Wir wollen die Förderungen für die Medienwirtschaft noch stärker bündeln, um die Aktivitäten des Landes effizienter zu gestalten. Hierbei sind die Strukturen der Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine aktive und strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.

→ Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort zentral. Wir wollen die Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und den Wirtschaftsraum zu erreichen.

→ Mit einer Medienstandortagentur wollen wir den vielen in Medienberufen ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen und Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr Wissen im Freistaat so einzubringen, dass sie gefragte Medienprodukte hier realisieren können.

→ Für den Erhalt der Meinungsvielfalt spielen auch private Radio- und Fernsehanbieter:innen in Thüringen eine Rolle – unabhängig von der wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg. Wir haben uns unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien seit 2014 für eine Förderung in diesem Bereich eingesetzt. Gerade die rasante technische Entwicklung stellt lokale Anbieter:innen vor finanzielle Herausforderungen. Auch zukünftig wollen wir mit entsprechenden Landesmitteln dazu beitragen, die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu stärken.

→ Die Thüringer Bürger:innenmedien sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil bei der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung von Bürger:innen an ihrem Lebensort. Sie geben den Medienmacher:innen die Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und Situationen vor Ort zu thematisieren. Zugleich animieren sie Bürger:innen zur demokratischen Mitwirkung. Wir werden die Bürger:innenmedien weiterhin intensiv unterstützen und fördern: Wir wollen, dass die Anteile für die Finanzierung der Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die Bürger:innenmedien und die Medienkompetenzarbeit zu stärken.



## 11. Demokratie und Zusammenhalt stärken



### 11.1 Direkte Demokratie ausbauen – Verfassung stärken

→ Die Linke Thüringen setzt sich für eine konsequente und umfassende Demokratisierung ein. Über Aktivitäten und Maßnahmen in Gesellschaft und Staat sollen diejenigen Menschen mitbestimmen können, die von den Auswirkungen der jeweiligen Entscheidungen betroffen sind. Dies gilt insbesondere auch für die Einbindung von Frauen in demokratische Strukturen. Mehrheitlich männerdominierte Gemeinde- und Stadträte, Kreistage und der Landtag sind ein Verlust für die demokratische Willensbildung und Repräsentation der Bevölkerung und nicht akzeptabel.

→ Deshalb geht es sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der direkten Demokratie, beispielsweise durch Volks- oder Bürger:innenbegehren, als auch um die Entwicklung einer neuen umfassenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur. Das betrifft auch Schulen und Rundfunkanstalten, Verbraucher:innen- und Nutzer:innenbeiräte bei öffentlichen Unternehmen und Zweckverbänden und den Umbau der Kommunen in Beteiligungskommunen, welche beispielsweise durch Bürger:innenhaushalte und Beteiligungsbeiräte für kommunale Projekte wirken.

→ Das Beteiligungsalter für Wahlen und Abstimmungen auf kommunaler Ebene wurde auf 16 Jahre abgesenkt. Damit können sich nun auch die

Jugendlichen an den demokratischen Prozessen beteiligen. Eine weitere Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre werden wir sowohl auf Kommunal- als auch auf Landesebene weiterverfolgen. Beim Projekt Beteiligungskommunen muss auf der Einbeziehung junger Menschen ein besonderes Augenmerk liegen.

→ Mit einer Beteiligten-Transparenz-Dokumentation hat unsere Landesregierung auf Initiative der Linken dafür gesorgt, dass für jede und jeden über eine öffentliche Informationsdatenbank beim Landtag nachvollziehbar wird, welche Organisationen und Personen mit welchen Inhalten und Vorschlägen auf die Landesgesetzgebung Einfluss genommen haben. Dieses Transparenzinstrument hat sich mittlerweile sehr bewährt und belegt in einem bundesweiten Vergleich hinsichtlich seiner inhaltlichen Qualität Platz eins. Diese Transparenzdokumentation soll nach dem Willen der Linken nun um ein Thüringer Lobbyregister ergänzt werden. Mit einem Lobbyregister können problematische Einflussnahmen durch außerparlamentarische Akteur:innen auf den Landtag, die Abgeordneten und Fraktionen sowie die Landesregierung auch in anderen Arbeitsbereichen als der Gesetzgebung noch besser sichtbar werden.

→ Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Arbeit des Landtags wollen wir, dass alle Beratungen von Ausschüssen des Landtags grundsätzlich öffentlich stattfinden.

→ Für echte Mitbestimmung wollen wir die Abschaffung des sogenannten Finanztabus bei Volksbegehren durchsetzen, um den Anwendungsbereich des Instruments deutlich zu erweitern und auch Volksbegehren und Volksentscheide zu Themen zu ermöglichen, die finanzielle Auswirkungen haben. Auch den Einwohner:innenantrag für alle Menschen in Thüringen unabhängig von der Staatsangehörigkeit auch auf der Landesebene wollen wir einführen. Damit soll der Landtag zur Beratung der Anliegen von in Thüringen

lebenden Menschen ohne deutschen Pass verpflichtet werden.

- Wir wollen das Wahlrecht modernisieren. Menschen, die seit mehr als fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, sollen sich unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- Wir wollen darüber hinaus mit einem Paritätsgesetz die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter bei Landtagswahlen ermöglichen und dafür die verfassungsrechtlichen Weichen stellen. Damit würde eine demokratisch angemessene Beteiligung der Hälfte der Bevölkerung gewährleistet, wie es heute schon in zahlreichen europäischen Staaten der Fall ist.
- Die Antikorruptionsarbeit wollen wir modernisieren, unter anderem durch die Einführung eines Registers bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Die Linke Thüringen wird auch weiterhin eng mit dem Landesverband des Vereins Mehr Demokratie e. V. und weiteren außerparlamentarischen Initiativen zusammenarbeiten, um die Demokratieentwicklung in unserem Land parlamentarisch und außerparlamentarisch voranzutreiben.
- Wir möchten als Thüringer Linke – unter Einbeziehung außerparlamentarischer Akteur:innen und deren Sachverständs – eine Enquetekommission im Landtag einsetzen zu den Themen Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Entwicklung ländlich geprägter Regionen, Nachhaltigkeit – vor allem auch in ihren sozialen, ökologischen und kulturellen Gesichtspunkten – und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Kommunen, eingeschlossen die finanziellen Aspekte. Sie soll zu diesen Themen konkrete Handlungsvorschläge erarbeiten.
- Auch ein Thüringer Ehrenamtsfördergesetz – eine langjährige Forderung der Linken – soll in Kraft treten. Dem für die Gesellschaft und die Menschen in Thüringen unverzichtbaren und vielfältigen ehrenamtlichen Engagement wird so eine umfassende und verlässliche Unterstützungs- und Finanzierungsbasis gegeben.
- Wir wollen die Thüringer Verfassung modernisieren. Auch auf Initiative der Landtagsfraktion der Partei Die Linke hat der Thüringer Landtag im Laufe der 7. Wahlperiode die Debatte über die Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung geführt und dazu auch einen Verfassungsausschuss eingerichtet. In die inhaltliche Diskussion wurden viele engagierte außerparlamentarische Organisationen und Einzelpersonen vor allem aus Thüringen

einbezogen, die viele wichtige Argumente und sinnvolle Vorschläge in die parlamentarische Arbeit einbrachten. Wir plädieren deshalb dafür, in der kommenden 8. Wahlperiode im Thüringer Landtag wieder einen Verfassungsausschuss einzurichten, um unerledigte Gesetzentwürfe der 7. Wahlperiode und weitere neue Themen zu bearbeiten. Es geht zum Beispiel um die weitere Stärkung der Kinderrechte, die Aufnahme einer Antifaschismus- und Antirassismus-Klausel sowie eine Klausel gegen Antisemitismus nach dem Vorbild der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Die Themen haben wir schon als Verfassungsänderungen eingebracht, sie finden aber leider derzeit keine Mehrheit. Es geht aber auch um neue weitere Themen wie die Stärkung und Schaffung von weiteren Grundrechten und Staatszielen, zum Beispiel im Bereich Wohnen, Arbeit, Mobilität, Bildung, Lernmittelfreiheit.

- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind selbstverständlicher Teil des öffentlichen Lebens. Die Linke Thüringen tritt für die institutionelle Trennung von Staat und Kirche ein. Wir sind gegen die eingeschränkten Arbeitnehmer:innenrechte in kirchlichen Einrichtungen und fordern die Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen. Gesellschaftliches Engagement der Kirchen sollte gefördert werden – allerdings in gleichem Maße wie bei anderen sozialen und gesellschaftlichen Organisationen.



## 11.2 Starker Rechtsstaat mit moderner Justiz

Die reibungslose Arbeit der unabhängigen Justiz als dritte Säule der Gewaltenteilung ist für uns Voraussetzung einer rechtsstaatlichen Ordnung. Der Zugang zum Recht muss allen Thüringer:innen in gleichem Maße gegeben sein, dies gilt insbesondere für sozial benachteiligte Menschen und gesellschaftliche Minderheiten. Die Linke Thüringen setzt sich für eine Justiz ein, die Rechtssicherheit bietet und gerechte Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber dem Einzelnen und der

Gesellschaft verbindet. Wer Unterstützung für die Durchsetzung von Anliegen und Rechte benötigt, muss in der Justiz eine bürger:innennahe, faire und fachlich kompetente Unterstützung finden. Je besser außergerichtliche Mechanismen zur Konfliktlösung in allen Bereichen der Gesellschaft zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt, desto weniger muss die Justiz als „letztes Mittel“ der Konfliktlösung und des gesellschaftlichen Ausgleichs eingreifen. Die Arbeit der Justiz ist daher der Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit verpflichtet – ebenso wie verlässlichen rechtlichen Entscheidungen nach vorgegebenen formalen Kriterien.

→ Justiz und Gerichte müssen rechtzeitig zugänglich, barrierearm und nutzbar sein. In vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell Unterstützung, um ihre Rechte durchzusetzen. Die Thüringer Justiz muss dafür personell und technisch entsprechend ausgestattet sein. Der digitale Rechtsverkehr, als bundesdeutscher Standard, muss auch in Thüringen so schnell wie möglich Umsetzung finden. Gleichzeitig darf die Digitalisierung der Gerichte nicht zu einem Zugangshindernis zum Recht werden. Vor diesem Hintergrund hat die rot-rot-grüne Koalition in den vergangenen Jahren bereits viele Weichen für eine positive Entwicklung in Thüringen gestellt – wir sehen dennoch weiter dringenden Verbesserungsbedarf. Auch künftig werden unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein, optimale Bedingungen für eine leistungsstarke unabhängige Thüringer Justiz und den Justizvollzug zu schaffen.

→ Bei den Thüringer Richter:innen sowie Staatsanwält:innen kommt es in den nächsten Jahren zu einer „Pensionierungswelle“. Wir werden den Generationenwechsel in der Thüringer Justiz weiter aktiv begleiten und durch die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel für die stufenweise Neueinstellung junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sorgen. Wir wollen Studienabsolventinnen und -absolventen in Thüringen eine Perspektive im Justizwesen bieten und werden auch weiterhin attraktive Referendariatsplätze anbieten. Dazu gehört für uns die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Vorbereitungsdienst und die stetige Anpassung der Ausbildungsinhalte und Vermittlungsmethoden an aktuelle Bedürfnisse und Entwicklungen.

→ In der vergangenen Wahlperiode hat unsere rot-rot-grüne Koalition in Thüringen auch die Jurist:innenausbildung modernisiert – strukturell und inhaltlich. Es wird ein besonderes Augenmerk auf die Personalgewinnung und Personalauswahl

für den Vorbereitungsdienst gelegt – damit auch wirklich fachlich und persönlich geeignete Menschen den Weg in die Thüringer Justiz finden.

→ Wir wollen in den kommenden Jahren die Unabhängigkeit und Transparenz der Justiz weiter stärken und uns für weitergehende Reformen einsetzen, vor allem für eine Stärkung des Richterausschusses in seinen Aufgaben und für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Dazu muss vor allem das Thüringer Richter:innen- und Staatsanwält:innengesetz weiter inhaltlich modernisiert werden. Wir wollen hierfür auch eine Verbesserung von Artikel 89 der Thüringer Verfassung erreichen.

→ Denn eine demokratische, dem Rechtsstaat und Sozialstaat verpflichtete Gesellschaft wie die unsere braucht auch eine demokratisch organisierte Justiz mit Beschäftigten, die sich jederzeit im Alltag aktiv für die Verwirklichung von Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat einsetzen.

→ Wir wollen uns noch stärker als bisher der Berufs- und Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen und -pfleger widmen. Sie erfüllen wichtige Aufgaben als eigenständige Organe der Rechtspflege. Daher setzen wir uns für die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die Umgestaltung ihrer Ausbildung ein.

→ Wir wollen die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen. Bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte müssen unverzüglich die technischen Voraussetzungen geschaffen und die reibungslose Vernetzung mit Justizbehörden anderer Bundesländer sichergestellt werden.

→ Wir setzen uns für die Einführung einer Justizverlaufsstatistik ein, mit der zum Beispiel erfasst werden kann, ob in Ermittlungen anfänglich festgestellte Tatmotive bei der Strafzumessung berücksichtigt wurden.

→ Die Rechtsanwaltschaft erfüllt eine wichtige rechtsstaatliche Aufgabe. Durch sie wird vielen Menschen ein Zugang zu Recht und Gerechtigkeit ermöglicht. Wir wollen, dass auch zukünftig junge Menschen ihre berufliche Perspektive im Anwaltsberuf sehen können. Wir setzen uns im Bundesrat für eine gleichzeitig für Rechtssuchende sozial verträgliche und für die Anwaltschaft zukunftsfähige Reform des Gebührenrechts ein. Dabei müssen Prozess- und Verfahrenskostenhilfe gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Thüringen im Bundesrat die Einführung einer finanziellen Unterstützung für Mediationen und außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte voranbringt.

→ Wir stärken die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden weiterhin und wollen die sinnvollen Möglichkeiten des Schiedsstellenverfahrens als außergerichtliches Schlichtungsverfahren in der Thüringer Bevölkerung noch bekannter machen.

→ In einer alternden Gesellschaft ist es uns ein Anliegen, die Situation für rechtliche Betreuer:innen ebenso zu stärken wie für die Betreuten zu verbessern. Wir setzen uns im Bundesrat dafür ein, die Qualität der Betreuung zu verbessern.

→ Wir wollen für Richterinnen und Richter Weiterbildungsangebote – vor allem in den Bereichen Familien- und Betreuungsrecht sowie Sozialrecht und vor allem zum Themenkreis häusliche Gewalt unter Berücksichtigung des Kinderschutzes sowie zu medizinischen und psychologischen Fachkenntnissen – zur Pflicht machen.

→ Im Bereich der Jugendgerichtshilfe muss das Zusammenwirken mit anderen Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich weiter verbessert werden, vor allem mit den Jugendämtern, damit künftig kein bedürftiger Jugendlicher mehr bei der Maßnahmengewährung leer ausgeht.

→ Strafvollzug, Resozialisierung, Wiedereingliederung und Haftvermeidung müssen weiter gestärkt werden. Dazu setzen wir uns für eine bereichsübergreifende Weiterentwicklung der Bedingungen für die Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die Verhinderung weiterer Straftaten ein. Wir setzen uns im Bundesrat für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen ein. Die Linke wird dazu die bisherigen inhaltlichen Initiativen weiterführen. Das Angebot an Haftvermeidungsmaßnahmen in Thüringen muss weiter ausgebaut werden, das gilt auch für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.

→ Wir wollen, dass der Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug durch eine deutliche personelle Stärkung des Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste und den weiteren Ausbau der maßnahmen- und projektbezogenen Resozialisierungsangebote weiter verbessert wird. Hierfür wollen wir eine umfassende Evaluierung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs vornehmen. Wir werden die erforderlichen Rahmenbedingungen im Landeshaushalt schaffen und alle Maßnahmen unterstützen, die auf die Personalgewinnung für den und die Personalentwicklung im Strafvollzug ausgerichtet sind.

→ Das sogenannte Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und Haftentlassene

(PÜMaS) trägt in Thüringen dazu bei, passgenaue Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene zu entwickeln und diese nach der Entlassung weiter zu begleiten – unter Berücksichtigung des individuellen Hilfebedarfs. Das Maßnahmenprogramm hat sich bewährt und muss weiter ausgebaut werden. In diesem Rahmen müssen die sozialen Träger durch weitere finanzielle Förderung gestärkt werden.

→ Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die psychologischen Fachkräfte stärker koordiniert werden und ihre Arbeitsbedingungen weiter verbessert werden. Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und Resozialisierungsangeboten kooperieren.

→ Wir vertreten in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben die klare Position, auf sämtliche Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug – in Abstimmung mit den Personalvertretungen – zu verzichten. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass ab 2025 eine Einzelunterbringung von Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist.

→ Wir setzen uns dafür ein, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften dazu motiviert werden, alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang zu nutzen. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist für uns ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung und muss als flächendeckendes Angebot zur Verfügung stehen. Deshalb muss er zukünftig strukturell und finanziell durch Haushaltsmittel in Thüringen noch weiter gestärkt werden. Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe auf Bürgerinnen und Bürger umfassend sensibilisiert und für eine effektive Verfolgung solcher Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu gehört, dass sie die Folgen des Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens auch von privaten Daten als ernstes Problem wahrnehmen und konsequent verfolgen, Betroffene schnell und umfassend informieren sowie zu geeigneten Gegenmaßnahmen beraten können. Erste Schritte dazu wurden, zum Beispiel bei der Ausrüstung und der Bündelung von Fach- und Sachkompetenz, unternommen.

→ Wir wollen bei der Einführung neuer rechtlicher Vorschriften bestehende rechtliche Regelungen (Normenscreening) und die Rechtsfolgenprüfung aus rassismuskritischer Perspektive prüfen und, zunächst auf Landesebene, verbindlich festlegen – so, wie es sie zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbereich gibt.



### 11.3 Antifaschismus jetzt erst recht

→ Der jährliche Thüringen-Monitor mit der Dokumentation rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft, steigender antisemitischer Delikte, einer Zunahme antifeministischer Positionen, von Rechtsruck und gewalttätigen Übergriffe auf Migrant:innen sowie andere Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden gehören, macht den erhöhten Handlungsbedarf deutlich. Thüringen trägt wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere Verantwortung. Deshalb sieht sich Die Linke Thüringen in der Verantwortung, alle behördlichen und parlamentarischen Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche, extrem rechte Organisationen und Strukturen vorzugehen.

→ Das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung wollen wir fortentwickeln und in seiner inhaltlichen Ausrichtung stetig überarbeiten.

→ Mit einem Demokratiefördergesetz auf Landesebene wollen wir die wichtigen Strukturen endlich mehrjährig absichern und aus den stetigen Finanzierungsgängen herausnehmen.

→ Wir wollen rechte Netzwerke und rechten Terror künftig mit einem eigenen Untersuchungsausschuss weiter aufhellen und die Grundlagen schaffen, diese Strukturen gesellschaftlich, politisch und im Verwaltungshandeln weiter trocken zu legen.

→ Wir wollen einen Masterplan gegen rechte Immobilien auf den Weg bringen, alle Behörden sollen an einem Strang ziehen, um die rechten Rückzugsorte mit allen rechtlich möglichen Mitteln aus dem Verkehr zu ziehen.

→ Gegen Rechtsrock-Konzerte auch jenseits der Open Airs wollen wir noch konsequenter vorgehen und dafür sorgen, dass Thüringen nicht weiter ein Rückzugs- und Veranstaltungsraum bleibt. Geldströme von Neonazis wollen wir konsequenter verfolgen und das Instrument der Vermögensabschöpfung dazu gezielter nutzen.

→ Die in der Vergangenheit vielfach dokumentierte Diskreditierung zivilgesellschaftlich und antifaschistisch Engagierter einerseits sowie die Verharmlosung der Gefahren durch Neonazis durch deren Gleichsetzung andererseits werden wir beenden.

→ Wir wollen das geplante Bildungs- und Dokumentationszentrum beziehungsweise Archiv für Akten des NSU-Untersuchungsausschusses auf den Weg bringen, um diese für wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und journalistische Recherche zur Verfügung zu stellen.

→ Rechte Netzwerke sollen mit allen behördlichen Mitteln bis hin zu Verboten, da wo sie rechtlich möglich sind, bekämpft werden.

→ Wir wollen stärker und strukturierter gegen Verschwörungsmymen vorgehen: Mit eigenen Handreichungen, Fortbildungen für Bedienstete, aber auch im Schulunterricht.

→ Die Rechte von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt wollen wir gerade bei Ermittlungs- und Strafverfahren weiter stärken, auch durch mehr Opferschutzräume. Wir wollen eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft Hasskriminalität und eine bessere Spezialisierung von Ermittler:innen gegen rechte Straftaten.

→ Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung sichern sowie die Opfer des deutschen Faschismus und den antifaschistischen Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten.

→ Wir halten die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz als für nicht begründet. Wir sind der Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist abzuschaffen. Wir wollen wissenschaftlich arbeitende Institutionen für Demokratie und Zivilgesellschaft weiter stärker fördern und Ergebnisse aus der Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der Landesregierung einfließen lassen.



#### 11.4 Starkes Land – starke Kommunen

→ Wir werden den Prozess zur Schaffung leistungsfähiger kommunaler Strukturen auf Basis der Freiwilligkeit weiterführen – vor dem Hintergrund demografischer Entwicklung im Freistaat Thüringen und der Herausforderungen an eine moderne Verwaltung. Die Bildung zukunftsfähiger Gemeindestrukturen werden wir unterstützen. Ebenso werden wir die Übertragung von Landkreisaufgaben auf die gemeindliche Ebene prüfen und dann einleiten, wenn die zu lösenden Fragen und Probleme unmittelbar vor Ort besser entschieden und gelöst werden können.

→ Das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs ist in den letzten Jahren stetig gestiegen, so dass die Kommunen auf dieser Basis finanzielle Handlungsspielräume erhalten haben. Wir werden die angemessene Finanzausstattung der Kommunen weiter gewährleisten und den kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. Die Verteilungsmechanismen zwischen den Kommunen werden wir mit Blick auf ihre Aufgaben und ihre eigene Finanzkraft ständig berücksichtigen. Wir wollen die Thüringer Kommunen auf ein solches finanzielles Fundament stellen, dass zukünftig auf sogenannte kommunale Hilfsprogramme, die nicht Bestandteil des kommunalen Finanzausgleichs sind, verzichtet werden kann. Mit einer differenzierten Kreisumlage werden wir sicherstellen, dass größere Städte Landkreisaufgaben nicht mehrfach finanzieren, wenn sie diese selbst erbringen.

→ Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass die längst fällige Reform der Gewerbesteuer konkrete Gestalt annimmt.

→ Wir werden die bestehenden Gesetze überprüfen und unnötige Standards zur Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung streichen. Künftig soll stärker vor Ort entschieden werden können, wie Rahmenvorschriften flexibler und bürger:innenfreundlicher ausgestaltet werden können. Wir wollen Kommunen dazu anregen und dabei unterstützen, Gemeinwohlbilanzen zu erstellen.

→ Wir wollen die Stellung der Kommunen stärken und ihnen ein höheres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können. Die Städte und Gemeinden brauchen eine höhere Beteiligung am Gesamtsteueraufkommen der Bundesrepublik, um finanziell unabhängiger von politischen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zu sein.

→ Die Förderprogramme der integrierten ländlichen Entwicklung und des Maßnahmenprogramms der Europäischen Union LEADER sind bereits wichtige Bausteine zur Entwicklung gleichwertiger Lebensbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um LEADER noch stärker zu einem Instrument des zivilgesellschaftlichen Engagements zu machen. Dazu wollen wir vor allem auch bürokratische Hürden abbauen. In der integrierten ländlichen Entwicklung wollen wir stärker auf die Förderung von Projekten zur Stärkung der sozialen und kulturellen Infrastruktur setzen.

→ Mit der Förderung von Kleinstunternehmen der Grundversorgung im ländlichen Raum schließt unsere Landesregierung eine Lücke. Dorfläden zum Beispiel, die Einkaufsmöglichkeiten bieten und Ortskerne wiederbeleben, sind gerade für ältere Menschen wichtig. Sie erhalten eine Förderung bei Investitionen. Damit werden die Grundversorgung und die Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse weiter verbessert.

→ Wir wollen weiterhin 24-Stunden-Läden im ländlichen Raum unterstützen. Sie können dort die Versorgung der Menschen verbessern und für kürzere Wege sorgen. Wir präferieren dabei Lösungen mit Genossenschaften, Unternehmen mit kommunaler Beteiligung oder gemeinnützigen Träger:innen.

→ Wir stehen für ein neues Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2040 und wollen dazu frühzeitig einen Beteiligungs- und Kommunikationsprozess beginnen. Es braucht ein Programm zur Stärkung von regionaler Leistungsfähigkeit durch interkommunale Kooperation und gezielte Förderung integrierter Regionalentwicklung gemeinsam mit Akteur:innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.



## 11.5 Sicheres Thüringen mit bürger:innenfreundlicher Polizei

- Wir wollen die von Bürger:innen genutzte Polizeivertrauensstelle für Beschwerden von Polizeibeamt:innen öffnen und zu einer unabhängigen und aus den Polizeistrukturen herausgelösten Polizeibeschwerde- und Ermittlungsbehörde mit eigenen Kompetenzen ausbauen. Dazu wollen wir das Polizeiorganisationsgesetz ändern und eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der Länderkompetenzen anstoßen.
- Wir setzen uns für eine konsequente Durchsetzung der 2017 eingeführten Kennzeichnungspflicht für die Polizei ein. Somit stellen wir sicher, dass Betroffene von Polizeigewalt eine klare Angabe zu potenziellen Täter:innen geben können.
- Wir wollen das jährliche Hin und Her um die Auszubildendenzahlen und die Lotterie der Abgabepflicht fertigausbildeter Anwärtinnen und Bewerber beenden. Dazu wollen wir eine Personalentwicklungskonzeption für die nächsten zehn Jahre auf den Weg bringen. So lässt sich Zuverlässigkeit und eine angemessene Personalausstattung langfristig sichern.
- Wir wollen eine auf diese Personalentwicklungskonzeption aufbauende vorausschauende Personalplanung und Einstellungsverfahren, die auf sich verändernde Altersabgänge, Bewerbungs- und Einstellungsfragen sowie den demografischen Wandel reagieren. Unbesetzte Stellen werden wir schneller nachbesetzen.
- Wir wollen die Evaluation der Expert:innenkommission zur Polizeistrukturenreform vor zehn Jahren aufgreifen und die notwendige Strukturdebatte ehrlich und auf Augenhöhe mit den Bediensteten und Polizeigewerkschaften führen, damit Polizist:innen, die wir 2024 ausbilden, auch in den kommenden Jahrzehnten eine stabile Arbeitsgrundlage haben, um jederzeit personell einsatzfähig anfallende Herausforderungen zu bewältigen.
- Wir wollen die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei zum modernen „Polizeibildungs-Campus 2030“ ausbauen, soziale Begegnungsräume schaffen, die Sportanlagen ertüchtigen, die Ausbildung auf moderne Kriminalitätsphänomene spezialisieren, Anwärter:innen kostenfrei unterbringen und Menschenrechts- und Demokratiebildung im Sozialkompetenzzentrum verstärken.
- Wir wollen die bestehende Arbeitsverdichtung weiter reduzieren, zum Beispiel durch praxisnähere Vereinfachung und Digitalisierung alltäglicher Prozesse bei der Schutz- und Kriminalpolizei, um Krankenstand und Überstunden entgegenzuwirken. Doppelaufgaben müssen reduziert werden.
- Damit Polizist:innen nicht auf der Straße fehlen, wollen wir für Tätigkeiten, für die keine hoheitlichen Befugnisse nötig sind, auch auf Verwaltungsangestellte zurückgreifen und die Möglichkeiten für Quereinsteiger:innen oder externe Spezialist:innen, zum Beispiel für IT ausdehnen.
- Polizeiliche IT-Strukturen wollen wir weiter datensicher ausbauen sowie Ressourcen bereitstellen, um ein Einsatzleitsystem der Zukunft und polizeiliche Fachverfahren zu ermöglichen. „Internet am Arbeitsplatz“ wollen wir flächendeckend in allen Dienststellen ausrollen. Bund-Länder-Projekte wie „Polizei 20/20“ oder Länderkooperationen wie das „Gemeinsame Kompetenz- und Leistungszentrum“ werden wir wachsam begleiten, auch damit das Gefahrenabwehrrecht der Länder nicht überschritten wird.
- Wir wollen uns für die Schaffung höherwertiger Stellen im Tarifbereich einsetzen (höher als E 3/E 5). Das soll entweder durch Stellenhebungen oder durch die Schaffung neuer Stellen erreicht werden.
- Diese höherwertigen Tätigkeiten sollen den Tarifbeschäftigten dann entsprechend übertragen werden.
- Wir wollen die Erschwerniszulagenverordnung anpassen, die Umsetzung unseres Landtagsbeschlusses zur Erhöhung von „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ auf die im Bund geltende Höhe forcieren und das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen der Polizei anpassen und gerechter gestalten.
- Wir wollen eine rechtssichere leistungs- und zeitgeregelte Lösung für eine verbesserte Beförderung in das 2. Beförderungssamt schaffen, das Beurteilungswesen und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern. Die Rückkehr zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wollen wir prüfen.

- Wir wollen ein verpflichtendes Angebot zur Regeneration und Gesundheitsförderung für Polizistinnen und Polizisten schaffen, insbesondere durch bessere Sportmöglichkeiten, Kurse und Angebote zur Regeneration sowie Erholung für Thüringer Polizeibedienstete jeden Alters. Zudem muss die Thüringer Polizei familienfreundlicher werden, etwa bei Schichtdiensten. Die Gewinnung von mehr Frauen, Migrant:innen und queeren Personen in der Landespolizei begrüßen wir.
- Das Polizeirecht werden wir weiter bürger:innen-rechtsfreundlich fortentwickeln. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Wir wollen mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag eine bestehende Lücke parlamentarischer Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der Polizei schließen, insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten Ermittlerinnen und Ermittler, und die Befugnisse der Polizei auf ihre Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Nicht nur der Umgang mit Waffen muss regelmäßig geübt werden: Wir wollen für die Thüringer Polizei künftig ein verpflichtendes Fortbildungsangebot einführen, um relevante Kompetenzen, neue Entwicklungen und Forschungserkenntnisse gleichermaßen an alle Polizist:innen weiterzuvermitteln.
- Pfefferspray soll wegen seiner erheblich gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit sowie erheblicher Sachwerte einsetzbar sein. Wir wollen den Einsatz sogenannter Schmerzgriffe regeln.
- Die durch Gerichte für rechtswidrig erklärte Praxis von sogenanntem Racial Profiling wollen wir überwinden. Dazu trägt eine Ergänzung der Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ebenso wirksam bei wie die Streichung von Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern. Zudem wollen wir die Befugnisse zu anlasslosen Kontrollen in sogenannten Gefahrengebieten streichen und landesweit ein Quittungssystem für Kontrollen einführen.
- Die Statistik der politisch motivierten Kriminalität (PMK) soll um das Merkmal „rassistisch motivierte Straftat“ sowie „queerfeindliche Gewalt und Straftaten“ ergänzt und differenziert nach Betroffenenengruppen geführt werden. Für diese Änderung werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- Wir wollen die Modernisierung und den Neubau von Liegenschaften weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass Thüringer Polizistinnen und Polizisten eine sichere Arbeitsumgebung haben und zugleich die Erreichbarkeit für Bürger:innen erhöht wird.
- Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen, zum Beispiel im IT-Bereich, und die getrennt laufende Ausbildung für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten (Y-Ausbildung) einführen.
- Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten in die nächsthöheren Laufbahnen verbessern. Aufstiegsmöglichkeiten sollen so gestaltet werden, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert werden.
- Die Präventionsarbeit in der Thüringer Polizei wollen wir weiter stärken und vor dem Hintergrund immer neuerer Phänomene die polizeiliche Kriminalprävention nicht nur über die Landespolizeiinspektionen, sondern auch in gebündelter Form bewerkstelligen, insbesondere zu Internetkriminalität und Betrugsprävention, die alle Bürgerinnen und Bürger im ganzen Freistaat betreffen.
- Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, die Kontrolle der Lagerung von Waffen und Munition sicherzustellen und bei Verstößen bestehende Waffenerlaubnisse zu widerrufen.
- Wir wollen das bewährte Konzept der Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten im ländlichen Raum weiter stärken und sie noch mehr zur ersten polizeilichen Anlaufstelle für Einwohnerinnen und Einwohner machen. Es bedarf einer stetigen Aufgabenkritik und Fortentwicklung der Strukturen in der Thüringer Polizei, damit die Menschen in Thüringen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau profitieren und Polizistinnen und Polizisten motiviert ihre Arbeit leisten können.
- Wir wollen die polizeiliche Präventionsarbeit stärken und durch die Schaffung einer Ansprechperson für queerfeindliche Straftaten unterstützen.
- Wir wollen Schulung der Opferschutzbeauftragten der Thüringer Polizei für den Umgang mit LSBTIQ\*-Menschen etablieren und stärken und wollen die „Polizeilichen Maßnahmen in Fällen häuslicher Gewalt: Leitlinien für die Thüringer Polizei“ in Bezug auf die Zielgruppe LSBTIQ\*-Menschen überarbeiten.
- Für die Thüringer Polizei wollen wir ein „Leitbild Polizei Thüringen“ erarbeiten – gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -beamten in Thüringen, den

Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürger:innennahen und bürger:innenrechtsorientierten Sicherheitspolitik. Das Leitbild soll die Grundlage für die weitere kontinuierliche Entwicklung der Thüringer Polizei in den nächsten Jahren sein.



### **11.6 Sicheres Thüringen mit gut gerüstetem Brand- und Katastrophenschutz**

→ Über 34.000 Feuerwehrangehörige sorgen in Thüringen für die Sicherheit der Menschen. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung für den täglichen Einsatz. Wir wollen die Feuerwehren auch in den kommenden Jahren weiter zukunftsfest entwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau für Thüringen zu gewährleisten.

→ Wir wollen die komplette Modernisierung der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz vorantreiben und die Schule im Ländervergleich konkurrenzfähig gestalten. Zukünftig wollen wir neben der baulichen Ertüchtigung außerdem die Digitalisierung des Lehrangebotes weiter ausbauen und zusätzlich eine dezentrale Grundlagenausbildung an Feuerwehertechnischen Zentren oder bei Berufsfeuerwehren ermöglichen.

→ Wir wollen große Strukturprojekte vorantreiben wie die Finalisierung der Leitstellenreform und die nach 30 Jahren von uns im Jahr 2024 angestoßene Umstellung auf die digitale Alarmierung. Das Beschaffungswesen möchten wir reformieren und künftig noch mehr zentral beschaffen, Fördersätze wollen wir erhöhen.

→ Wir wollen das Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz erneut umfangreich und mit den zahlreichen Anregungen aus der Praxis ergänzen, insbesondere möchten wir die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für Gemeinden zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Damit können Kommunen künftig alle entstehenden Aufwendungen rechtssicherer als bisher in Rechnung stellen.

→ Wir wollen die erfolgreiche Mitgliederkampagne mit dem Feuerwehrverband verstetigen und weitere Anreize schaffen, etwa einen kostenfreien Zugang zu öffentlichen und soziokulturellen Einrichtungen. Die Wehren wollen wir zudem beim Ausbau von Auftritten in den sozialen Medien unterstützen und mit der Verankerung des Ehrenamtes in der Verfassung den Einsatzkräften weiter Rückenwind geben.

→ Wir wollen die flächendeckende Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gerade in kleinen Orten weiter gemeindeübergreifend sicherstellen, dabei zentrale Einrichtungen fördern. Zur Stärkung des Ehrenamtes und Erhöhung der Einsatzbereitschaft wollen wir mehr Kooperationsformen sowie punktuelle hauptamtliche Backup-Strukturen prüfen (zum Beispiel in Form von hauptamtlich geförderten Gerätewarten).



## 12. Kulturland Thüringen



- Thüringen ist Kulturland. Im bundesweiten Vergleich ist der Freistaat Vize-Meister aller Flächenländer bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur. Kultur ist für uns kein Luxus für gute Tage, sondern unser Anspruch lautet: Kultur für alle!
- Tausende Thüringer:innen sind kulturell engagiert. In Fördervereinen, Chören, Ensembles wirken Jung und Alt ehrenamtlich mit. Dauerhaft oder bei einzelnen Projekten. Breitenkultur sorgt für soziale Teilhabe, Integration und Austausch. Diese kulturelle Vielfalt macht Dörfer und Städte lebenswert. Dafür braucht es staatliche Unterstützung durch die Breitenkulturförderung. Wir wollen diese Förderung auf hohem Niveau stabilisieren.
- Für die Theater und Orchester wurden langfristige Finanzierungsverträge abgeschlossen. Flächentarifverträge oder TVöD müssen an allen Häusern zur Anwendung kommen. Wir setzen uns für die Abschaffung von Haustarifverträgen an den Theatern ein. Sichere Tariflöhne schaffen gute Arbeitsbedingungen in Thüringen. Das garantiert tarifgerechte Bezahlung und Standortsicherheit von Nordhausen bis Rudolstadt, von Greiz bis Meiningen. Die Theaterpauschale im kommunalen Finanzausgleich sorgt dafür, dass Kommunen entlastet werden.
- Wir haben das größte Theatersanierungsprogramm seit 1990 gestartet und wollen es erfolgreich umsetzen.
- Die Spielstättenförderung, auch für die Theater der freien Szene, wollen wir im Dialog mit den Engagierten vor Ort transparent und nachhaltig verankern.
- Wir sehen einen großen Bedarf in der Unterstützung und Verstetigung auch der soziokulturellen und freien Kulturakteur:innen und -einrichtungen, die gerade im ländlichen Raum einige der wenigen wichtigen Rückzugsorte darstellen. Es sind Orte, die unkonventionelle Zugänge zu Kultur und zum Kulturschaffen eröffnen, indem sie barrierefreie Begegnungsräume für Demokratie, Teilhabe und Vielfalt schaffen und gegenseitiges Verständnis ermöglichen, dabei Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen und die freie Kulturlandschaft Thüringens uneigennützig bereichern. Thüringen muss künftig noch stärker soziokulturelle Einrichtungen fördern und in sie investieren und die Förderinstrumente um die Finanzierung angemessener Personalstellen erweitern.
- Die Kulturförderung für die soziokulturelle und freie Szene ist auszubauen und durch weitere Förderprogramme zu ergänzen. Dabei sind – einem Flächenland angemessen – regionale Schnittstellen zur Vernetzung und Förderung der Kultur zu entwickeln und zu etablieren.
- Kinder und Jugendtheater sind ein wichtiger Teil der Kulturlandschaft in Thüringen. Wir haben in der Vergangenheit Mehrinvestitionen möglich gemacht, die wir auch in Zukunft bereitstellen wollen. Kultur muss in allen Bereichen auch immer eine kinderfreundliche Kultur sein.
- Die Thüringer Museumslandschaft ist vielfältig. Die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten leistet mit ihrer Arbeit einen wichtigen Teil zum Erhalt von Kulturgütern in Thüringen. Auch in Zukunft müssen, nicht nur die Leuchttürme erhalten und weiterentwickelt, sondern auch die kleinen Heimatmuseen und Heimatstuben erhalten werden.

- Die Überprüfung der Bestände in unseren Museen und Archiven auf Raubkunst aus dem Nationalsozialismus, aus DDR-Unrecht und aus kolonialem Erbe werden wir weiterführen und ausbauen.
- Darüber hinaus müssen die Sammlungen und Bestände in modernen Depots untergebracht werden. Hierzu wollen wir ein Depot-Programm auflegen.
- Das Musik- und Jugendkunstschulgesetz sorgt dafür, dass verlässlich jedes Jahr mehr als sechs Millionen Euro für diese kommunalen und privaten Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen.
- Durch Finanzierungsvereinbarungen mit der Bundesregierung investieren wir gegenwärtig mehrere hundert Millionen Euro in die Sanierung von Schlössern, Burgen und historischen Gärten unseres Freistaates. Damit sichern wir diese Kulturdenkmäler und sorgen für eine moderne Nutzung.
- Eigentum verpflichtet. Deshalb haben wir die Besitzer:innen von Schloss Reinhardsbrunn enteignet, die dieses Kulturerbe vernachlässigten. Wir setzen uns ein für einen zeitgemäßen Denkmalschutz, der Denkmaleigentümer:innen unterstützt und begleitet, aber Missbrauch ahndet.
- Wir möchten einen kosten- und barrierefreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Museen und Theatern für Kinder, Jugendliche und junge Menschen fördern.
- Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Bibliotheken in Thüringen voranbringen, finanziert von Kommunen und dem Land zu gleichen Teilen.
- Die Künstler:innensozialkasse sichert Künstlerinnen und Künstler ab. Wir werden uns weiterhin gegen jedes Vorhaben stellen, mit dem die Künstler:innensozialkasse (KSK) eingeschränkt werden soll.
- Zur Unterstützung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern werden wir dafür Sorge tragen, dass öffentliche Institutionen grundsätzlich nicht weniger als die Mindesthonorare zahlen, die von den Kulturverbänden festgelegt werden.
- Die Angebote schulischer und außerschulischer kultureller Bildung sind in Thüringen vielfältig. Sie bereichern und geben Impulse für unsere Kulturlandschaft. Eine stärkere Verzahnung und Sichtbarmachung der Angebote für alle Altersgruppen und die Teilhabe aller Menschen ist für uns ein wichtiges Anliegen.
- Wir setzen uns für eine Förderung von Kleinkunst und eine freie Entfaltung der Künstler:innen ein. Der Freistaat soll auch künftig in soziokulturelle Einrichtungen investieren und dabei helfen, landesweite Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote zu unterbreiten.
- Eine innovative und weltoffene Gesellschaft braucht Freiräume, in denen sich die sozialen, kulturellen und politischen Interessen und Bedürfnisse aller Generationen begegnen können – in den Dörfern und kleinen Gemeinden ebenso wie in den Städten.
- Bibliotheken sind die Wohnzimmer unserer Städte und Gemeinden. Wir setzen uns ein für den flächendeckenden Erhalt und Ausbau sowie die digitale Modernisierung der Bibliothekslandschaft. Wir unterstützen die Angebote der literarischen Gesellschaften und wollen mehr Menschen für die Beteiligung am Vorlesetag gewinnen.
- Die Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und ihrer Außenlager sind ein wichtiger Teil der geschichtlichen Aufarbeitung der Nazidiktatur in Thüringen. Wir fordern vom Bund eine stärkere finanzielle Unterstützung der Einrichtung als wichtiger Teil der Bildungsarbeit in Thüringen. Gerade bei den Außenlagern besteht die Gefahr des Zerfalls und damit der Verlust von wichtigen Orten der Geschichte.



## 13. Für ein soziales, friedliches, weltoffenes Europa



Die europäische Union hat als Friedensprojekt und in der Überwindung nationalistischer Konkurrenzen die Möglichkeit, zu einer solidarischen und weltoffenen Gestaltung Europas zu gelangen. Dazu muss die neoliberale Ausrichtung der Politik der EU-Kommission überwunden und eine humanitäre Flüchtlings- und Migrationspolitik verhandelt werden. Wir sehen die Notwendigkeit, die EU zu einer Sozialunion weiterzuentwickeln – durch das Herstellen gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Europas und die Gewährleistung von gleichen sozialen Rechten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung Thüringens verdankt sich auch wesentlich den Europäischen Strukturfonds. Ohne sie wären viele Programme der Infrastrukturentwicklung, zur Wirtschaftsförderung und zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nicht möglich. Eine handlungsfähige und sozial gerechte Europäische Union ist für uns unverzichtbar.

→ Wir werden uns weiterhin für ausreichende europäische Strukturfondsmittel einsetzen, unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Interessen, zum Beispiel des demografischen Faktors und des weiterhin bestehenden Aufholbedarfs.

→ Nachdem die europäische Kommission jahrzehntelang den Klimaschutz vergessen hat, gibt es nun endlich Ziele zur Reduktion von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei diesem notwendigen ökologischen Umsteuern nicht die Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen überfordert werden – weder in Thüringen

noch in anderen Regionen der EU. Um dies durch finanzielle Unterstützung sicherzustellen, braucht es mehr eigene Mittel der EU. Deshalb fordert Die Linke eine europäische Finanztransaktionssteuer.

→ Europäische Politik gelingt nicht nur über staatliche Institutionen, sondern auch und besonders im gesellschaftlichen Miteinander. Deshalb werden wir weiterhin die Zusammenarbeit (Hochschulvernetzung, Wirtschaftskooperationen, Städtepartnerschaften, Schulaustausche etc.) fördern und zivilgesellschaftliches Engagement wie das Weimarer Dreieck unterstützen. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf unseren beiden europäischen Partnerregionen, Małopolska in Polen und Hauts-de-France in Frankreich. Die Zusammenarbeit mit unseren französischen Partner:innen wird sich künftig noch leichter koordinieren lassen, nachdem die Thüringer Landesvertretung in Brüssel sich seit Oktober 2023 ein Büro mit den Vertreter:innen der Hauts-de-France teilt.

→ Wir planen, dass das Europäische Informationszentrum neben dem Europafest noch mehr Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten in Thüringen anbietet. Dabei sollen sowohl praktische Fragestellungen zu Förderprogrammen wie auch grundlegende Fragen der Entwicklung der EU thematisiert werden.

→ In den institutionellen Formaten (Europaminister:innenkonferenz, Bundesrat, Ausschuss der Regionen u. a.) werden wir weiterhin Initiativen unterstützen, die auf die Erweiterung sozialer Rechte und Gerechtigkeit zielen, die Konfliktminderung zum Ziel haben und die nicht auf Abschottung der EU setzen, sondern auf eine humanitäre Flüchtlings- und Migrationspolitik.

→ Die anti-demokratischen Tendenzen und rechtsstaatlichen Defizite in einigen europäischen Staaten sehen wir mit allergrößter Sorge. Um so mehr freuen uns die politischen Ereignisse in Polen, die zeigen, dass es ein solidarisches Europa zu gewinnen gibt.



## 14. Haushaltspolitik ist Gerechtigkeit in Zahlen gegossen



- Für starke Strukturen braucht es daher Verlässlichkeit und Planungssicherheit, um langfristig und nachhaltig Wirkung zu entfalten. Deswegen wollen wir haushaltsrechtliche Lösungen schaffen, um die Förderung auf in der Regel drei bis fünf Jahre zu erhöhen, die Eigenmittelanteile bei Bedarf absenken, eine verstärkende regionale Förderung ermöglichen und die Prozesse in der Landesverwaltung so aufstellen, dass Entscheidungen über Projekte, Förderung und Beginn transparent und frühzeitig kommuniziert werden.
- Unter einer nachhaltigen Finanzpolitik verstehen wir auch die Generationengerechtigkeit. Investitionen in öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen, Universitäten, den öffentlichen Personenverkehr, die Förderung einer zukunftsfähigen Energieversorgung und Unternehmensstruktur sind Grundlage für Thüringen als Lebensort der Zukunft. Das Aussetzen dieser Investitionen in die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen unter dem Diktat der sogenannten Schuldenbremse belastet diese mehr, als durch Verzicht auf eine Kreditfinanzierung vermögensschaffender Investitionen Entlastung erreicht wird. Heute übertrifft die Inflation und somit die jährliche Kostensteigerung die Zinshöhen deutlich. Wir werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass die sogenannte Schuldenbremse als Zukunfts- und Investitionsbremse durch eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik abgelöst wird.
- Mit den öffentlichen Haushalten schaffen wir jährlich Planungssicherheit: für Kommunen, die Vereine und Institutionen der sozialen Infrastruktur, für Kunst- und Kulturschaffende, für Unternehmen und Investor:innen. Die rechtzeitige Beschlussfassung des Haushaltsplanes für das Folgejahr ist dabei ebenso eine wichtige Voraussetzung wie die Gewissheit und das Vertrauen all derer, die von einem Landeshaushalt abhängen, dass die politischen Parteien auch unter schwierigen politischen Mehrheitsverhältnissen in den jährlichen Haushaltsberatungen Thüringen nicht für parteipolitisch egoistische Interessen in Haftung nehmen und mit einer haushaltslosen Zeit drohen. Als Linke sehen wir uns mit dem Landeshaushalt in einer Gesamtverantwortung gegenüber den in Thüringen lebenden Menschen und den gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen, auf die wir alle gemeinsam angewiesen sind.
- Wir brauchen ein Umdenken in der Förderpolitik des Landes, insbesondere im Bereich der Projektförderung und Unterstützung von Modellprojekten. Kurzzeitige Förderungen von in der Regel einem Jahr schaffen Unsicherheiten bei den Trägern und einen hohen bürokratischen Aufwand auf der Seite des Landes als Mittelgeber. Gerade in den Bereichen Demokratie, Bildung, Migration, Soziales oder Gesundheit leisten viele Projekte einen erheblichen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Die Linke tritt dafür ein, dass die Finanz- und Haushaltspolitik die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen ermöglicht. Die auskömmliche Finanzierung öffentlicher Leistungen ist Grundlage dafür.

### **Impressum**

V.i.S.d.P. René Kolditz, Die Linke Thüringen,  
Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt  
Fotos ohne Bildnachweis: Jannis Schulze

Wir streiten für eine vielfältige Gesellschaft.  
Unser Programm ist daher geschlechtergerecht formuliert,  
um Personen unabhängig von ihrer sexuellen Identität  
anzusprechen und sichtbar zu machen. Bezeichnungen  
wie Frau oder Mann lesen wir nicht im Sinne eines  
Systems von zwei Geschlechtern, sondern meint alle  
Menschen, die sich entsprechend identifizieren.